

Unsere Demokratie droht mit Selbstmord,
weil ihr von den herrschenden und schlafenden
Schein-Demokraten ihre Entfaltung verhindert
wird.

Auf der Suche nach Frieden und Freiheit
und über die Quellen des Unheils
– eigene und fremde Texte

von
Tristan Abromeit

Text 182.0.2

Hauptteil

Ende 2025 Anfang 2026

182.0.1 Start /
Vorbemerkungen
182.03 Extra
182.1.1
Übersicht zu 35 Anhänge
mit Hintergrundmaterial

1

Hier ist gleich die Frage zu stellen, kann eine Institution oder eine Herrschaftsform Selbstmord begehen oder gar ermordet werden? Das nicht, aber die geschriebenen und ungeschriebenen Normen, die die betreffende Gesellschaft zusammenhalten und in der Summe den Status der Demokratie ausmachen, können ihre Gültigkeit aufgrund mangelnder Achtsamkeit, Zuwendung oder Verzerrung verlieren. Es ist so wie mit einem Blumenarrangement im Haus oder den Pflanzen im Garten, sie verwelken bei ungenügender Pflege. Eine Demokratie, die mehr Lüge als Wahrheit ist, kann weder der Seele noch dem Sinn für Gerechtigkeit die erforderliche Nahrung geben.

2

Der Zustand unserer „Demokratie“¹ ist schon von Beginn an unbefriedigend. Von dem Glanz unseres Vorbildes, der USA, ist nicht viel übrig geblieben. Oder wir wurden, die wir aus dem Dunklen der erlebten Diktatur kamen und durch die Erschöpfung, in die uns der überstandene Krieg versetzt hatte, geblendet. Sodass wir das Oktroy, die aufgenötigte Verfassung² als unübertrefflich ansahen. Ich wollte mich – im Januar 2023, kurz vor meinem 89. Geburtstag nochmals – bevor ich in der Urne oder dem Sarg gelandet sein würde – auf dieses Thema einmal einlassen. Ich dachte, ich sei es meinen Kindern und den Kindern meiner Generation, den Enkeln und Urenkeln schuldig. In meinem Unterbewusstsein mag auch eine Rolle gespielt haben, dass ich meinen Nachkommen etwas Schriftliches hinterlassen wollte, weil ich so gut wie nichts Materielles zu vererben habe.³ Auch fehlen beim Stand der Entwicklung der Medien und für die Kommunikation den alten Menschen die zuhörenden Ohren, die ihre persönlichen Geschichten noch lauschen wollen.⁴ Wir Menschen müssen damit leben, dass uns die tieferen Gründe unseres Handels oft nicht zugängliche sind. Aber umso mehr sollten wir unsere gewonnenen Einsichten nicht verstecken, z. B. aus Angst, sie könnten irrig sein. Dabei müssen unsere gewonnenen Wahrheiten, solange miteinander konkurrieren, bis die Irrtümer wie der Sand bei der Goldwäsche durch das Sieb gefallen ist. Der Anlass zu diesem Text ist vermutlich, dass ich das, was ich auf den eigenen Erfahrungshintergrund – auch mit Krankheiten – lesend und hörend aus den Medien zur Politik aufgenommen habe, verarbeitet wer-

1 _Das Wort Demokratie habe ich in Anführungszeichen gesetzt, weil gar nicht klar ist, ob das, was wir als Herrschaftsform haben, schon den Namen Demokratie verdient. Auf diese Frage will ich auch eingehen.

2 Die nicht ohne Grund Grundgesetz genannt wurde und wird.

3 Dabei muss man damit rechnen, dass alles, womit man sich abgemüht hat, im Papiercontainer landet.

4 Das ist weniger mein Problem und mehr ein allgemeines. Die Vereinsamung alter Menschen, von der häufiger berichtet wird, hat meines Erachtens hier eine Ursache.

den wollte. Und für die Verarbeitung nutze ich neben dem stillen Nachdenken gerne die Schriftform. Antreibend für das Schreiben sind aber auch Themen, die nicht oder nicht genügend in den dominierenden Medien aufgegriffen werden.

3

Ohne die Kenntnisnahme einiger der Medien, die von Vereinen oder Einzelpersonen mit einem besonderen Anliegen herausgegeben werden, ist man nicht ordentlich informiert. Bei mir gehören u. a. zur Zeit dazu: demokratie / Magazin für Beteiligung und direkter Demokratie , herausgegeben von einem leistungsfähigen Verein und die Zeitschriften Humane Wirtschaft und Fairconomy , die von Vereinen mit einem freiwirtschaftlichen Hintergrund herausgegeben werden. Die „Zeitschrift für Sozialökonomie“, sie erscheint nur noch digital:

<https://www.sozialoekonomie-online.de/>

Das gleiche gilt auch für „espero Die undogmatisch-libertäre Zeitschrift“

„PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft“ <https://www.pt-magazin.de/>

CGW-Rundbrief www.rundbrief-at-cgw.de

4

Als sich dann bei mir das Gefühl der möglichen Einmischung in das Thema *Demokratie* mit dem Unterthema *Überwindung der Parteienherrschaft* zum inneren Befehl „Du machst das jetzt!“ verdichtet hatte, wozu auch die Überwindung meiner eigenen Einschätzung „*Das ist doch sinnlos!*“ gehörte, konnte ich auf zwei Tagungsprotokolle der Evangelischen Akademie Loccum zurückgreifen: a) auf Loccumer Protokolle 8 / 87 „Bürgerwille und Parteienherrschaft“⁵ und b) auf das Protokoll 15 / 84 „Die Zukunft der Ökonomie“⁶ Ein Moment habe ich gedacht, die Tagung 15 / 84, wäre die gewesen, wo ich Ludwig Erhard und viele Größen der Ökonomie-Theorie erlebt habe, die etwas zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen der Sozialen Marktwirtschaft beitragen konnten. Aber das war irrig. Diese Tagung war im Oktober 1972 in Loccum.

5

Dieser Hinweis hat mich dann gleich verführt, auf das Sachthema „Der Zusammenhang zwischen der Demokratie als Herrschaftsform und der gewählten Wirtschaftsordnung.“ einzugehen. Ich hatte erst vor diesen Teil weiter nach unten zu schieben, lasse es aber, weil es mir

5 Auszüge aus Loccumer Protokolle 8/87 zur Tagung »Bürgerwille und Parteienherrschaft« Mit Beiträgen von Jörg Calließ / Rolf Wassermann / Hildegard Hamm-Brücher Gerald Häfner und Tristan Abromeit

6 Text 177. 2 Auszüge aus Loccumer Protokolle 15 / 84 zur Tagung »Die Zukunft der Ökonomie« mit Beiträgen von Dr. Jan Jarre, Prof. Dr. Kurt W. Rothschild, Prof. Dr. Johan Galtung, Prof. Dr. Rainer Künzel, Prof. Dr. Erich H ö d e l, Sigrid Matern-Rehm, Tristan Abromeit, Dieter Kampe

nützlich erscheint, wie ich die Begriffe Marktwirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW) benutze und ihre Verknüpfung mit dem Kapitalismus und der Demokratie sehe.

6

Wir kennen zwei reine Typen der Volkswirtschaft, die meistens Ordnungen genannt werden aber auch Systeme oder Arten. Und wir können in der Wirklichkeit eine Vielzahl von Mischformen erkennen. Die eine reine Form wird Marktwirtschaft oder Verkehrswirtschaft genannt, die Zentralverwaltungswirtschaft (im weiteren als ZVW geschrieben) oder einfach Planwirtschaft.

Die ZVW kennen wir auch als Kommunismus, sie ist aber nicht an dieser Vorstellung von Wirtschaft gebunden. Ich vermute aber, dass sie an eine übergeordnete Idee gebunden sein muss, die die Menschen leidensfähig oder opferwillig macht. Ihr Hauptmerkmal ist der Zentralismus. Wenn dieser Zentralismus stufengemäß aufgebaut ist, kann er bei der Besetzung der Funktionsträger noch Spuren von den demokratischen Prinzipien der Wahlen und des Wettbewerbes aufweisen. In der umgekehrten Richtung von oben nach unten gilt aber das Prinzip der Anweisung. Das System ist starr, dies wirkt minimierend auf den Erfolg aus. Um diesen Nachteil in den realisierten ZVWs zu minimieren wurden Ersatz-Wettbewerbe eingebaut, z. B. mit der Verleihung des Ordens >Held der Arbeit<. Ich schätze, dass diese mit Prämien verbunden waren. Wer sich für die Geschichte der Versuche, die Wirtschaft mit der ZVW zu gestalten, interessiert, muss sich selbst nach Literatur dazu umsehen. Nach meinen eigenen Überlegungen, ist die Einrichtung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen erfolgreichen ZVW unter Wahrung der Menschenrechte nicht möglich. Die ZVW ist zu unflexibel und muss um des Erfolges Willen Freiheitsrechte und Ansprüche auf Demokratie verweigern und hat kein Maß für wirtschaftliche Gerechtigkeit. Im Gegensatz dazu kann die Marktwirtschaft nicht auf die Demokratie und die Entscheidungsfreiheit und den Anspruch auf den wirtschaftlich gerechten Lohn verzichten.

7

Beide Wirtschaftsordnungen haben für die Erreichung ihres Maximums an Leistung einen Preis: Die ZVW fordert die Bereitschaft der Menschen zur Unterwerfung unter dem Staat und die Marktwirtschaft ein Maximum an Freiheit von dem Staat zugunsten der individuellen Entscheidungsfreiheit. (Damit ist nicht gemeint, den Staat aufzulösen, sondern ihn auf das Notwendige zu begrenzen. Hier wird schon deutlich, dass die Demokratie (die Selbstherrschaft des Volkes / der jeweiligen Gesellschaft, mit ihren einzelnen Mitgliedern) sich mit der ZVW nicht verträgt, aber wohl mit der Marktwirtschaft. Die Demokratie steht in einem gegenseitigen

gen Abhängigkeitsverhältnis mit der Marktwirtschaft.

8

Nun könnte man sagen: Alles spricht für die Kombination von Demokratie und Marktwirtschaft. Leider ist es (noch) nicht so, denn es gibt ja auch noch den Störfaktor Kapitalismus. Da zu muss man bedenken, dass die Marktwirtschaft ein System des sich selbststeuernden – kybernetischen – Leistungsaustausches ist und Leistungen im ökonomischen Sinn nur Menschen erbringen können. Der Kapitalismus beschreibt aber nicht die Marktwirtschaft mit einem anderen Wort (mit einem Synonym), sondern er ist ein Überlagerungssystem, das die Marktwirtschaft an ihrer vollen Entfaltung hindert und sie als ungerecht nicht nur erscheinen lässt, sondern tatsächlich ist

9

Beide Wirtschaftsordnungen haben das Problem mit dem Kapitalismus. Er hat nur unterschiedliche Formen, daher spricht man vom Privatkapitalismus, wenn er mit der Marktwirtschaft verbunden ist und von Staatskapitalismus, wenn er mit der ZVW verbunden ist. Die ZVW ist mit dem Kapitalismus dadurch verbunden, dass sie wie die Marktwirtschaft ein fehlerhaftes Währungssystem hat⁷, in dem das Geld als Tauschmittel ein Tribut, den Zins, erzwingt. Aber im Gegensatz zur Marktwirtschaft kennt die ZVW keine frei vereinbare Preise, wo die Marktteilnehmer eine Bewertung der Leistungen durch eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern, die im gegenseitigen Wettbewerb stehen, die Höhe der Preise bestimmen. In der ZVW bestimmen Planungsbehörden die Höhe des Entgeltes für die Inanspruchnahme von Gütern oder Dienstleistungen administrativ. Ebenso unterliegt die Höhe des Zinses in der ZVW nicht dem Markt für Liquidität – Angebote und Nachfrage – von Krediten, sondern der Verfügungsgewalt der Planungsbehörde. Das gilt aber nur für die Binnenwirtschaft. Wenn ein Teilnehmer einer ZVW Geschäfte mit Kontrahenten in einer Marktwirtschaft machen will, gelten andere Spielregeln.

10

Der Zins begründet in der Marktwirtschaft viel stärker den Kapitalismus als in der ZVW, wo Preise ohne Preisfunktion gelten. Die Planungsbehörde ersetzt den Standard für die Höhe der Rendite der Vergütung des Sachkapitals fest, zu dem entscheidet sie darüber, wann, wo und für was aus dem zugeteiltem Geld Verwendung finden darf. In beider Art von Kapitalismus

⁷ Ich wollte noch auf einen Versuch hinweisen, wo eine Wirtschaft ohne Geld auskommen wollte, finde dazu im Moment keine Unterlagen.

verursacht der Zins für eine ungerechtfertigte Einkommensverteilung, das liegt daran, dass der Soll- und Habenzins ungleich verteilt wird. Um das besser sichtbar zu machen, bringe ich später eine Grafik von Helmut Creutz. Ein großer Fehler in den Währungssystemen ist, dass das Geld auch als Wertaufbewahrungsmittel benutzt wird und dadurch die Haupt-Funktionen Geldes als Tauschvermittler und Wertmesser für Güter und Leistungen stören. Und da der Zins ein Preis für befristete Überlassung von Liquidität ist, ist es falsch, wenn die Notenbanken versuchen ihn zu manipulieren. Wenn die Notenbanken Geld verzinslich in den Verkehr bringen, dann sollte der Zinssatz für dieses Geld über den Marktzinssatz liegen, damit zuerst das brachliegende, gehortete Geld in den Verkehr gebracht wird.

11

Der Zins bewirkt Kapitalkonzentration die den Wirtschafts-Wettbewerb stört und ein auf-und-ab der Konjekturen bewirkt. Die Konzentration des Kapitals, das unterschieden wird in Geld- und Sachkapital, wird dadurch ausgelöst, dass der Zins bzw. die Rendite, bewirkt, dass Kaufkraft von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf überträgt. (Dieter Suhr) Es wird immer wieder versucht, die störende Elemente in unsere – noch in den Grundzügen vorhandenen marktwirtschaftlich Ordnung – durch Anleihen in der ZVW zu überwinden. Entsprechend nicht nur meine Einsicht, kann ich sagen, dass dieser Mechanismus uns schon zwei Weltkriege – und andere Kriege davor und daneben – eingebracht hat. Mitwirkende negative Kräfte sind auch die nicht vermeidbaren Bodenrenten. Bodenrenten sind Preise für die Nutzung der Erde in all ihren Bestandteilen. Diese Preise nennt man auch Knappheitspreise oder Monopolpreise, da die Bestandteile der Erde nicht beliebig vermehrt werden können. Wenn die allgemeinen Menschenrechte Gültigkeit haben sollen, dann haben alle Menschen das gleiche Anrecht auf die Erde, das die Voraussetzung ihrer Existenz ist. Da den Menschen in einem jeweiligen Zeitraum nicht bestimmte Teile der Erdoberfläche zugeteilt werden kann, ist ökonomisch ein Ausgleich bei der Verteilung der Grundrente zuzubilligen. Der Luftraum zum Atmen ist nicht teilbar. Seine Verschmutzung muß daher einen Preis haben. Der Preis muss so hoch sein, dass er ein Verschmutzungsvermeidungseffekt hat. Da der Luftraum bezüglich des Klimas nicht teilbar ist, ist ein Grenzübergreifender Fonds zu bilden, in der die Luftverschmutzungsgebühren gesammelt werden und den Menschen grenzübergreifend zugeführt werden, die am meisten darunter leiden. Das Patentrecht, das ursprünglich als Schutz des Arbeitsertrages der Erfinder gedacht war, hat sich vorwiegend als Bildung von Monopolen in der Herstellung und bei dem Absatz von Produkten entwickelt oder als Aussperrung vom Markt

z. B. als Schutz von schon eingeführten Produkten. Auch hier ist eine Sichtung und Reform erforderlich.

12

Die Frage ist, ob unsere Gesellschaft und separat die Mitglieder der Europäischen Union und darüber hinaus die Gesamtheit aller Staaten die erforderlichen Reformen, die Freiheit Wohlstand und Frieden sichern durchführen wollen und können. Aber bevor wir vor den Türen anderer Gesellschaft fegen, sollten wir erst einmal vor und hinter unserer Haustür fegen. Wir müssen uns damit bescheiden, aber gründlich anfangen, bevor wir uns durch die EU als Gesamtheit uns den Besen aus der Hand nimmt. Und autonomes Handeln ganz verhindern. Zu bedenken ist, dass wir es nicht mal geschafft haben unsere Mitgliedschaft in der EU demokratisch zu legitimieren und unserem Staat fehlt auch eine gültige Verfassung. Es wird nicht einmal gesehen, dass unsere Wirtschaft und die Wirtschaft als Summe der EU-Mitglieder sich immer mehr hin zum Typ der ZVW entwickeln.

13

Wir stoßen hier auf das Problem, das sowohl die Herrschaft von Mehrheiten auf dem Weg zu einer vertieften Demokratie schwierig macht. Es soll ja die Freiheit angesteuert werden, aber die kann ja nicht von einer Herrschaft verwaltet werden.

Karl Walker, den ich diesem Zusammenhang dieses Textes schon benannt habe, hat sich gleich nach dem Zweiten Weltkrieg intensiv mit diesem Problem befasst. Ich habe auf meine Internetseite ein kleines Buch mit dem Titel „**Demokratie und Menschenrechte**“ eingefügt. Es ist mit folgendem Link zugänglich :

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/172.4.Karl.Walkder.1947.Demokratie.und.Menschenrechte.pdf>

Die Demokratie kann zum Problem werden, wenn alle über alles mitbestimmen wollen und so Dämme des Unverstandes gegen Fortentwicklungen aufbauen. Der Fortschritt oder die Einsicht, dass in der Vergangenheit ein Irrweg begangen wurde, wird immer von einzelnen Menschen oder kleinen Gruppen kommen. Bis sich die Notwendigkeit der Änderung durchsetzt, kann so lange dauern, bis die Demokratie schon wieder Vergangenheit ist. Andererseits kann auch eine Minderheit eine notwendige Änderung verhindern. Ich denke u.a. an das Bodenrecht, eine Änderung wäre für die Gesamtgesellschaft notwendig. Aber da tut sich wenig etwas. Wenn wir die Zahl der Mitglieder des Bundestages betrachten, dann ist das im Verhältnis zu der Zahl der Einwohner der BRD eine klitzekleine Minderheit. Aber diese Minderheit verhindert die notwendige Änderung, entweder weil sie Angst vor einem Machtverlust hat

oder weil sie einen persönlichen Nachteil für sich darin sieht. Die Gefahr, dass daraus eine Revolte entstehen kann, wird vor dem Ende ihres jeweiligen Mandats nicht befürchtet.

00000

Im Vorwort des Buches des Buches *Vergessener Faktor Boden* von Martin Pfannschmidt hat Prof. Gustav Bohnsack u. a. geschrieben:

Doch werden sich unsere Politiker, die alten oder die neuen, zu wirklich durchgreifenden Lösungen i.S. von Martin Pfannschmidt gegen eine übermächtige Lobby durchsetzen? Es gibt für eine solche Durchsetzung ein positives Beispiel, aber auch nur eines, die Landordnung von Tsingtau/Kiautschou. Sie war am 2. September 1898 als Gouvernementsverordnung betr. den Landerwerb in dem deutschen Kiautschougebiet für dieses Pachtgebiet erlassen worden. Aus heutiger Sicht ist kaum zu glauben, daß damals alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags der Verordnung am 31. Januar 1899 zustimmten. Berücksichtigt man, daß diese Landordnung die für demokratische Staaten wohl schärfsten Eingriffe in die Eigentumsordnung enthält, dann ist die Zustimmung gerade der bürgerlichen Parteien nur so zu erklären, daß keiner ihrer Abgeordneten als Grundstückseigentümer betroffen war und die chinesischen Bauern als bisherige Landeigentümer in Berlin keine Lobby hatten. Das ist seit Jahren in Bonn doch wohl erheblich anders. Wiederholt mußte das Martin Pfannschmidt mit seinen Versuchen erfahren, die soziale Komponente beim Grund und Boden in die Marktwirtschaft einzubringen. Schützenhilfe leistete ihm 1967 zwar kein Geringerer als das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 12. Januar 1967 (1 BvR 169/63), in der die Untätigkeit des Gesetzgebers zur Schaffung einer sozialgerechten Bodenordnung scharf gerügt wird. Dieses höchste deutsche Gericht stellte u.a. fest: „Art. 2, Abs.2 GG ist eine Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor dem Interesse der Gesellschaft hat.“ Aber geändert hat sich seither nichts.⁸

00000

14

Auch die Minderheitsherrschaft zum Beispiel eines kleinen Teils einer Gesellschaft mit einer gesonderten Interessenlage kann genauso uneinsichtige sein wie eine Mehrheit, die die Notwendigkeit einer Reform verhindert. Sicherer kann man sagen, dass der Kapitalismus bei den Marktteilnehmern eine Verhaltensweise erzeugt, die sich gegen ihre eigenen Interessen richtet und als eine Sehnsucht nach einem kollektiven Selbstmord beschrieben werden kann.

Die Wirkungen des Kapitalismus – mit anderen Begriffen schon in vorchristlicher Zeit benannt – wurde vielfach beschrieben und erlitten, und trotzdem sind die Ursachen den Menschen in der großen Mehrheit so gut wie unbekannt. Wer da auf Abhilfe sinnt, kann nicht auf Hilfe von Mitgliedern der Parlamente und Regierungen hoffen, auch nicht auf die der Parteien, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Sozialverbände oder auf die Banken und Kirchen.

⁸ Möglicherweise habe ich das Zitat schon an anderer Stelle eingefügt.

Es gibt bei uns und anderswo genügend Institutionen und Verbände die an der Klärung und Auflösung der Probleme arbeiten könnten. Aber ihr Verhalten ist in der Regel so, als seien sie Autofahrer, die eine Rennen mit angezogenen Handbremsen fahren wollen oder sollen. Es ist ohne Druck von außen auf ihnen auf keine Abhilfe zu hoffen, schon lange nicht auf die politischen Parteien. Eine Abhilfe könnte es werden, wenn dieser Text (oder andere mit gleicher Intention) ein Impulsgeber für eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern würde, die einzelne Themen des vorliegenden Textes weiter bearbeiten. Es wäre gut, wenn zur Realisierung dieses Vorschlages sich eine Vielzahl von kleinen Gruppen bilden würden. Diese Gruppen dürften nicht weisungsgebunden und auch nicht „gekauft“ sein. Ob ich selber mit diesem Schreiben überall richtig liege, ist dabei nebensächlich. Jede Teilnehmerin und Teilnehmer darf zuerst einmal auf das vertrauen, was sie oder er bisher im Leben an Wissen aufgetankt hat. Um dann für sich alleine oder mit anderen zu prüfen, was richtig, falsch, korrigierbar oder erweiterbar ist. Die Gruppen sollten nicht zum Inhalt haben, eine Partei zu gründen, weil dann zu leicht die rechte Gesinnung einzelner Teilnehmer und Teilnehmerinnen angezweifelt wird oder um den Wahlerfolg gebangt wird. Bedeutsamer ist, dass die zusammengefassten Ergebnisse möglichst vieler Gruppen am Ende eines vereinbarten Zeitraumes eindeutig sind. Das wäre eine Protestform die mehr als Massenaufläufe auf Straßen und Plätze bewirken kann. Es geht erst einmal darum, allseitige Denkblockaden bei den Teilnehmer selbst und in den Köpfen der Mitglieder der Institutionen aufzulösen. Vorteilhaft wäre dabei, eine gemeinsame ausdifferenzierte Gliederung der Themen zu schaffen, damit die Einzelergebnisse über das Netz vergleichbar werden. Um gegenseitiges Blockieren zu vermeiden, sollte für jede Gruppe am Beginn klar sein, ob die Lösung auf dem dezentralen oder zentralen Weg gesucht werden soll. Die Zentralisten könnten hier beweisen, dass sie auch mit offenem Visier (kämpfen) suchen können.

Mir erscheint die hier vorgestellte Protestform als mögliche und notwendige Strategie den Bürgerfrieden auszubauen und zu sichern und die Möglichkeit zu schaffen, Versäumtes nachzuholen und das Versprechen und den Auftrag des Grundgesetzes Artikel 146 einzulösen bzw. Folge zu leisten.

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Dieser Artikel beweist, dass unsere Vertreter in den drei Gewalten glauben, entweder , dass Deutschland noch seine ursprüngliche Ausdehnung wieder erlangen kann oder sie haben das Grundgesetz gebrochen. Es ist eine Wunde unsere Demokratie, die so nicht ausheilen kann.

16

Die Vorarbeiten, die ich in Form von Sichtungen und dem Scannen von Unterlagen – auch für die Selbstvergewisserung für den geplanten Text mit dem Thema „Die Überwindung der Parteienherrschaft“ (Textreihe 177 ...) vornahm, fand mit vielen Unterbrechungen statt. Ich wollte mich ja nicht nur nach dem Motto „Ich habe auch etwas zu sagen.“ äußern, sondern für jene, die meine Argumentation nachzuvollziehen bereit sind, auch – wenn möglich – das Quellenmaterial liefern, besonders für jene, die sich zum ersten Mal in dieses Themenfeld gedanklich bewegen wollen. Darum habe ich so viele Anhänge produziert. Nicht alle werden im Text erwähnt. Mir war die Überprüfung der eigenen Vorstellungen wichtig damit ich nicht irgendwelche Fantastereien produziere.

17

Mein Anliegen war und ist auch nicht Andersdenkende abzukanzeln, um mich dadurch über sie zu erheben. Ich halte es auch für falsch, politische Gegner herabzusetzen, weil man selbst andere politische Inhalte durchsetzen möchte. Wir Menschen sind alle – abgesehen von den biologischen Festlegungen – in unserem Handeln von Ideen (Vorstellungen) geleitete Wesen. Und Vorstellungen können irrig sein. Dass uns auch in unseren Auseinandersetzungen entgegengesetzte Ideen auf Trab halten, ist besser, als wenn wir alle Wesen wären, die mit den gleichen gedanklichen Inhalten ausgestattet wären, die nur in einem Brei von Vermutungen schwimmen müssten. Denn wenn wir alle gleichgerichtet denken würden, dann hätten wir nur wenig Chancen Fehler im gleichgerichteten Denken zu erkennen und wenn es nötig ist zu korrigieren. Natürlich gehört zu einem gesellschaftlichen Zusammenhang auch ein gemeinsames Denken und Werten dazu. Aber wenn eine Gemeinschaft entstanden ist oder entstehen soll, sollten wir (auch wenn wir keine Christen sind) das Gebot der Feindesliebe beachten, das gilt sogar, wenn unsere Gegenüber Kriegsgegner oder Kriegsbefürworter sind. Wir sollten den Kern unseres Menschseins schützen, auch dann, wenn wir es mit politischen oder kriegerischen Gegnern zu tun haben. Das ist nicht immer leicht, aber mit einer Nichtbeachtung dieser Mahnung schaden wir uns selbst.

Mir ist in diesem Zusammenhang auch der Kompromiss als Lösung von Konflikten eingefallen. Ich zitiere aus einem alten Briefwechsel vom September 1991 mit Dr. Erich Reigrotzki, er war damals ein emeritierter Prof. für Staatswissenschaften und setzte sich für die Schaffung für den Ombudsmann als Schutzschild der Bürger gegen Behördenmacht ein. Ich schrieb am 18. 9. 1991:

... In der Zeitschrift "Der Dritte Weg" (7/71 und 9/91) haben sich Franz X. Laxy und Ekkehard Lindner über die mangelnde Kompromißfähigkeit der Freiwirtschaftler ausgelassen. Mich reizt es, in das Thema einzusteigen und den Kompromiß als verschleiernendes politisches Instrument, das als heilige Kuh behandelt wird, zu entlarven. Ich habe auch meine eigenen Überlegungen dazu, weiß aber, daß Sie sich in der Vergangenheit dazu geäußert haben. Ich nehme an, daß Ihre Aussagen dazu mir helfen könnten, meine zu präzisieren. Ich finde ihren Text aber nicht mehr. Können Sie mir mit Ihrer alten oder aktuellen Interpretation des Problems behilflich sein. Noch besser fände ich es allerdings, wenn Sie sich selber dazu äußern würden. ...

Reigrotzki antwortete 90jährig am 20. 9. 91:

Natürlich: Tristan Abromeit: da war die Erinnerung gleich wieder voll da. Garnicht so selbstverständlich für mein Alter aber auch die für mich typischen Namens-Vergeßlichkeit (bald nur noch zwei Namen: mein eigener und . . . Goethe) Und nun das Thema: Wiederum Goethe!

So etwa: gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache. In der Politik (Bundestag) ist es meist total umgekehrt: Da pöbelt man sich erst an, und fällt dann meist hinter der Scene in irgendeinen elenden Kompromiß zurück.

Auch diese Zitate mahnen mich, in der Sache weiterzuschreiben und meine möglichen Beiträge zur Gesellschaft nicht als zu gering einzuschätzen. Ich will aber mit Bezug auf den Staatswissenschaftler Reigrotzki an dieser Stelle mit kurzen Texten von ihm, die hier folgen und auf meine Internetseite zu finden sind, darauf hinweisen, dass der Kompromiss nicht immer die Basis der Demokratie ist, wie ein Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Philosophie in Hannover mir mal in einem Gespräch entgegenhielt, sondern auch die Sprengkraft zur Zerstörung enthalten können, wenn sie die Probleme vermehren oder ihre Lösung zeitlich verzögern. In meinem „Offener Brief vom 1. Mai 2001 / Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Dokumentation 5“ habe ich folgende Beiträge von Erich Reigrotzki eingefügt:

Erich Reigrotzki: Thesen zum Thema „Institutionsabsolutismus“ ... 10

Erich Reigrotzki: Freie Gesellschaft - Ihr notwendiger Wirkraum

und ihr notwendiger Gegenpol 12

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.5%20OB%20Lt.%20Doku%2005.pdf>

19

Die Gründe für die Notwendigkeit, dass wir Bundesbürger uns eine gültige Verfassung erarbeiten und erkämpfen müssen, gibt es in Fülle. Sie können nicht von einzelnen Bürgern erschlossen bzw. bearbeitet werden. Es ist aber durchaus möglich, dass ein Dritter Weltkrieg einen Aufschub für die nicht erledigte Arbeit erzwingt. Ich habe mich jedenfalls vor und nach dem Mauerfall 1989 erneut seit Januar 2023 bemüht, Material zu sammeln, das für eine neue Ausrichtung unserer bisher kümmerlichen demokratischen Ordnung nützlich ist. Ich höre aber auch die Stimmen, die voller Lobes auf das Grundgesetz sind, das mit Bedacht von ihren Schöpfern nicht Verfassung genannt wurde. Vor mir liegt eine Seite von einem Text-Ausdruck mit einem Bild (dpa) von unserem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer, auf der er die Schwurhand hebt und mit folgendem Zitat – das von ihm sein soll – betitelt ist: „*Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben unseren Auftrag von den Alliierten.*“

20

Am 28. 9. 2025 haben meine Frau und ich, begeistert die Professorin Dr. Elisa Hoven, ehemals Richterin am Bundesverfassungsgericht in der Fernsehsendung des ARDs, „*Das rote Sofa*“ gesehen und zugehört. Ich war aber erstaunt, dass sie das politisch propagierte Lob „*beste Verfassung aller Zeiten*“ in unaufdringlicher Form auch vortrug. Mir wurde bei grundsätzlicher Sympathie für die (ehemalige)Verfassungsrichterin Elisabeth Hoven und für die (ehemaligen) Verfassungsrichter *Andreas Voßkuhle* und *Hans-Jürgen Papier*, von denen zwei Zeitungsberichte neben mir auf dem Schreibtisch liegen habe, bewusst, dass man nicht nur Juristen die Formulierung und die Deutung einer Verfassung überlassen kann. Eine Verfassung ist mehr als ein juristisches Dokument, aber keine heilige Kuh, die nicht geschlachtet werden darf. Und da es um die Besetzung eines vakanten Platz am Bundesverfassungsgericht eine hässliche Auseinandersetzung gab, sei hier gleich gesagt, dass die Wahl von Verfassungsrichtern, kann demokratisch gesehen, keine Angelegenheit der Exekutive und Legislative sein, weil es die für die Demokratie notwendige Gewaltenteilung ein Stück aufhebt. Wenn die Urwahl der Personen für die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative nicht in einer Urwahl von allen Wähler erfolgen kann, dann sollten die Mitglieder des indirekten Wahlgremiums ein direktes Mandat vom Volk (von ihrer Gesellschaft) haben.⁹

⁹ Änderungen des Grundgesetzes und der Landesverfassungen sind gängige Praxis, aber eben auch jeweils ein Verrat der Demokratie, die dieses Recht dem Volk als Ganzes vorbehält. In der HAZ las ich, das der Niedersächsische Landtag die Landesverfassung (die keine Verfassung ist, weil sie nur von den Parteien beschlossen wurde) ändern will, weil sie die Abgeordneten der AfD vom Kontrollgremium des Verfassungsschutz ausschließen will. Ist das Vorhaben nicht eine tolle Verteidigung der Demokratie?

21

Ich wollte unter *Vorbemerkungen* eigentlich berichten, unter welchen persönlichen oder gesundheitlichen Bedingungen ich mir meine Gedanken zur Demokratie und Ökonomie, zum Krieg und Frieden mache, es scheint aber so, als wolle mein Kopf das Persönliche und die Sache nicht eindeutig trennen. Aber egal ist es nicht, ob ich von den Bedingungen meines persönlichen Hintergrundes berichte oder nicht, denn ich bin ja in den Beginn der Herrschaft des Nationalsozialismus hinein geboren worden, habe die Kriegs- und Nachkriegszeit selbst erlebt. Und immer weniger Bürger können aus eigenem Erleben ihr eigenes Urteil über die diese Zeit bilden. Und wenn mündlich überlieferte Berichte über meinen Start ins Leben stimmen, war meine Geburt ein dramatischer Vorgang, sodass meine Mutter und ich nach der Geburt in einem Zustand waren, der es der Verwandtschaft ratsam erscheinen ließ, uns gleich nach der Geburt an verschiedenen Orten für die Öffentlichkeit unsichtbar zu machen. Denn schon waren die Gerüchte über die Euthanasie, der Vernichtung unwerten Lebens, im Umlauf. Damit uns keiner als Kandidaten für diesen Vorgang melden konnte, soll ich in einem Wäschekorb mit der Bahn von Barßel nach Delmenhorst gebracht worden sein. Weil eine Schwester meiner Mutter, die mich pflegen sollte, krank war, bin ich dort in der Nachbarschaft weiter gereicht worden. Zum Glück hat meine Auslagerung und das Außer-Verkehr-ziehen meiner Mutter nur kurze Zeit gedauert. Und da ich hier auch gegen den Stachel der Politik löcke, ist es wichtig, deutlich zu machen, dass ich nicht nur aufgrund gelesener Literatur urteile. Viele unterschiedliche Erfahrungen auch mit körperlicher Arbeit habe ich gesammelt und ich fühle mich frei von Ideologien und Utopien.¹⁰ Ich glaube auch nicht, dass man mit Verteufelungen politischer Gegner die Demokratie rettet und die Gesellschaft vor Kriegen schützt.

22

Unter welchen Umständen ich meine Überlegungen zur Demokratie und Ökonomie formuliere, ist daher nicht nebensächlich. Trotz des Bewusstseins, das Aussagen zum gesellschaftlichen Sein, immer nur vorläufig gelten, bis ein Individuum oder ein Kollektiv bessere Einsichten gewinnt, war ich am Schluss meiner Suche nach den Argumenten, die für eine Generalüberholung unserer Demokratie sprechen, mit meinem Ergebnis nicht zufrieden. Die vorhergehenden Arbeiten und gesammelten Texte zu diesem Thema, die mit der Vorziffer 177... auf

¹⁰ Die Begriffe Ideologie und Utopie sind nicht eindeutig gefasst und werden gerne als Vorwurf benutzt, um die Argumentation eines Gegners die Qualifikation abzusprechen.

meiner Internetseite dokumentiert sind, wurden abrupt am 3. September 2024 durch einen dringenden Besuch bei einem unserer Hausärzte abgebrochen. Nach einer kurzen Untersuchung fuhr meine Frau mich mit ihrem PKW in das nächste Krankenhaus. Das brachte mir ganz neue Erfahrungen ein, die außerhalb des bewussten Seins lagen. Meine Frau war durch die ständigen Besuche, auch dann, wenn ich in einer anderen Welt lebte die aufmunternde Begleiterin des Geschehens. Ein Teil meiner Kinder und Enkelkinder kamen ebenfalls an mein Bett und sorgten dafür, dass mich mein Lebensmut nicht verließ. Am 13. Dezember 2024 endete meine Reise durch drei Krankenhäuser, wobei ich zweimal in das Ausgangskrankenhaus war. Das Wirken der Ärzteschaft und der pflegenden Frauen hatte sich als erfolgreich erwiesen, wenn ich auch nach einem Jahr noch mit abnehmender Intensität auf die Pflege durch die Familie und eines Pflegedienstes ¹¹ angewiesen bin. Die ersten kurzen Ausflüge im Krankenhaus und Zuhause konnten im Rollstuhl stattfinden. Die Orientierung in Raum und Zeit war bei mir wieder da. Das Stehen und Gehen ohne Stützhilfe verbesserte sich wieder. Ich konnte von den Träumen – die wie Horrorfilme wirkten, an deren Geschehen ich beteiligt war – berichten. In einem der ruhigen Träume ohne Angst habe ich überlegt, ob es nicht bei dem Alter, das ich erreicht habe, angebracht wäre und der richtige Weg sei, einfach zu sterben. Obwohl mir die Erfolglosigkeit für verschiedene Bestrebungen in mein Leben im Traum bewusst war, meldete sich eine Stimme in mir, die sagte, das ginge nicht. Ich hätte meine Aufgabe im Leben noch nicht erfüllt, ich sei einer der zu geringen Träger eines Wissens, das die Welt ein wenig friedlicher machen könnte. Ich schätzte mein Wissen aber als zu gering ein, um die mir zugedachte Rolle erfüllen zu können. Es blieb aber das Bewusstsein von meiner besonderen Rolle, die ich selbst als Lasst empfinde und meine Frau als Sucht deutet ¹². Meine jetzigen Bemühungen kann man als Wirkung des Gefühls, ich sei dem Leben noch etwas schuldig, verstehen. Ich lebe noch gerne, aber ich möchte – wenn es wieder eine Situation gibt, wie ich sie erlebt habe – gerne in Frieden mit mir und der Welt sterben können, so wie es mir von meinen Freunden im Geiste, Karl Walker und Helmut Creutz berichtet wurde.

23

Aber jetzt galt es eine Antwort auf die Frage zu finden: Wie wirke ich für den gewünschten Frieden in der Zeit, die ich in einem kürzeren Zeitmaß, als es üblich ist, durchschreite? Klar

11 Als die Einführung der kollektiven Pflegeversicherung noch diskutiert wurde, habe dazu eine Stellungnahme geschrieben. Ich bin noch nicht dazu gekommen, um sie zu lesen, wie ich darüber heute denke. Die interne Suchfunktion auf meiner Internetseite zeigt mir zwar die Existenz dieser Datei an, sagt mir aber nicht, wo ich sie finde. Das ist die Folge von Fehlern, die bei der Eingabe des Text (nicht nur bei diesem) gemacht habe.

12 Ich verübele ihr das nicht, denn diese Aktivitäten schränken die Zuwendungen zur Familie ein und gehen zu Lasten der Familienkasse.

war mir, dass ich von der Restlaufzeit meines Lebens mehr als bisher der Familie zukommen lassen muss. Aber wie viel und was kann ich noch der Gemeinschaft (der Politik) zugutekommen lassen? Beide Bestrebungen kollidierten ja erfahrungsgemäß miteinander. Ich muss mich doch wie die meisten Bürger, die sich in der Politik engagieren, mit Scheinerfolgen begnügen, die bei Licht betrachtet, wenig an der Herrschaft der Meinungsblöcke ändern. Kann ich einfach den geringen Nutzen meines vorhergehenden Einsatzes, der seine Spuren in meiner Textreihe 177 hinterlassen hat, außer Betracht lassen? Und dann noch die viel dringendere Frage, habe ich nachdem Probesterben in den Krankenhäusern noch alle Tassen im Schrank? Ob die Kosten der Reise durch die Krankenhäuser bei meinem erreichten Alter noch gerechtfertigt sind, habe ich mir schon während des Aufenthaltes in dem ersten Krankenhaus gemacht. Als ich die tatsächliche Summe im Nachhinein dann erfuhr, war ich doch erschrocken und fühlte mich verpflichtet, nicht nur im Sessel zu sitzen und den Nachrichtenvermittler ihre Nachrichten mit einem zu geringen Aufklärungswert zuzuhören. Das brachte aber wieder erneut die Frage mit sich: Wie kann ich mich noch einbringen? An ein Aufhängen von Wahlplakaten für eine der Parteien, was ich der Vergangenheit schon gemacht habe, wäre wohl keine gute Idee. Dann die Frage, was hat mehr Erfolg, wenn ich mich kurz oder lang, nur noch sachbezogen äußere oder mich als Schreiber sichtbar mache? Darauf habe ich keine eindeutigen Antworten gefunden. Also muss ich das Risiko eingehen, für den Rest meiner Lebenszeit mit dem Gefühl herumzulaufen, versagt zu haben.

24

Beim „blättern“ in dem Verzeichnis der Einträge auf meiner Internetseite weckte meine Neugier meine Beiträge, die mit der Vorziffer 24 ... gekennzeichnet sind. Die Überschrift lautet: > > Aufruf „**aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken**“, Offener Brief an Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann. << Der Hauptteil ist vom Januar 2002. Ich landete bei einer Ergänzung vom Dezember 2006. Einer meiner Söhne hatte mir beigebracht, wie ich von meinen Texten PDF-Dateien machen und ins Netz stellen könnte. Weil es bei meinen jetzigen Bemühungen auch um die Mitwirkung an der Gestaltung unserer Gesellschaft geht, interessierte mich, was ich dazu 2002 und 2006 gedacht habe. Ich zitiere daher aus der *Ergänzung* mit der Text-Ziffer 24.3. Aus dem Inhalt wird vielleicht deutlich, warum ich meinen Mut bei meinen Bemühungen um eine bessere Welt nicht verloren habe.

2. Gab es ein Echo?

Bevor ich auf die einzelnen Blätter, Artikel, Infos im Anhang eingehe, möchte ich die beim Leser sicher aufkommende Frage beantworten, ob denn dieser Offene Brief an

die Bischöfin und die Mitempfänger vom Januar 2002 ein Echo ausgelöst hat. Na ja, ich müßte schon den Lautverstärker einschalten, um das Echo zu hören. Das wäre aber nur dann enttäuschend, wenn ich mehr erwartet hätte. Wer gesellschaftspolitische Themen so verarbeitet, wie ich es tue, der kann nur auf eine Wirkung im zweiten und dritten Glied der Funktionsträger im Staat, in den Verbänden und Kirchen hoffen. Beim Offenen Brief sind die Mitempfänger eigentlich die Hauptempfänger. Der genannte Adressat, die genannte Empfängerin ist meistens aufgrund der empfangenen Informationsflut gar nicht in der Lage, alles, was auf den Tisch kommt, zu verarbeiten. Ich gehe davon aus, daß meine (und die der vielen mir unbekannten Mitstreiter für eine bessere Gesellschaft) Chance darin liegt, daß ich (und die Unbekannten) nicht dem Diktat der Sprachregelungen, der institutionellen Rücksichtnahme und der bürokratischen Vorgaben unterworfen bin. Daß also das, was ich (wir nicht Berufenen) schreibe(n), eine geistige Abwechslung für die Menschen in den verarbeitenden Bürokratien sind und sich so neue oder andere Gedanken in die Köpfe der Entscheidungsträger von morgen festsetzen. Aber auch dann, wenn meine „Mühe“ nur in der Ablage landet oder gar im Papierkorb, habe ich ja immer noch den Gewinn der Selbstverklärung und die Genugtung in unübersichtlichen Zeiten nicht einfach zu kapitulieren. Ich weiß nicht warum, aber mir fällt der verstorbene Autor und Redakteur Will Noebe ein, der in russischen Gefängnissen sitzend, nicht einmal einen Bleistift und Papier hatte und daher Gedichte in sein Gedächtnis schrieb und seinen Mitgefangenen mündlich vortrug. Ist meine Situation dagegen nicht goldig?

3. Die Zeit bleibt nicht stehen

Die Zeit ist seit dem Januar 2002 weitergegangen. Bischöfin, Frau Margot Käßman hat, wenn ich die Zeitungsmeldungen richtig in Erinnerung habe, eine Brustkrebstherapie hinter sich. Auch mir winkte der Sensemann schon zu. Vor rund einem Jahr wurden mir Bypässe ins Herz gesetzt. Dies wäre ja Anlaß genug, die persönlichen Belange zu ordnen und einen Beitrag für die Familiengeschichte zu produzieren. Es will mir aber nicht recht gelingen. Unsere Gesellschaft – als Schiff gedacht – scheint mir immer noch auf einem gefährlichen Kurs. Warum muß ich mich da immer noch mitverantwortlich fühlen? Haben wir keine Wahlfreiheit bei dem Gegenstand unseres Nachdenkens?

4. Warum kirchliche Adressaten?

Eine andere Frage ist, warum ich mich überhaupt an kirchliche Kreise bzw. an hauptamtliche FunktionsträgerInnen der Kirche wende, obwohl ich doch gar keiner Kirche angehöre. Nun, die Kirchen sind immer noch große Organisationen, die unsere Gesellschaft und unseren Staat mit prägen. Wichtiger ist aber, daß aus diesem Umfeld immer wieder Signale kommen, sich an der Findung von Problemlösungen für unsere Gesellschaft zu beteiligen und oft auch der innerkirchliche gute – wenn auch meisten hilfloser – Wille erkennbar ist, Beiträge dazu zu leisten. Damit meine Bemühungen aber nicht als Anbiederung mißverstanden werden, habe ich alte Flugblätter der Freigeistigen Vereinigung Celle (Mitglied der Freireligiösen Landes-Gemeinschaft Niedersachsen) in den Anhang II zu diesem Nachtrag gestellt. Da in der Anschrift keine Postleitzahl verwendet wird, sind die Flugblätter wahrscheinlich vor dem März 1962 produziert worden. Das Anliegen der Freigeistigen Gemeinschaft sollte durchaus ernst genommen werden. Im gewissen Sinne sind die Flugblätter auch ein Spiegelbild des

kirchlichen Agierens.

5. Kluge Reaktion

Meine Adressatin, die Bischöfin Frau Käßmann, hat auf meinen Offenen Brief klug reagiert.¹³ Sie teilt mir mit, daß sie einfach keine Zeit 2 für die Verarbeitung meines Schriebes hat – was ich ja auch nicht erwartet habe – und schickt mir ihren damals aktuellen „Bericht von der 1. Tagung der 23. Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers am 21. Februar 2002 ...“ Auf diese Weise konnte ich erfahren, was die Bischöfin damals gedanklich umtrieb. Bei dem Schreiben des Sekretärs des Bischofs von Hildesheim, Dr. Homeyer – der inzwischen aus seinem Amt ausgeschieden ist – hat mir eine solche Beilage gefehlt.

Ich zitiere jetzt Bischöfin Käßmann aus dem oben genannten Bericht. Zuerst aus der Gliederungsziffer 2. *UNTERSCHIEDEN UND ENTSCHEIDEN*:

Der griechische Begriff *KRISIS*, von dem unser Begriff der Krise und auch des Kritischen abgeleitet ist, bedeutet Scheiden, Unterscheiden, Entscheiden. Wer in kirchenleitender Verantwortung Zukunft gestalten will, wird deutlich zwischen den Bildern von Kirche, den Herausforderungen und der Realität unserer Kirche unterscheiden müssen. Und da gibt es neben dem Negativbild auch Positives, was allzu leicht aus dem Blick gerät: ...

Diese Aussage gilt auch für die Gesamtgesellschaft. Und jetzt:

5.5 Mutig in die Welt einmischen

Mir liegt ganz besonders daran, dass wir nicht selbstbezogen auf unsere kircheninternen Fragen starren, sondern als Kirche in der Gesellschaft einen Beitrag leisten. Gewalt, Armut, Globalisierung, Gentechnologie, Sterbehilfe - all die vielen Themen, die ich in den letzten Bischofsberichten aufgegriffen habe, sie gehen uns ja etwas an! In den kommenden Berichten werde ich das wieder besonders aufgreifen. Aus evangelischer Perspektive gibt es da nicht nur Fragen, sondern auch notwendige Antworten! Lassen Sie uns eine lebendige Kirche mitten in der Zeit sein, die sich einmischt in die Welt durch Menschen und durch Stellungnahmen. Das ist nicht immer bequem, das ist mir ganz persönlich bewusst, das erlebe ich sozusagen täglich auch als Anfechtung. Aber die gesellschaftliche und politische Dimension unserer Kirche gehört meines Erachtens zu unserem Auftrag in einer Welt, die wir als von Gott geschaffen verstehen. Wir sind Haushalterinnen und Haushalter, die Gott rechenschaftspflichtig sind.

14

-
- 13 Ich habe sie hier im Nachtrag bewußt nicht persönlich angesprochen, damit sie sich nicht gedrängt fühlt, erneut zu antworten. Sie erhält aber selbstverständlich diesen Schriftsatz. Vielleicht enthält er ja Anregungen.
- 14 Aus diesen Gründen habe ich auch die Texte mit der Vorziffer 181 geschrieben und ins Netz gestellt und sie direkt an ein paar Theologen direkt vermittelt. Meine Überlegungen dabei sind, dass das Geld und der Boden Themen sind, bei der die Wirtschaftswissenschaften aus der Spur geraten sind und bei der Wiederaufnahme der hier bestehenden Probleme igeln. Die Themen sind aber auch biblische Themen, wo die Kirchen punkten und der Gesamtgesellschaft helfen könnten. Die Pastoren, Pfarrer und Priester könnten biblische, reale Probleme mit den Kirchenmitgliedern von heute bearbeiten und brauchen ihre Seelenpflege nicht nur mit Glaubenssätze – die immer schwerer vermittelbar sind – betreiben. Aber, sie predigen den Gläubigen: „*Seht euch die Vögel des Himmels an: Sie säen nicht, sie ernten nicht und sammeln keine Vorräte in Scheunen; euer himmlischer Vater ernährt sie doch.*“ Sie glauben aber selber nicht daran, dass man dieses Beispiel auf die Menschen übertragen kann. Sie setzen lieber auf Kapitaleinkommen (auch in Form des Erbbauzinses, ein Streitthema im Wirkungsbereich der Klosterkammer in Hannover) und Zuwendungen vom Staat und zwingen auch so die Nicht-Mitglieder der Kirchen zur Finanzierung der Kosten für den Unterhalt der Gebäude und des Personals der Kirchen beizutragen.

25

Gestern, vor dem Einschlafen habe ich gedacht und mir gesagt, ich müsse, um das Lesen meiner Botschaft zu erleichtern, auf Gedankensprünge und geschachtelte Sätze vermeiden. Wenn ich vorher eine straffe Gliederung des Inhalts nicht liefern könne, dann müsse ich mich an Stichworten abarbeiten und die Ergebnisse bei Bedarf in der Reihenfolge umstellen.

Toll, nun habe ich meine Absicht, lange Sätze zu vermeiden, mit langen Sätzen beschrieben.

Da ich aber hier nicht an Schreibwettbewerb teilnehme, sondern mich von einer Bringschuld entlasten will, muss ich das wohl akzeptieren.

26 Was zu beachten ist!

Aus dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, 1958, für Karl Jaspers, aus seiner Dankesrede: ***Wahrheit, Freiheit und Friede:***

... 1. Kein äußerer Friede ohne den inneren Frieden ist nicht Kampfllosigkeit.

Aber der Mensch kann den Kampf verwandeln aus gewaltsamem Kampf in den geistigen und in den liebenden Kampf. Der gewaltsame Kampf erlischt in der Kommunikation. Statt Überlegenheit im Sieg ist das Ergebnis die gemeinschaftliche Wahrheit. Durch solchen Kampf miteinander kommt erst jeder zu sich selbst. Der liebende Kampf stellt alle Mittel der Gewalt, auch die Mittel der intellektuellen Gewalt, die als stärkere Rationalität der stärkeren Muskelkraft entspricht, dem Partner in gleicher Weise wie sich selbst zur Verfügung und hebt damit ihre tödliche Wirkung auf. Was einst im Kampf auf Leben und Tod Ritterlichkeit und ihre Spielregeln waren, dem sind in der täglichen Praxis der liebende Kampf und seine Ordnung zu vergleichen.

Der Friede beginnt im eigenen Haus. Der Weltfriede beginnt mit dem inneren Frieden der Staaten. Im innenpolitischen geistigen Kampf um die Herrschaft muß die Gesinnung der Friedlosigkeit, die die Gewalt wollen würde, wenn sie nur könnte, verschwinden. Denn die Friedlosigkeit der Innenpolitik macht auch den Frieden in der Außenpolitik unmöglich.

2. Friede allein durch Freiheit

Der innere Friede der einzelnen Menschen und des einzelnen Staates ist durch Freiheit. Weil nur Freiheit zum Frieden fähig ist, sagte Kant: Nur Staaten mit »republikanischer Regierungsart« können den Frieden schließen, der kein bloßer Waffenstillstand, sondern ohne Vorbehalt als Dauer gemeint ist. Unter republikanischer Regierungsart verstand Kant nicht eine Staatsform (wie Monarchie, Aristokratie, Demokratie), sondern die Regierungsart der Freiheit, die wir heute Idee der Demokratie nennen. Sie ist nicht zu verwechseln mit einer technischen Verfassungsform, die vermeintlich einmal als die richtige gefunden und identisch übertragbar wäre.

Was aber ist Freiheit? Äußere Freiheit eines Staates und innere Freiheit durch seine Regierungsart haben Bestand durch die existentielle Freiheit der einzelnen

Menschen. Daher die Vieldeutigkeiten im Worte »Freiheit«: Äußere politische Freiheit kann auch ein despotischer Staat haben. Eine freie demokratische Verfassung kann auch ein Volk innerlich unfreier Menschen haben.

Freiheit beginnt als Freiheit des einzelnen, gewinnt gemeinschaftliche Gestalt in der republikanischen Regierungsart, behauptet sich gegen Unterdrückung durch fremde Staaten. Im Ganzen dieser drei Momente ist Freiheit wirklich.

Erst die Freiheit, dann der Friede in der Welt! Die umgekehrte Forderung: »erst Friede, dann die Freiheit« täuscht. Denn ein durch Zufall oder durch Despotie oder geschickte Operation oder durch Angst aller Beteiligten für den Augenblick bestehender äußerer Friede ist nicht ein im Grunde des Menschen selbst gesicherter Friede. Er würde aus dem faktischen Unfrieden der Unfreiheit der einzelnen bald wieder zum Kriege führen.

Auch die Demokratie als Verfassungsform ist noch keineswegs Freiheit. Sie kann der Willkür, der Zügellosigkeit Raum geben. Eine Demokratie, plötzlich eingerichtet, nicht von einem Volke hervorgebracht, daher auch noch nicht verstanden, ist nur eine Chance, daß das Volk eines solchen Staates die Idee der Demokratie erwerbe und dadurch in seinen Bürgern frei werde. Leicht wird die nur formale Freiheit verspielt. Wenn die Kämpfe der Parteien aus solidarischer Verbundenheit in den selbstzerstörerischen Prozeß treiben, dann wird der freie Staat zur Kulisse, die morgen mitsamt allen seinen Politikern und Parteien umgeworfen werden mag. Die nur formale Demokratie selber erzeugt die totale Herrschaft, so daß Hitler mit Recht triumphieren konnte: »Ich habe sie mit ihrem eigenen Wahnsinn geschlagen.«

Die Weltlage ist drohend: Heute ist der Weltfriede die einzige Rettung. Aber immer gab es Kriege. Wie soll das Ungeheure möglich werden, daß keine Kriege mehr geführt werden? - Für unser Wissen nicht durch die Magie eines übergeordneten Geschehens, auf das sich zu verlassen bequem und verantwortungslos wäre, auch nicht allein durch eine rational erdenkbare Apparatur, die das Erwünschte herstellen möchte, sondern durch unsere täglich bewährte Freiheit. Der Unbedingtheit dieser Freiheit kommt dann vielleicht die transzendente Macht zu Hilfe, die wir in unsere Voraussicht nicht einstellen können, deren unbestimmbare Möglichkeit uns jedoch ermutigen darf, wenn der bloße Verstand ratlos wird.

3. Freiheit allein durch Wahrheit

Freiheit aber ist nicht aus dem Nichts. Sie ist nicht Willkür, nicht beliebiges Meinen. Erst in der Hingabe an Wahrheit ist erfüllte Freiheit möglich. Kein Friede ohne Freiheit, aber keine Freiheit ohne Wahrheit. Hier liegt der entscheidende Punkt. Freiheit ist leer, wenn nicht die Wahrheit gemeint ist, der sie entspringt und der sie dient.

Was ist Wahrheit? Seit dem Altertum handeln Philosophen immer wieder »von der Wahrheit«. In neueren Zeiten denken sie sich ein in ihre Fragwürdigkeiten, in ihre Dialektiken und Umstürze, bis zu der Paradoxie, ob die Unwahrheit selber zu einem Moment der Wahrheit werden könnte. Mit der Wirklichkeit unserer Wahrheit sind wir immer nur auf dem Wege. Niemand hat sie, wir alle suchen sie.

Wollen wir Freiheit und Frieden, so müssen wir in einem Raum der Wahrheit uns begegnen, der vor allen Parteiungen und Standpunkten liegt, vor unseren Entscheidungen und Entschlüssen. Wenn wir frei und wahrhaftig werden, kehren wir ständig zurück in diesen gemeinsamen Raum, in dem wir verbunden bleiben

auch dann, wenn wir Gegner sind. Wahrheit liegt nicht zuerst im Inhalt, sondern in der Weise, wie dieser gedacht, aufgezeigt und diskutiert wird: in der Denkungsart der Vernunft. Diese Wahrheit hört auf in der Vereinzelung trotziges So-seins und Sowollens, mit der Blindheit der Seele und Taubheit des Geistes, mit dem Abbruch der Kommunikation. Das sehen wir alltäglich. Ein Beispiel waren Erscheinungen beim jüngsten Kampfe gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. ...

27

Zu der Aussage von Karl Jaspers „*1. Kein äußerer Friede ohne den inneren Frieden ist nicht Kampfflosigkeit.*“ gibt es von Silvio Gesell eine inhaltlich ähnliche.“ In der Anlage 182.27 ist in ***Freiland, die ehernen Forderung des Friedens***, ein Vortrag, gehalten in Zürich am 5. Juli 1917 in der Einleitung zu lesen:

Bürger- und Völkerfriede entstammen demselben Geist, haben die gleichen Ursachen. Zwischen Staaten, die innerlich gesund sind, d. h. sich wahren Bürgerfriedens erfreuen, kann es gar nicht zum Kriege kommen, wie auch umgekehrt zwischen denselben Staaten kein wahrer Friede Fuß fassen kann, solange in ihnen der Klassenkampf tobt. Wer darum den Völkerfrieden will, muß wissen, daß er ihn nur vom Altar des Bürgerfriedens holen kann. Der Bürgerfriede ist die Keimzelle des Völkerfriedens. Was dem Bürgerfrieden geopfert werden muß, gehört auch restlos in den Opferstock des Völkerfriedens. Ja, die Dinge verhalten sich so, daß wir uns um den Völkerfrieden überhaupt nicht mehr zu kümmern brauchen, sobald wir einmal dem Bürgerfrieden alles geopfert haben, was ihm unbedingt geopfert werden muß. ...

28

Und Jetzt noch ein Sprung zu einem Ausschnitt von Jaspers, der von unseren Parteien handelt:

5. Unsere zwei großen Parteien in der Bundesrepublik haben beide einen politisch unwahrhaftigen Grund. Die eine gründet sich auf den von ihr faktisch preisgegebenen Marxismus und gerät dadurch in die Konfusion ihres Denkens. Die andere Partei nennt sich christlich, während sich doch eine politische Partei auf den biblischen Glauben nicht redlich gründen läßt; das bringt in diese Partei etwas existentiell Verwirrtes.

Mit der politischen Selbsterziehung würden die großen Parteien aufhören, Weltanschauungsparteien zu sein. Sie würden auf dem gemeinsamen Boden des Staats republikanischer Regierungsart stehen und das politische Gewissen für die gemeinsamen Bedingungen der Freiheit haben. Der Kampf würde durch politische Argumente stattfinden und durch die Glaubwürdigkeit der politischen Persönlichkeiten. So würde das Volk nicht mehr dupiert. Aufhören würde das Ungenügen an den Parteien, die durch eine winzige Schicht von Parteipolitikern die Regierung des Landes fast wie ein Fremdkörper an sich genommen haben. Bei den Wahlen

verschwände das Gefühl des Zwangs, zwischen zwei Übeln unwillig wählen zu müssen. Die Oppositionspartei würde ein mitwirkender Faktor eigener Verantwortung. Von beiden Seiten würden die politischen Probleme aus der Sache entwickelt, nicht wahltaktisch konstruiert.

Welch große Aussicht, wenn auf der einen Seite eine Sozialdemokratie, befreit vom Dogma einer marxistischen Weltanschauung, in klarer Vorstellung der Weltlage, die Außenpolitik Adenauers zu der ihren machte, die Wirtschaftspolitik, die das Wirtschaftswunder ermöglichte, in den Grundzügen akzeptierte, und nun mit dem ganzen Ernst sozialer Gerechtigkeit für die Solidarität des Operierens aller Glieder der Arbeit, nicht für einen Kampf von nicht mehr existierenden Klassen sich einsetzte!

Und wenn auf der anderen Seite die konservative Partei, befreit von restaurativen Äußerlichkeiten, befreit von der unter konfessionellen Prinzipien unter Ausfall der freien Geistigkeit erfolgenden Ämterpatronage, die sozialistischen Prinzipien ihrerseits in den auf konkrete soziale Gerechtigkeit zielenden Grundzügen akzeptierte, aber nun mit dem ganzen Ernst die geistige Überlieferung hütete, sie selber durch die Wirklichkeit ihrer Menschen bezeugt, und wenn sie dem gesamten Volk überzeugend fühlbar machte, daß ohne diese Überlieferung auf dem Grunde der griechisch-römischen Antike und der Bibel die Substanz unseres Wesens verlorengehe! ...

29

Meine Schlussfolgerungen aus den Zitaten von Jaspers und Gesell.

Für den Fall, dass ich das noch nicht deutlich genug gesagt habe, es geht mir beim Aussuchen und Übertragen von Textstellen nicht um das Herabsetzen von Personen oder Organisationen. Sondern es geht mir darum, mit meinen begrenzten Möglichkeiten, Fehler im Denken und politischen Handeln jener von uns aufzudecken, die schon das Zeitliche hinter sich haben und jenen, wie mich, die wir schon auf der Abrufliste stehen. Es gilt die Fehler aufzudecken, die schon tradiert wurden und von den aktuellen politische Entscheidungsträgern als letzte Weisheiten angewandt werden, damit die nächste Generation von Entscheidungsträgern die aufgedeckten Fehler beachten kann. Ich befinde mich dabei mit meinem Bemühen in einer Zwickmühle: Wenn ich am Schreibtisch sitze, komme ich mir überfordert vor und wenn ich in meine Fluchtburg, das Krankenbett, flüchte, dann fühle ich mich als Drückeberger. In diesem Spannungsfeld der Schreibaktionen muss ich dann noch aufpassen, dass ich mich hier nicht wehleidig äußere, aber auch nicht meine nachlassenden Kräfte überfordere.

30

Da mir das, was ich gestern geschrieben habe, mir heute nicht eindeutig genug erschien, habe ich es wieder gelöscht. Meine Schlussfolgerungen aus den Aussagen von Jaspers und Gesell,–

die ich in der Zwischenüberschrift angekündigt habe, müssen an anderer Stelle auch indirekt sichtbar werden. Nur so viel will ich hier schon sagen, wenn wir die Demokratie wirklich wollen, dann müssen wir für die Auswahl der politischen Akteure ein besseres Selektionsverfahren finden, als das, was wir es bisher mit den politischen Parteien jetzt haben und dafür sorgen, dass die Abgeordneten in den Parlamenten auch wirklich unabhängig von Parteien und anderen Gruppen agieren können. Ich urteile aufgrund eigener Erfahrungen als Starter eines Versuchsballons namens Liberal-Soziale-Partei, als Mitglied der FDP, und als Gründungsmitglied der Grünen und natürlich aufgrund des eigenen Nachdenkens. Auch diese Einschätzung ist ein Grund für mich zu sagen, wenn wir eine wirkliche Demokratie haben wollen, dann müssen wir die Voraussetzungen dafür erarbeiten. Es geht nicht darum alle früheren Zielsetzungen und probierten Maßnahmen der Zielerreichung zu verwerfen, sondern auf ihre Brauchbarkeit und Ehrlichkeit hin zu überprüfen.

31

Das, was ich hier durch die Schriftform meiner Gedanken sichtbar zu machen versuche, will ja keine wissenschaftliche Darstellung gesellschaftliche Probleme sein. Auch will ich keinen Roman zur Unterhaltung schreiben, sondern will so etwas wie einen gedanklichen politischen Erlebnis- und Erkenntnispfad erstellen. Leserinnen und Leser – wenn sich welche einfinden – sollen ermutigt werden, sich selber welche zu bauen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass wir heutzutage auch gängige Informationsstraßen benötigen, die mit weniger Grübeln, mit gängigen Mittel für Informationstransporte sicher und schnell befahren werden können. Also: Ich denke bei Bau von gedanklichen Erlebnispfaden nicht an Spinnereien, sondern an Wege der Erkenntnis, die bisher noch nicht oder nicht genug gesehen und probiert wurden. Ich erlaube mir auch gedankliche Sprünge für meine Bemühungen, damit mir meine Lust am Schreiben nicht durch stilistische Anforderungen ganz in den Keller geht. Ich beanspruche nicht, letzte Wahrheiten mitzuteilen und bin für Kritik empfänglich.

32

Die Tageszeitungen liefern fast täglich Stichworte für große Themen

>> Klingbeil reformiert die Riester-Rente / Das neue Altersversorgungsmodell des Bundesfinanzministers soll einfacher, günstiger und lukrativer sein <<

Das ist in der HAZ vom 11.12. 2025, Seite 4 zu lesen. Günstiger kann hier heißen, das die Abschluss- und Verwaltungskosten der betreffenden Vorsorgeverträge in der Summe geringe an-

fallen sollen. Die Eigenschaft „lukrativer“ kann hier nur bedeuten, dass die Verträge eine höhere Rendite bringen sollen. Da fragt sich, ob die Politiker der ältesten deutschen Partei, die SPD, die in ihren Teilen in den Jahren 1863 und 1869 gegründet wurde, nicht wissen, dass die Rendite nur aus der Lohnquote bei der Einkommensverteilung gezahlt werden kann und nicht aus dem Anteil, den das Kapital beansprucht. Das heißt dann in der Konsequenz, dass die Versicherten über ein Zusatzeinkommen – minus Umverteilungskosten – freuen sollen, was ihnen vorher abgenommen wurde.

Ökonomisch– marktwirtschaftlich – gesehen, können nur die Arbeitnehmer und Unternehmer ökonomische Leistungen erbringen. Dass das Sach- und Geldkapital ein Teil der Wertschöpfung beansprucht (beanspruchen kann), das reduziert in ihrem Wirken die ökonomische Gerechtigkeit, die die Marktwirtschaft liefern kann, wenn wir sie vom Kapitalismus befreien.

Wenn der Kapitalertrag pro Kopf an die Bürger nach erbrachter Leistung verteilt würde, würde die Verwerfung der Einkommensverteilung auf ein erträgliches Maß reduziert. Das kann aber nicht durch eine Umverteilungspolitik erreicht werden.

33

Zur Verdeutlichung des Problems folgt ein Auszug aus:

„*Die Totsünde der Nationalökonomie*“ von **Dr. Otto Conrad**, Leipzig / Wien, 1934:

Zur Lehre von den <drei Produktionsfaktoren>

1

... Ohne Violine kann man nicht geigen. Wer würde daraus schließen wollen, daß nicht nur der Geiger, sondern auch die Geige geigt, daß beide gemeinsam Violine spielen? Gewiß niemand. Die Violine ist eben Musikinstrument und nicht Musikant, ganz ebenso wie Kapital und Boden Produktionsmittel! und nicht Produzenten sind ... Oder: der Mensch sieht und das Fernrohr sieht, beide gemeinsam sehen weiter. Kein Vernünftiger wird so denken. Man erkennt, daß der Mensch und immer nur der Mensch es ist, welcher geigt, ..., sieht ... Nur beim Produzieren will man das, was bei allen anderen Tätigkeiten als selbst-verständlich gilt, nicht gelten lassen, sondern spricht auch den toten Produktionsmitteln Produktionsleistungen zu. ... (S. 5)

2

... Und nun zu dem Ergebnis der Verteilung des Sozialproduktes. Es wird von Schumpeter, Mises und vielen andern in Anlehnung an Clark dahin formuliert, daß die Besitzer das Produkt ihrer Produktionsfaktoren erhalten. Das trifft nicht einmal für den Arbeiter zu. Der Arbeiter erhält nicht das „Produkt seiner Arbeit“ sondern den Lohn. Was sollte auch der Arbeiter, z. B. der Gießer in einer Waggonfabrik mit den Waggonrädern anfangen, die er gießt? Auch der Kapitalist, der sein Kapital verleiht, und der Grundbesitzer, der den Boden verpachtet, erhalten kein „Produkt“, sondern

ein Einkommen, den Leihzins und den Pachtzins. Das wird auch von einigen Anhängern der Lehre von den drei Produktionsfaktoren zugegeben. Sie erklären jedoch, daß der Lohn, die Bodenrente und der Zins die Vergütung oder Entlohnung sei, die die Besitzer für die Beistellung der Produktionsfaktoren oder ihrer produktiven Leistungen erhalten. Hierzu ist folgendes zu sagen. Es ist nicht wahr, daß der Grundbesitzer, der den Boden nicht selbst bebaut, zur Produktion etwas beistellt. Denn, der Boden mit allen seinen Stoffen und Kräften ist von Natur aus da und braucht daher nicht erst „beigestellt“ zu werden. Der Grundbesitzer gibt dem Pächter nur die Erlaubnis, den von der Natur beigestellten Boden zu benützen. Für diese Erlaubnis wird der Pachtzins bezahlt. Diese Erlaubnis ist nötig und der Grundbesitzer kann sich dafür bezahlen lassen, weil er als Eigentümer des Bodens berechtigt ist, jeden andern von der Benützung des Bodens auszuschließen.

Ganz anders liegt die Sache bei der Arbeit. Die Arbeitsleistung wird wirklich vom Arbeiter beigestellt. Denn die Arbeitsleistung ist nicht von Natur aus da. Hier handelt es sich nicht nur um die Erlaubnis, etwas schon Vorhandenes zu benützen. Denn die Arbeit ist nicht vorhanden, sie muß vom Arbeiter erst verrichtet werden. Der Arbeiter stellt daher die Arbeit wirklich bei. Darum wird der Lohn tatsächlich für die Beistellung der Arbeit, d. h. als Preis der Arbeitsleistung gezahlt.

Wie steht es aber mit dem Kapital? Wird nicht doch wenigstens das Kapital und damit dessen produktive Leistungen vom Kapitalisten beigestellt? Auf diese Frage ist folgendes zu antworten. Der Einfluß, den der Kapitalist dadurch, daß er durch Ersparung Kapital bildet, auf die Produktion ausübt, besteht darin, daß er eine Nachfrage nach Kapitalgütern ermöglicht, und so zu ihrer Produktion den Anstoß gibt. Die Produktion folgt der Nachfrage. Die Verwendung des Einkommens zu Verbrauchszwecken gibt den Anstoß zur Erzeugung von Konsumgütern. Die Ersparung von Einkommensteilen und deren Anlage als Kapital lenkt die Produktion auf die Erzeugung von Kapitalgütern hin. Kann nun aus dieser Sachlage der Schluß gezogen werden, daß der Kapitalist die Kapitalgüter und ihre „produktiven Leistungen“ beistellt? Diese Frage ist zu verneinen, sonst müßte auch anerkannt werden, daß der Konsument die Konsumgüter „beistellt“. Denn die Nachfrage nach Konsumgütern ist genau so Vorbedingung für die Erzeugung von Konsumgütern, wie die Nachfrage nach Kapitalgütern Vorbedingung für die Erzeugung von Kapitalgütern. Die Ausübung der Nachfrage würde bei dieser Auffassung zu einem Akt der Produktion, der Besteller der Ware zum Produzenten gemacht werden, was offenbar widersinnig wäre. Deshalb, weil eine Verbrauchshandlung die Produktion günstig beeinflußt, hört sie nicht auf, eine Verbrauchshandlung zu sein. Auch die Befolgung der Mahnung „Kauft inländische Ware!“ fördert die Inlandsproduktion. Niemand wird aber daraus den Schluß ziehen, daß der Käufer der Inlandsware an der Produktion dieser Ware mitwirkt. ... (S. 7 f.)

3

... Nach dem Gesagten ist festzustellen, daß für den Kapitalisten ganz dasselbe wie

für den Grundbesitzer gilt. Er stellt keine Produktionsleistungen bei, sondern gibt nur andern die Erlaubnis, sein Kapital zeitweilig zu verwenden. Ein Unterschied besteht nur insofern, als der Boden von Natur aus da ist, während die Kapitalgüter produziert werden müssen, eine Produktionsleistung, die aber nicht vom Kapitalisten, sondern von jenen verrichtet wird, die die Kapitalgüter erzeugen. Ist das Kapitalgut einmal da, dann wird es ganz ebenso wie der Boden als Produktionsmittel benützt, d. h. es werden mit ihm Produktionsleistungen verrichtet. Auch diese verrichtet aber nicht der Kapitalist, sondern der Produzent, der das Kapitalgut verwendet. Der Kapitalist erteilt nur die Erlaubnis, das Kapital, bzw. im Falle der Vermietung das Kapitalgut zeitweilig zu verwenden. Für diese Erlaubnis wird der Leihzins (Mietzins) bezahlt.

Zins und Grundrente sind somit keine Vergütung für die Beistellung der Produktionsleistungen des Kapitals und des Bodens. Auch der Lohn ist keine Vergütung für die Arbeit, sondern der Preis der Arbeitsleistung. In der Verkehrswirtschaft wird niemals für eine Leistung in dem Sinne gezahlt, wie man etwa jemandem für eine Gefälligkeit dankt oder jemanden für ein Verdienst belobt oder belohnt. Man zahlt, weil man zahlen muß, wenn das zu Erlangende nicht umsonst zu haben ist, und das, was man zahlt, sind Preise und keine <Vergütungen> ... So zahlt man eben auch für die Arbeitsleistung, wenn man sie braucht, und für die zeitweilige Überlassung eines Grundstückes oder eines Kapitals, wenn man das Kapital oder das Grundstück verwenden will und es

nicht umsonst haben kann. Der Lohn ist also der Preis der Arbeitsleistung, der Zins der Preis der zeitweiligen Überlassung des Kapitals und der Pachtzins der Preis der zeitweiligen Überlassung des Bodens. ... (S. 9)

4

... Man sucht nach einer Theorie, die den Zins und die Bodenrente nicht nur erklärt, sondern auch sozialetisch rechtfertigt. Dazu bedarf es des Nachweises, daß dem Einkommensbezug eine Gegenleistung des Einkommensempfängers entspricht. Und dies setzt wieder voraus, daß ein Produktionsfaktor da ist, der diese Gegenleistung verrichtet. Denn nur ein Produktionsfaktor kann, wie schon der Name sagt - das Wort Faktor kommt von facere, d. h. tun, handeln - Leistungen verrichten. ... (S. 10)

... Nur dadurch, daß man den Boden und das Kapital zu lebendigen Wesen macht, die ebenso wie der Mensch in der Wirtschaft tätig sind, kann man zu der Behauptung gelangen, daß Boden und Kapital Produktionsleistungen verrichten. Nur so wird es möglich, diese beiden Produktionsmittel mit dem arbeitenden Menschen in eine Linie zu stellen. Da aber diese Gleichstellung, die Verwandlung der Produktionsmittel in Personen denn doch Bedenken erregen muß, hat man in umgekehrter Richtung eine Annäherung des arbeitenden Menschen an die Produktionsmittel herbeigeführt, und zwar dadurch, daß man ihn entpersönlichte und an Stelle des Arbeiters <die Arbeit> als Produktionsfaktor setzte.

Das ist... (eine) Vergewaltigung der Wirklichkeit. Denn <die Arbeit verrichtet keine Produktionsleistungen, sondern die Arbeit wird vom Arbeiter verrichtet

und eben in dieser Verrichtung besteht die Produktionsleistung.» (S. 10)

5

So dient die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren nichts anderem, als der sozialethischen Rechtfertigung des Zinses und der Grundrente. Man pflegt den Gegnern dieser Lehre vorzuwerfen, daß sie soziale Werturteile fallen. In Wahrheit liegt die Sachegerade umgekehrt. Ihre Anhänger sind es, die von politischen Vorurteilen und sozialen Werturteilen geleitet sind. Damit will ich keinen persönlichen Vorwurf erheben. Unter diesen Anhängern befinden sich zahlreiche Forscher, deren ernstes und aufrichtiges Streben nach der Wahrheit über alle Zweifel erhaben ist. Allein die Gutgläubigkeit der Anhänger ändert nichts an der Tatsache, daß die Lehre von den drei Produktionsfaktoren dem Interesse der Besitzenden dient, und daß daher auch die Nationalökonomie, solange sie sich zu dieser Lehre bekennt, als Hüterin persönlicher Interessen auftritt.

Das ist die Todsünde der Nationalökonomie. Eine schwerere Sünde als die, sich in den Dienst persönlicher Interessen zustellen, kann die Wirtschaftswissenschaft gar nicht begehen. Damit wird sie ihrer Aufgabe, Erforschung der Wahrheit, untreu, was sieh an ihr selbst auf das schwerste rächen muß. Das ist denn auch tatsächlich der Fall. Das Folgende wird zeigen, daß die Lehre von den drei Produktionsfaktoren den Weg zu einer Reihe wichtiger Erkenntnisse versperrt hat, wodurch der Fortschritt der Wissenschaft gehemmt und gehindert wurde. Weiters wird nachgewiesen werden, daß die Lehre von den drei Produktionsfaktoren das Ansehen der Nationalökonomie schädigt, die Verbreitung wirtschaftstheoretischer Bildung hindert und so die Hauptschuld daran trägt, daß die Nationalökonomie nicht zu jenem Einfluß auf die Praxis gelangen kann, die die Theorie auf allen andern Gebieten menschlichen Wirkens auf die Praxis ausübt. (Seite 11 f.)

6

... Ist in unserer Wirtschaftsordnung das Leistungsprinzip erfüllt? Diese Frage ist zu verneinen. Denn das arbeitslose Renteneinkommen verschafft einen Anteil am Ertrag der Volkswirtschaft, dem keine eigene Leistung des Rentenbeziehers gegenübersteht. Das empfindet mit sicherem Instinkt der einfache Mann aus dem Volke. Die Lehre von den drei Produktionsfaktoren will nun aber beweisen, daß das Leistungsprinzip erfüllt ist, daß zum mindesten Grundrente und Zins nicht im Widerspruch mit diesem Prinzip stehen, weil sie die Gegenleistung für die <Produktionsleistungen> der Produktionsfaktoren Boden und Kapital. sind.» (S. 59)

00000

34

Die Rendite, das Kapitaleinkommen ist eine Form des Zinses.¹⁵ Und die Zinshöhe für Geldka-

¹⁵ In der Anlage 182.7 steht – wenn ich nicht irre – ein Beitrag, in dem auf den verunglückten Professor der Rechte hingewiesen wird, der in einer Arbeit hinweist, dass der Zins nicht durch das Eigentumsrecht gedeckt

pital setzt den Mindeststandart für die Rendite des Sachkapitals. So wie viele Bürger anscheinend glauben, das die Kassen des Staates, aus denen er Fördermittel für die Bürger und Unternehmen zahlt, vom lieben Gott immer wieder aufgefüllt werden, so glauben auch die meisten, sie bräuchten keine Zinsen zahlen, wenn sie keine Schulden hätten. Darüber, dass in allen Preisen Zinsen als Kostenanteile stecken, sind sie nicht aufgeklärt und wollen sich offensichtlich auch gar nicht aufklären lassen. Vertreter Freiwirtschaftsschule haben schon immer auf diesen „versteckten Zins“ in den Kosten aufmerksam gemacht. In jüngerer Zeit hatte besonders der verstorbene Helmut Creutz eine besondere Begabung entwickelt durch grafische Darstellungen die Zusammenhänge begreifbar und sichtbar zu machen. Da Creutz auf der Basis öffentlicher Statistiken gearbeitet hat, hätten Fachwissenschaftler, wenn sie Zweifel an den Darstellungen haben, ja leicht die Ergebnisse von Creutz überprüfen können. Aber so ein Widerspruch habe ich noch nicht gesehen. Dafür hat es aber viele Vorwürfe von linken Zeitgenossen gegeben, die behaupteten, das wäre faschistisches Gedankengut. Ich komme darauf zurück. Ich will erst noch die Überschrift eines anderen Artikels, der zwei Seite weiter in der genannten HAZ-Ausgabe steht, einfügen.

>> Hohe Wohnkosten verschärfen die Armut im Land / In Niedersachsen und Bremen leiden einer Studie zufolge bedürftige Menschen besonders unter den Mietpreisen. Der Paritätische fordert strengere Regeln, um Steigerungen zu bremsen. <<

Die Empfehlungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes laufen daraus hinaus, dass die vielfach beklagte Bürokratie weiter wächst, aber dieses Problem nicht gelöst wird. Der Zinsanteil, der in den Mieten steckt, kann so nicht gemindert werden. Der Staat kann höchstens den Zinsanteil durch Subventionen – die dann von anderen Bürgern getragen werden müssen – herunterdrücken.

Außerdem kann so die Wirkung Bodenrente, die bei Verdichtung der Bebauung durch die Einwanderung und Geburtensteigerung automatisch und zusätzlich in den Städten durch Landflucht steigt und somit ein Kostentreiber ist, nicht ausgeschaltet werden. Ich will das hier nicht vertiefen, dass Thema gehört in fachspezifische Artikel und wird in genügend Büchern behandelt.¹⁶ Ein Nachtrag zum Thema Boden füge ich aber noch an dieser Stelle ein.

In Niedersachsen ist zur Zeit das Erbbaurecht ein Streitthema, das es auf die Titelseite der HAZ vom 27.12.25 gebracht hat und auf der Seite 8 weiter behandelt wird. Die Klosterkammer (<https://www.klosterkammer.de/>) ist Erbbaurechtsgeberin von 17000 Erbbaurechten. An

ist.

16 Siehe „Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar.“ von der verstorbenen SPD-Größe Hans-Jochen Vogel. In dem Anhang „182.25 Adenauer. Churchill u. Andere“ befindet sich dazu eine Buchbesprechung von Bernadette-Julia Felsch

einer Stelle steht, dass die Grundstückskosten etwa die Hälfte der Gesamtkosten für den Wohnraum ausmachen. Es wäre mal angebracht das Thema Bodenrecht und das Erbbaurecht insgesamt auf die Tagesordnung zu setzen und auch das Existenzrecht der Klosterkammern zu beleuchten.

Ich will nur noch auf den folgenden Seiten das Verteilungsproblem durch zwei Grafiken verdeutlichen. Weitere Grafiken von Helmut Creutz findet man unter www.helmut-creutz.de

35 Auf 3 Seiten befinden sich 2 Grafiken von Helmut Creutz zum Zins

Erläuterungen zur Darstellung Nr. 059:

Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte

In der Darstellung werden mit den grauen Säulen im Hintergrund, verteilt auf zehn Haushaltsgruppen, die mit den Einkommen ansteigenden Haushaltsausgaben wiedergegeben, die sich - nach Abzug der Ersparnisse - aus den Haushaltseinkommen in jeder Gruppe ergeben.

In den schwarzen Säulen davor sind die Zinsanteile wiedergegeben, die im Jahr 2007, bei einem Durchschnittssatz von 34,8 %, letztlich mit sämtlichen Haushaltsausgaben, einschließlich, der Steuern und Abgaben, getragen werden müssen. Dabei sind in diesem Satz die Zinszahlungen für die Privat-Kredite ebenso enthalten wie für die Schulden des Staates oder die Zinsanteile in den Mieten, die durchweg bei 60 bis 65% derselben liegen. Alle diese Zinslasten müssen - direkt oder indirekt - am Ende der Ausgabenkette immer von den Haushalten getragen werden, die ihrerseits keine Möglichkeit mehr zu einer Weitergabe haben.

Die dritte helle Säulenreihe im Vordergrund gibt dann wieder, in welcher Größe diese von allen gezahlten Zinsen wiederum als Einnahmen an die Haushalte zurückfließen. Der Schlüssel für diese Verteilung der erhaltenen Zinsen resultiert jedoch aus dem jeweiligen Vermögensbestand der Haushaltsgruppen, der sich (wie bereits aus der Darstellung Nr. 058 zu ersehen!) zu rund 66 % bei dem reichsten Zehntel konzentriert, während die ersten vier Haushaltsgruppen - ohne Vermögen und Vermögenseinkommen - praktisch nur Zinszahler sind.

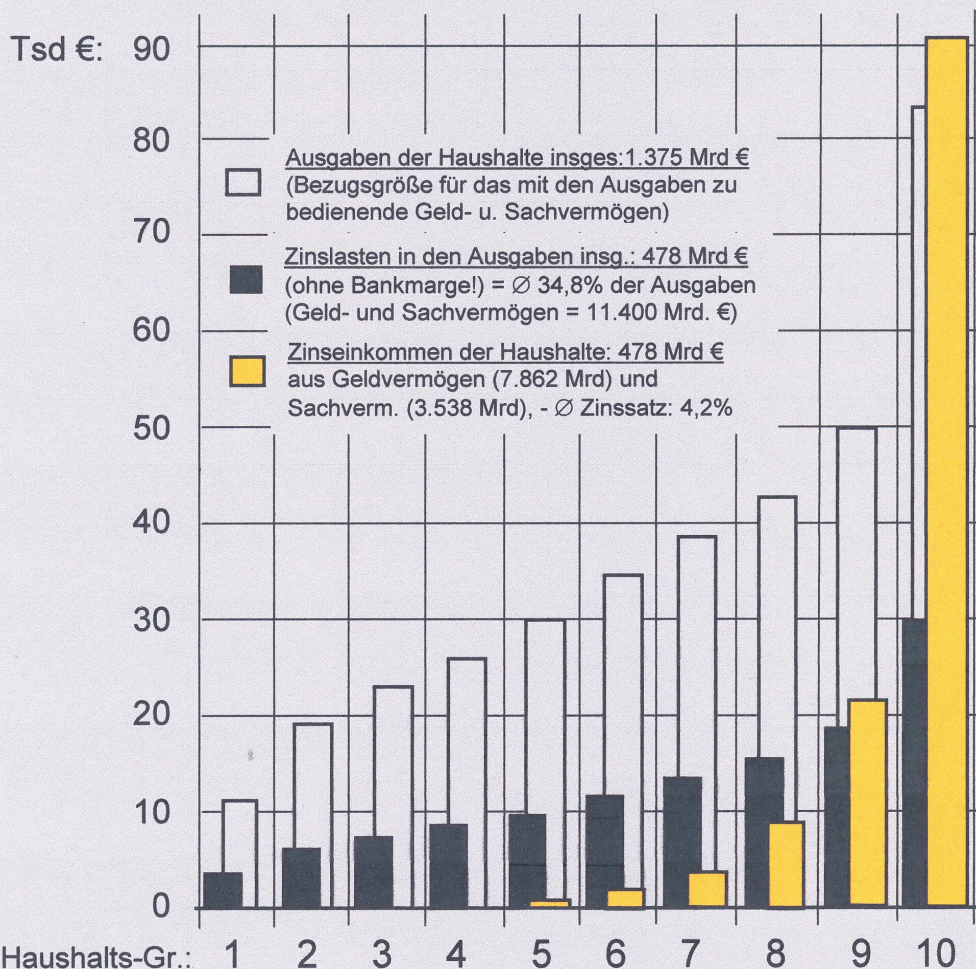
Aus der Differenz der schwarzen und weißen Säulen gehen dann die Salden hervor, die sich bei jeder Haushaltsgruppe als Verlust bzw. Gewinn ergeben und die in der Darstellung 60 noch einmal grafisch verdeutlicht werden.

Helmut Creutz - 2012

*) Auch bei diesen Zinseinkommen von rund 90 Tsd Euro je Haushalt in dem reichsten Zehntel ist zu beachten, dass dieser Betrag sich auf ein Durchschnittsvermögen von rund 2 Millionen und auf 3,8 Millionen Haushalte bezieht! Ein Besitzer von 10 Millionen hätte also Zinseinnahmen von 450 Tsd Euro p. a. und der Besitzer von einer Milliarde - ebenfalls in diesem Zehntel erfasst! - Zinseinnahmen von 45 Mio und damit tagtäglich rund 123 Tsd Euro! - Und Milliardäre gibt es inzwischen mehr als hundert in Deutschland, davon vier mit zweistelligen Beträgen! (Quelle: Manager-Magazin 2007)

Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge

Verteilung auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten
Größen in Tsd Euro je Haushalt - Bezugsjahr 2007



Eink. i. Tsd je Hh:	12,0	19,0	24,0	28,0	32,0	38,0	43,0	49,0	59,0	101,0
.l. Ersparnis. i. %:	0,0	0,0	0,7	2,6	5,0	8,4	10,7	12,6	22,2	38,4
dito in Tsd je Hh:	0,0	0,0	0,3	1,1	2,2	3,6	4,7	5,5	9,7	16,8
Ausgab.-Anteil i. %:	3,2	5,4	6,6	7,5	8,3	9,4	10,4	12,0	13,6	23,3
= in Tsd je Hh.:	12,0	19,0	23,7	26,8	29,8	34,4	38,3	43,5	49,3	84,2

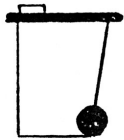
Zinssaldenberechnung je Haushalt

Zinseink. i. Tsd:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	1,2	3,3	7,7	23,3	90,4
.l. Zinslasten:	4,1	6,8	8,3	9,5	10,5	11,8	13,2	15,1	17,1	29,4
= Verlust/Gewinn:	- 4,1	- 6,8	- 8,3	- 9,5	- 10,3	- 10,6	- 9,9	- 7,4	+ 6,2	+ 61,0

Quelle: Bbk, EVS, DIW u. eigene Umrechnungen

© Helmut Creutz / Nr. 059

ZINS IM PREIS



Müllabfuhrgebühren

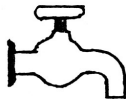
a) Abschreibung, Sach- und Personalkosten, Sonstiges	88%
b) Kapitalverzinsung	12%

Gebühr
110-t-Tonne: 194,- DM — 100%

Beispiel Stadt Aachen 1983



12%



Trinkwasser

a) Energiekosten	7%
b) Unterhalt der Anlagen	6%
c) Wasseraufbereitung	1%
d) Personal- und Sachkosten	18%
e) Abschreibung	30%
f) Kapitalverzinsung	38%

Preis je cbm: 1,36 DM — 100%

Beispiel eines norddeutschen Versorgungswerkes 1981



38%



Kanalbenutzung

a) Sachkosten	19%
b) Personalkosten	7%
c) Abschreibung	27%
d) Kapitalverzinsung	47%

Gebühr je cbm: 1,87 DM — 100%

Beispiel Stadt Aachen 1983



47%



Kostenmiete

a) Wagnis und Gewinn	1%
b) Betriebs- und Verw.-Kosten	6%
c) Instandhaltung	5%
d) Abschreibung	11%
e) Kapitalverzinsung	77%

Miete je qm: DM 13,40 — 100%

Berechnung des statistischen Bundesamtes für 1979



77%

36

Von der Widerlegung der Aussagen von Helmut Creutz durch Wirtschaftswissenschaftler habe ich bis heute nichts gehört und gesehen, das kann natürlich an meinem beschränkten Überblick liegen. Der Mangel der Volkswirte bei der Schwerpunktsetzung ihrer Forschung und Lehre halte ich selber als gefährlicher und schädlicher als alle Terrorgruppen, die es in dieser Welt geben mag. Das ist nicht diffamierend gemeint, sondern so, weil der Terror sich aus dem Mangel der theoretischen und praktischen Ökonomie nährt.

37

Seit Jahren werden Vertreter der Freiwirtschaftslehre von den linken Chaoten mit Faschismusvorwürfen bedacht und von den meisten gut dotierten Ökonomen mit Schweigen übergangen. Die kleine Zahl, der von mir sogenannten freiwirtschaftlichen Feierabendökonomien, die nebenberuflich dafür gesorgt haben, das dieses Wissen zum Nutzen aller Menschen nicht verloren geht, haben meisten nur gut oder häßlich verpackten Hohn geerntet. Aber letztlich entscheiden diese Fragen ohne Antworten, die in den Hochschulen nicht oder nur ungenügend verhandelt werden, über Krieg und Frieden. Wozu benötigen wir Ökonomen, die voraussagen können, dass im nächsten Jahr das Wachstum um ein paar oder Zehntel Prozentpunkte sinkt oder steigt. Die aber keine Lösungen haben, um eine umweltfreundliche Ökonomie zu erlangen und auch nicht die Probleme der Einkommensverteilung (Das auch ein Demokratieproblem ist.) und der Unterbeschäftigung lösen, aber wohl die Aufblähung der Fiskalpolitik und der Bürokratie besorgen. Aber irgendwann wird die Mauer des Schweigens und der Verleugnung der Realität fallen. Wie wird man dann davon in der Geschichte der Nationalökonomie berichten?

38

Von einer Behinderung und den Unterstellungen bei einer Vortragsveranstaltung mit Helmut Creutz in der Universität Hannover berichte ich in einer Stellungnahme vom November 1996, die mit dem eingefügten Link erreichbar ist: **Offener Brief an den Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hannover.**

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/14.0%20Die%20Jagd%20auf%20Oekofaschisten%20OB%20an%20Prof.%20Massing.pdf>

Das die Marxisten das Kapitalismus-Problem nicht richtig verstanden haben, beweisen die Ergebnisse ihrer Lösungsversuche. Überall in der Welt, wo sie angewendet wurden, waren die Ergebnisse: Vertreibung, Mord, Lager der Unterdrückten und Mangelwirtschaft und die Abwesenheit von Freiheit. Es gibt in der Freiwirtschaft Stimmen, die sagen, nicht Marx, sondern nur der Marxismus muss verrufen werden. Marx soll ausdrücklich betont haben, das er selber kein Marxist ist. Aber ist der von Marx nachfolgend beschriebene Tatbestand, immer unter allen Umständen richtig? Ich hatte es erst bejaht, kam aber dann zum Schluss, dass sich die Freiheit schon in der materiellen Produktion zur Selbsterhaltung entfalten muss. Es ist ein großer Unterschied, ob in der Arbeit die Peitsche (in irgendeiner Form) in der Produktion nötig ist, um das eigene und das Überleben der Anvertrauten zu sichern, oder ob der arbeitende Mensch dabei singend oder mit dem Gefühl des Wohlseins seine Selbsterhaltungs- und Gestaltungstrieb ausleben kann.

Das Reich der Freiheit

Karl Marx

Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muss, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muss es der Zivilisierte, und er muss es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. ...

https://www.versalia.de/archiv/Marx/Das_Reich_der_Freiheit.2918.html

Aber nicht nur Marxisten und Freiwirte haben im vorigen Jahrhundert um die Lösung der ökonomischen Probleme bemüht bzw. Lösungswege beschrieben. Manchmal ist für die Findung einer Lösung schon ein Vorteil, wenn das wieder ans Licht geholt wird, was zwischenzeitlich vergessen wurde. Die folgenden Auszüge machen klare Aussagen:

Auszüge aus:

Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute

Verlag G. A. Gloeckner, Leipzig 1900

Was die Kapitalanhäufung im geschäftlichen Sinn betrifft, so ist zu beachten, daß man unter Kapital oft nur jenen Wertbesitz versteht, welcher sich für den Besitzer, aus Wert in Mehrwert, aus je 100 Thaler, Mark, Gulden ... in mehr als je 100 Thaler, Mark, Gulden umsetzt oder doch als 100 sich forterhaltend, dem Besitzer, auch wenn er nicht arbeitet, sondern, wie man sagt, nur seinen Besitz, sein Kapital, arbeiten läßt, einen Ertrag abwirft, den er ganz verzehren oder teilweise wieder in

Kapital, d.h. in Geldbesitz, der sich in mehr Geld umsetzt, verwandeln kann. Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuerhalten und zu heben, das Streben, aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr als je 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die kapitalistische oder - nach des griechischen Philosophen Aristoteles Ausdruck - als chrematistische Volkswirtschaft.

Mit der Zunahme des Kapitals geht hier oft eine Vereinigung des Besitzes in den Händen einer kleinen Minderheit Hand in Hand, und nicht selten entsteht dann der Schein wachsenden Kapitalreichtums, während vielleicht nur eine kleine Minderheit den Besitz weiter Volkskreise an sich reißt, und die Nation in drückende Abhängigkeit, ja in Abhängigkeit von ausländischen Besitzern und Gläubigern gerät. Solche traurige Erscheinungen bringen dann in manchen Denker- und weiten Volkskreisen die Ansicht hervor, daß a l l e Kapitalanhäufung auf Ausbeutung der arbeitenden Klassen und Enteignung der kleineren Besitzer, auf Herabdrückung der Bauern und kleinen Gewerbsleute in die Klasse des Proletariats oder der besitzlosen arbeitenden Volksmassen hinauslaufe. Diese Ansicht beruht - wie wir sehen werden bald mehr bald minder auf Irrtum. (Seite 122 /123)

—

Unser Geldwesen wird, kurz gesagt, so behandelt, als wenn nicht das Geld da wäre umwillen der Produktion, der Wohlfahrt und der Menschen, sondern als wenn die Produktion, die Wohlfahrt und die Menschen nur ein Mittel im Dienste des Geldes wären. Das Geld wird also zum Zweck und Herrscher, ja zum Götzen Moloch erhoben, dem Menschenopfer, Menschenwohl in unübersehbarer großer Menge täglich dadurch gebracht werden, daß wir die Produktion als Verfahren betrachten, aus je 100 Thaler Wert mehr als je 100 Thaler zu machen und den Unternehmungen die Pflicht auflegen, nicht etwa möglichst viel, möglichst gute Sachen oder Dienste zu erzeugen, sondern vorausbestimmte feste Kapital- und Zinssummen abzuliefern. In unserem Geschäftsleben dreht sich alles um bestimmte Geldzahlungen und um die Möglichkeit, für Geld mehr Geld zu liefern, aus Geld mehr Geld zu machen, hingegen kommen Arbeit, Produktion, Wohlfahrt u.s.w. nur soweit in Betracht, als sie dazu taugen, aus je 100 Thaler mehr als 100 Thaler zu machen. (Seite 196) Das geordnete Geldwesen und der Geldumlauf eines Staates ist von Schriftstellern treffend mit der Zirkulation des Blutes im menschlichen Körper verglichen worden, denn je geregelter das Geldwesen eines Wirtschaftskörpers ist, desto erfolgreicher wird sich das gesamte Wirtschaftsleben entwickeln und desto weniger sind Störungen in diesem Organismus zu befürchten.

Der Schwerpunkt eines geregelten Geldwesens ist aber darin zu suchen, daß die geldwerbende Wirtschaft dem anlagebedürftigen Kapital leicht und rasch begegnet und sich somit der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf allen Punkten regelmäßig und mühelos vollzieht. Jede Störung in diesem Ausgleichsbedürfnis zwischen Geldsucher und Geldgeber wird auch eine Störung im Verkehr hervorrufen, indem einerseits die geldbedürftige Produktion durch den Mangel an Barmitteln zur Einschränkung gezwungen und damit die Produktionskraft des Landes vermindert wird, andererseits aber das anlagesuchende Kapital dorthin und damit häufig ins Ausland abfließt, wo es rascheres und lohnenderes Unterkommen findet. Es wird daher als die oberste Aufgabe der Organisation des Geldumlaufes zu

betrachten sein, daß in einer dem Bedürfnis entsprechenden Zahl einerseits Anstalten getroffen werden, welche eine leichte und regelmäßige Begegnung zwischen Angebot und Nachfrage nicht nur der Tauschmittel - also des Geldes - sondern überhaupt aller verkehrsfähigen Güter (Waren) vermitteln und dadurch den gesamten Verkehr regeln, andererseits aber Anstalten ins Leben gerufen werden, welche als vermittelndes Glied in der Weise auftreten, daß sie sowohl das Zahlungsgeschäft besorgen, d.h. die Zahlungsausgleichung erleichtern und vereinfachen, als auch anlagesuchendes Kapital jederzeit aufnehmen und es der geldbedürftigen Produktion (Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft) leicht und mit möglichst wenig Umständlichkeiten zugehen lassen. Einrichtungen der ersten Art sind die Börsen, jene der letzten Art die Banken und Kreditinstitute. (Seite 411)

41 Auszug aus:

Nicolaus Oresme, Bischof von Lisieux (1325-1382) in seinem

„Traktat über Geldabwertungen“.

Zweites Hauptstück.

AUS WELCHEM STOFF GELD SEIN MUSS.

Da das Geld Mittel zum Austausch natürlicher Reichtümer ist, wie aus obigem hervorgeht, so mußte es billigerweise dazu geeignet sein: das geschieht, wenn man es fühlen, wahrnehmen, leicht von Ort zu Ort bringen kann, eine bescheidene Geldsumme natürliche Reichtümer in größerer Menge erwirbt und andere Bedingungen erfüllt sind, die späterer Prüfung unterliegen. Die Münze muß daher seltenem und kostbarem Stoffe entstammen, wie das Gold einer ist. Allerdings darf hinreichende Fülle nicht ermangeln: wo Gold fehlt, müssen aus Silber Münzen geschlagen werden. Genügte aber beide nicht, so muß Mischung oder Prägung aus einem anderen reinen Metalle an ihre Stelle treten. So benützte das Altertum die Bronze zur Münze. Ovid sagt es im Buch der Fasti: „Früher gab man Erz, heute hat das Gold einen besseren Ruf. Das alte Geld ward durch das neue besiegt.“ Einen ähnlichen Wandel versprach der Herr durch Isaias: „Für Erz werde ich Gold bringen und an Stelle des Eisens Silber 1)“. Denn diese Edelmetalle sind als Zahlungsmittel vorzüglich geeignet.

Isaias LX, 17.

— 39 —

Cassiodorus berichtet: „Es heißt, der Assyriekönig Ninus habe als erster Gold und Silber ausfindig gemacht und dem menschlichen Gebrauch zugeführt, was ihm größtes Lob eintrug.“ Es ist deshalb nicht zuzugeben, daß bedeutende Mengen davon anderem Gebrauch zugewiesen werde, so daß der Rest nicht mehr zum Münzbedarf ausreicht. Theodorich, König Italiens, erkannte das wohl und befahl: Gold und Silber, das Völkern in Totengräber verschachert hatte,

sollte abgeliefert und zu öffentlichem Segen dem Geldgebrauch zugeführt werden. Es sei schuldbar, das in den finsternen Wohnungen der Toten nutzlos zu verbergen, womit sich das Leben der Erdenbürger fördern lasse. Kluger Staatsleitung ist es nicht wenig hinderlich, wenn diese Materie im Überfluß vorhanden ist. Aus diesem Grunde wurden die Kupfermünzen vom Gebrauch ausgeschlossen, wie Ovid berichtet. Schon deswegen mag vielleicht dafür gesorgt worden sein, daß Gold und Silber, beste Münzstoffe, schwierigst in Fülle zu erlangen sind. Alchimie hat es nicht leicht, sie herzustellen. Mögen es auch einige umsonst versucht haben. Denn gerechterweise lehnt sich, wie gesagt, die Natur selbst dagegen auf. Wahn ist, zu versuchen, sie zu übertreffen.

Achtes Hauptstück. ÜBER GELDVERÄNDERUNGEN IM ALLGEMEINEN.

Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt

Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärgernis und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht! Dann wäre sie völlig untragbar und ungerecht. Nun ist es aber so, daß der Wert der Zahlungsmittel in einem Königreich eine Art Gesetz und feste Bestimmung sein muß. Daß gewisse Gehälter und Jahreseinkünfte dem Geldpreis entsprechend festgelegt wurden, nämlich auf eine bestimmte Summe von Pfund oder Silbermünzen hin, beweist es. Daraus ergibt sich, daß man nie eine Mutation der Zahlungsmittel vornehmen darf, außer in höchster Not oder mit offenkundigem Vorteil für alle Geldbesitzer. So lehrt auch Aristoteles im fünften Buch seiner Ethik, wo von Münzen die Rede ist: sie müssen in Wahrheit unverändert bleiben.

Die Zahlungsmittelveränderung geschieht, soweit ich im allgemeinen ermessen kann, auf vielfältige Weise. Einerseits betreffs der Form oder Gestalt, andererseits im Verhältnis, anders in der Substanz des Münzstoffes, in der Benennung, der Menge oder dem Gewichte: auf jede dieser fünf Weisen, einzeln oder zusammen, können Zahlungsmittel verändert werden. Es ist daher statthaft, anlässlich dieser Arten zu erklären und mit Vernunft zu ergründen, ob nicht auf irgendeine Weise Geld mit Recht verändert werden könne: Wann, durch wen, wie und weshalb.

(Hier zitiert aus der Übersetzung aus dem Latein von Edgar Schorer, Doktor der Philosophie, Schweiz, 1937. Es gibt eine neuere Übersetzung und Herausgabe von Wolfram Burckhardt mit einem Nachwort von Martin Burckhardt, Kulturverlag Kadmos Berlin 1999.)

42 Auszug aus eigenem Text:

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/176.1.Inflation.und.andere%20Fehlleistung.Anhang%201.pdf>

Streit um die Arbeit von Klaus Fütterer

Hallo LeserInnen der NWO-Liste!

Vor einiger Zeit habe ich auf die Arbeit "Das Geld, der Zins und die Theologie" von Klaus Fütterer aus dem Protokolldienst 18/85 zur Tagung der Ev. Akademie Bad Boll "Wer hat dem wird gegeben ...?" hingewiesen.

(Siehe Listentexte und unter www.tristan-abromeit.de Text 86.4)

Von Frank Böhner, Stuttgart habe ich daraufhin das Taschenbuch "Streit um die Arbeit – Industriegesellschaft am Scheideweg" vom gleichen Verfasser geschenkt bekommen. Frank selbst hat das Exemplar vom Verfasser Klaus Fütterer erhalten. Das Buch ist 1984 erschienen.

Heute habe ich einige Seiten in diesem Buch gelesen und urteile, daß es nach wie vor aktuell ist. Ich bringe nachfolgend drei Zitate:

Aus dem Kapitel:

Religiöse Erneuerung: Wissen wir, was wir glauben?

... Warum zeigen sich die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik unfähig, auf diese bestprognostizierte Krise angemessen zu reagieren? Warum glauben wir nicht, was wir wissen?

Vielleicht liegt es daran, daß wir nicht wissen, was wir glauben! Wir leben zwar in einem Land mit christlicher Tradition, und noch immer gilt die Kirche als eine moralische Autorität. Aber die Kirchen sind sich selbst wenig bewußt, in welcher Weise ihre Traditionen in die Krise verwickelt sind, und es herrscht eine große Unaufgeklärtheit darüber, welches die wirklichen Götter dieser Zeit sind. (Seite 145)

Geldvermehrung als Heilszeichen - Verlust der Mäßigkeit und Solidarität

... Überlegt werden sollte ohne Tabu, in welcher Weise das altkirchliche Zins- und Wucherverbot erneuert werden könnte. So selbstverständlich gerechtfertigt sind die heutigen Zinsgewinne und Kapitalerträge nicht. Gibt es noch einen echten Leistungsvergleich zwischen Firmen, wenn der Bilanzgewinn der einen Firma im wesentlichen aus den Zinsen ihres Bankguthabens herrührt, während der Bilanzverlust der anderen, der womöglich zum Konkurs führt, auf die Zinslast der Bankschulden zurückzuführen ist? Wie anders als durch Neutralisierung des Produktivkapitals und damit durch Verzicht auf Gewinn kann der Expansionszwang unserer Wirtschaft gebremst und in eine Gleichgewichtswirtschaft umgelenkt werden? ... (Seite 153)

...

Anhang / Text 176.1 – 9 – Inflation und mehr ...

Folgerung: Weder beim Heilsweg Arbeit noch beim Heilsziel Geldvermehrung kann sich die christliche Kirche auf den Standpunkt zurückziehen, dies alles seien Entgleisungen einer Welt, welche die christliche Religion vergessen habe. Die christliche Religion ist selbst hineinverwoben in unsere gegenwärtige Kultur. Wenn Christen etwas verändern wollen, dann müssen sie sich mit ihren eigenen christlichen Traditionen auseinandersetzen und müssen entscheiden, welche zukünftig gelten sollen. Der Apostel Paulus hat die Aufgabe sehr prägnant bezeichnet: »Alles ist möglich (erlaubt), aber nicht alles baut auf« (I. Korinther 10,23). (Seite 154)

42 a Weiter mit einem anderen Text von Klaus Fütterer siehe:

- 86.4  [Das Geld, der Zins und die Theologie, von Klaus Fütterer, 1985](#)
aus dem Tagungsprotokoll 18/85 zur Tagung "Wer hat dem wird
gegeben ...?"
der Evangelischen Akademie Bad Boll (14 Seiten / rd. 900 KB)
-

43 Der Zins ist ein schwieriges Thema

Der Zins ist ein schwieriges Thema, weil das Thema auch von den Nationalsozialisten besetzt war, obwohl sie keine plausible Lösung hatten. Das Thema konnten sie aber nicht übergehen, wenn sie die Macht gewinnen wollten. Auch von den Mitgliedern freiwirtschaftlicher Organisationen sind darauf einzeln hereingefallen oder sind das Risiko einer Fehlentwicklung eingegangen, weil die wirtschaftliche Not, die die demokratischen Parteien ausgelöst haben und nicht lösen konnten, so groß geworden war, dass eine Verweigerungshaltung gegenüber der NSDAP wie eine Drückebergerei bewertet wurde. Auch diese Haltung wurden den Freunden der Freiwirtschaft – soweit sie die NS-Zeit überlebt haben – von denen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen sind, übel genommen, ohne Aufklärung der zugrundeliegenden Motive für ihrer Aktivitäten.¹⁷

Gesell selbst hat sich beklagt, dass in den Reihen Freiwirte noch Nationalisten befänden. Er dachte, das seine neuen Ideen den Nationalismus vertreiben würde. Das Thema Zins hängt stark mit der Entstehung des Antisemitismus zusammen. Weil aber die Zinsprobleme eine so

¹⁷ Es gab auch Widerstand. Dazu gehörte auch Dr. Benedikt Uhlemayr. Werner Onken <https://www.werner-onken.de/berichte.html> berichtet darüber im CGW-Rundbrief www.cgw.de und in der Humane Wirtschaft Nr. 278 /Sommer 2025. www.humane-wirtschaft.de

große Sprengkraft haben, können die Menschen, die den Frieden unter den Menschen anstreben, nicht so tun, als gäbe es diese Probleme nicht.

44

In diesen Tagen kam folgende Einladung der Evangelischen Akademie auf meinen Rechner. Ich hoffe, die Teilnehmer haben nicht nur die Angst- oder Schuldbrille auf der Nase, sondern auch eine, die das analytische Sehen ermöglicht.

09.02.2026 - 11.02.2026

Antisemitismus und Rassismus gemeinsam begegnen

In Kooperation mit dem Niedersächsischen Antisemitismus-Beauftragten

45

Es ist schon mehr als eineinhalb Jahre her, das ich das Buch „*21 Lektionen für das 21. Jahrhundert*“ Yuval Noan Harari und „*Sapiens DER AUFSTIEG*“ „eine kurze Geschichte der Menschheit“ als Graphic Novel von ihm unter Mitwirkung von Daniel Casanave und David Vandermeulen gelesen habe, abgesehen davon, dass ich beide Werke als gute Medizin gegen verkramptes ideologischen Denken halte, war mir in Erinnerung geblieben, dass der kluge Autor trotz der vielen Unterstützer die er beim Schreiben gehabt hat, ein gedanklicher Fehler unterlaufen ist. Er äußert irgendwo, dass der Kapitalismus sozusagen einen Ewigkeitscharakter hätte. Da ich ihm jetzt nicht etwas unterstellen wollte, was er gar nicht geschrieben hat, habe ich nochmals nachgeschaut. Die „21 Lektionen ...“ haben ein Sachwortregister. In den rund 18 Nennungen, die für den Begriff **Kapitalismus** vorhanden sind, ist keine dabei, die das bestätigt. Und in den vielen Sprechblasen in dem Graphic Novel konnte ich die vermutete Aussage nicht finden. Es kann also sein, dass ich die Aussage, der Kapitalismus hätte ein Ewigkeitscharakter einem falschen Autor gedanklich zugeschrieben habe. Ich behandle nachfolgend diese Aussage daher hier als meine These. Wenn sie stimmen würde, hätte es fatale Folgen, weil der Antisemitismus – den es schon weltweit geben soll – dann nicht aufgelöst werden könnte. Dass das Religiöse, die kraftlos gewordene Wurzel der Judenfeindlichkeit noch eine Bedeutung haben soll, scheint mir bei der geringer gewordenen Bedeutung von religiösen Glaubensinhalten und der Vermischung von solchen unterschiedlichen Formen in den einzelnen Gesellschaften unwahrscheinlich zu sein.

Aber bei dem, was der Kapitalismus an ökonomischen und sozialen Verwerfungen anrichtet und die ganze Weltbevölkerung unter die Folgen leidet, ist die weltweite Verbreitung des Antisemitismus durchaus logisch. Es werden die ökonomischen Verwerfungen, die der Kapita-

lismus erzeugt wahrgenommen, man hört einen Begriff, der die vermeintlichen Verursacher des Übels gleich benennt. Die Folge ist, man braucht nach den Ursachen nicht mehr suchen und erspart sich die mühsame Bildung eines passenden Begriffes. Das gilt ja besonders, weil nicht wirklich darüber aufgeklärt wird, warum der Kapitalismus disfunktional ist. Und da hier für die Suche nach einem Begriff erübrigt, weil für ihn schon fälschlicherweise der Name Jude steht, kann sich auch der Antisemitismus weltweit ausbreiten, ohne dass die Verwender je einen Juden gesehen oder kennengelernt haben.

00000

45 a

Einschub

In dem Netz gibt es viele Beiträge zum Reichtum der Juden und mit der Wortverbindung Antisemitismus und Antikapitalismus. Es ist ein schwieriges Themenfeld, weil nicht leicht zu erkennen ist, wer geschützt oder angegriffen werden soll. Die unten wiedergegebene Zeile aus der FAZ signalisieren z. B., dass das Geschäft mit dem Geld ganz normal für Juden ist. Das dies wahrscheinlich nur für eine kleine Minderheit gilt, wird nicht mitgeteilt, weil dann der Antisemitismus nicht als Schutzschild gegen den Antikapitalismus verwendet werden könnte. Bei den Geld- und Kapitalismusproblemen geht es aber gar nicht darum, wer traditionell im Geldgeschäft tätig ist, sondern darum, ob diese Geschäfte in Bezug auf die Gesamtgesellschaften positiv funktional oder negativ disfunktional wirken. Eine weitere Frage ist, ob die Minderheit, die im kapitalistischen Geschäft stark ist – egal ob es Juden sind oder nicht – die negativen Wirkungen des Kapitalismus sieht oder nicht. Und wenn sie diese sehen, ob sie den Kapitalismus trotzdem schützen und ihn unter die Schutzhaube des Antisemitismus legen, um damit die für die Gesamtheit der Menschen schädlichen Wirkungen des Kapitalismus sakrosankt machen.¹⁸

Der Reichtum der Juden:

<https://www.zentralratderjuden.de/presseerklaerungen/die-reichen-juden/>

000

Antikapitalismus und Antisemitismus gehen seit jeher Hand in Hand. Aber Geschäfte mit Geld waren eben schon immer das Metier der Juden. Was soll daran verwerflich sein?

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/das-geschaef-mit-dem-geld-reiche-juden-12156422.html>

000

Nahum Goldmann schreibt in seinem Buch: Mein Leben USA – Europa – Israel, 1981, S. 20:

Der bedeutende Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß die Juden sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichbe-

¹⁸ Nicht vergessen: Wenn ich hier vom Kapitalismus spreche, dann nicht im Sinne von Marx, sondern von einem Überlagerungssystem, das den Marktverkehr tributpflichtig macht. Der Antikapitalismus strebt eine Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus an.

rechtiung mit großem Takt benutzen sollten. Ich erinnere mich sehr wohl einer heftigen Debatte in Frankfurt am Main, als ich, noch ein Jüngling, seine These verteidigte, die unter der deutschen Judenheit viele Proteste erweckt hatte.

Wenn die Juden der „Hauptfaktor der Schaffung des modernen Kapitalismus“ waren, haben sie dann nicht gesehen, welche Spannungen dadurch in die Gesellschaften brachten und haben sie dafür keine Schutzfunktionen – vor allem für ihre Glaubensbrüder und -Schwestern geschaffen.

00000

Einschub Ende

46

Es ist wohl einigermaßen richtig, wenn ich sage, dass die Entwicklung des modernen Kapitalismus mit der vielfältig einsetzbaren Dampfmaschine begann¹⁹, aber was den Kapitalismus in milderen Formen ausmacht, hat er eben ein biblisches Alter. Nur wurde er mit anderen Begriffen wie Mammon oder das goldene Kalb benannt. Der Zins wurde ebenfalls schon zu biblischen Zeiten als Problem erkannt und im Koran und der Tora behandelt. Die Form des Geldes welches verwendet wurde, hatte unterschiedliche Formen. Das Wort pekuniär, von Pekunia verweist auf das Vieh als eine Form von Geld und die kalbende Kuh auf den Zins. Das Zins-heckende und in der Kaufkraft schwankende Geld wurde schon immer beklagt. Zudem wurden die Ursachen für die Schwankungen der Kaufkraft des Geldes und der Zinshöhe (bei den meisten Bürgern bis heute) nicht erkannt aber die Wirkungen des mangelhaften Geldes wurden von einzelnen Altvorderen beschrieben.

47

Die Juden wurden aber schon in frühen Zeiten – deren zeitliche Zuordnung ich jetzt nicht näher benennen kann – aus religiösen Gründen, die sicher teilweise auch eine verkappte Konkurrenzabwehr war, von den ehrlichen Berufen ferngehalten und in das Geldgeschäft und den Handel hineingedrängt.

Eine Ausweichmöglichkeit in die Landwirtschaft – habe ich gelesen – hatten sie auch nicht. Aber in dem Fernhandel sollen sie gute Kenntnisse und Erfahrungen gehabt haben. Durch die Gründe der Verdrängung aus den Erwerbsberufen, die als ehrlich galten und ihre Erfahrung im Fernhandel wurde ihnen gerne die *Münze*,²⁰ in der das Geld geprägt und in den Umlauf ge-

19 1769: James Watt erhält das Patent für seine verbesserte Dampfmaschine. Durch diese Weiterentwicklung wird die Maschine effizienter und kann als Antrieb für Maschinen in Fabriken dienen.

20 Stätte wo die Münzen geprägt wurden. Zentralbank heißen diese Institutionen heute. Der Druck der Noten wird außerhalb der Zentralbanken vorgenommen.

setzt wurde, von dem herrschenden Adel überlassen. Die Schuld für die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen, durch Schwankungen im Geldwert und den Zinsen, die dem Geld bis heute anhaften, wurde dann aber den Juden angelastet, die durch die politischen Verhältnisse dominant im Geldgeschäft tätig wurden. Aber wo sie in diesem Geschäftsbereich – der wohl immer mit einer politischen Unsicherheit verbunden war – tätig und scheinbar oder tatsächlich ausbeuterisch tätig waren, waren sie selber Ausgebeutete vom herrschenden Adel. Die Juden wurden in der Folgezeit aber pauschal als die Verursacher der Fehlentwicklungen im Geldwesen benannt. Das ist schon deshalb doppelt ungerecht, weil wohl schon immer nur eine Minderheit dieser Ethnie im Geldgeschäft tätig war. Die Frage, die ich nicht beantworten kann, lautet: Gab es unter ihnen auch eine stattliche Zahl, die über die negativen Wirkungen des gewöhnlichen Geldes – in verschiedenen Formen – aufklärend tätig waren? Ich habe von einem Anhänger der Freiwirtschaftsschule, der in einer Bank, die jüdischen Eigentümer hatte, einmal gelesen, dass er die Geschäftsleitung über die Lehre der Freiwirtschaftsschule informiert hätte. Diese hätten sich bedankt und hätten sinngemäß geantwortet: Nun können wir unsere Geschäfte besser schützen.²¹

48

Ich habe neulich im Netz nach einer Aussage über die Einkommens- und Vermögensverteilung in Israel gesucht und auch gefunden. Die Probleme die andere Gesellschaften diesbezüglich haben, hat die israelische Gesellschaft auch. Das ist einmal der Beweis dafür, das es falsch und ungerecht ist, die gesellschaftlichen Verwerfungen den Juden pauschal vorzuwerfen. Es ist aber auch eine Aufforderung an die Juden, die den Kapitalismus nicht nur ganz legal – wie auch andere Nichtjuden – für ihre Geschäfte nutzen, offen zu sein für die Wahrnehmung der negativen Wirkungen des Kapitalismus. Das allein genügt aber nicht. Zum anderen müssen sie die Bemühungen, die auf eine Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus hinauslaufen fördern, um so die unberechtigten Vorwürfe, sie seien die Ursache für die wirtschaftlichen Übel zu entkräften. Das wäre vermutlich der bessere Beitrag der Juden zum Abbau des Antisemitismus. Manchmal habe ich den Eindruck als habe ein Teil der jüdischen Menschen, die sich politisch äußern, den Status der verfolgten Ethnie für ihr Selbstwertgefühl nötig. Unklug wäre es, wenn eine jüdische Politik in Deutschland oder Israel sich so verhält, wenn sie heute die nichtjüdischen Deutschen der Generationen ab den 30 Jahren noch länger

21 Ich kann das nicht genau zitieren, weil ich nicht mehr weiß wo ich es gelesen habe. Aber wohl erinnere ich mich, dass die Schutzfunktion einer freiwirtschaftlichen Geldreform allgemein für die Juden nicht erwähnt wurde, sondern nur für die Bank.

für die Untaten der älteren Generationen der Deutschen zur Kasse „bitten“. Denn diese deutschen Generationen haben die Hauptlast der Wiedergutmachung getragen, obwohl sie vermutlich nicht weniger unter den Verhältnissen gelitten haben wie die gleichaltrigen Juden. Viel betrüblicher sieht die Bilanz der deutschen Politik in Bezug auf die Palästinenser aus. Die Politik in der Rolle des Schuldners wie aus der des Helfers gegenüber Israel ist den Palästinensern nicht gut bekommen. In diesem Bereich kann man viele Fragen stellen und Vermutungen formulieren. Wenn solche Einschätzungen als Antisemitismus ausgelegt werden, dann ist es kein Wunder, dass der Antisemitismus wieder steigt.

49

Es ist schlimm genug, dass die deutsche Politik, den nachgewachsenen deutschen Generationen nach Hitler einen Maulkorb aufsetzte und ihr nur eine schuldbeladene Sicht auf das schreckliche Geschehen im vorigen Jahrhundert zu haben erlaubte und ihr gebot die „Schuld“ der Eltern und Großeltern immer wieder anzuhören oder selbst auszugraben und nach Möglichkeit die Ergebnisse schon zum Frühstück zu servieren. Schlimmer ist noch, dass sie ihr eigenes Leid und das der Opfer von Bomben, Flucht, Vertreibung und im Kriegseinsatz nicht beweinen durften, ohne als versteckte Nazis abgekanzelt zu werden. Und dann wundert man sich, dass es wieder einen politischen Trend nach rechts gibt. Ich habe diesen extremen Rechtstrend – den ich genauso gefährlich halte wie einen extremen Linkstrend, die beide ein Ergebnis der Mittelmäßigkeit der politischen Mitte sind. Ich habe diesen Trend schon vor über einem halben Jahrhundert bei der Beibehaltung der praktizierten Vergangenheitsbewältigung erwartet. Die politischen Prügel, die die Politiker der politischen Mitte zunehmende erhalten, haben sie sich selber „verdient“.

50

Ich bringe jetzt einen Auszug aus:

„Aussenpolitische Grundsätze“ von *Ludwig Freund*, 1963

... Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei

anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillems. Die berechnete Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar bertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der angloamerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält.)

Die Tatsache, daß Objektivität als solche unerreichbar ist, ist Anlaß zu unendlichem, nie vollendetem Bemühen, nicht aber die Chance für intellektuelle und politische Freibeuterei in den Gefilden der Wissenschaft. Das ganze Bild jedoch verdichtet sich zu dem Eindruck, daß das anti-deutsche Vorurteil als die Vorstellung vom „ewigen Nazigeist in der deutschen Geschichte“ eben nicht nur in Amerika und England verbreitet ist, sondern daß die erwähnte „liberale“ Umkehrung des Antisemitismus auch in der deutschen Intelligentsia von heute ihre Heimstätte gefunden hat, mit unab-

sehbaren Konsequenzen für die Zukunft des neuen deutschen Staates. Mit diesem glaubte der Verfasser immerhin sich wieder identifizieren zu dürfen, weil er etwas Besseres als den Nazigeist und seine so oft zitierten Antezedenzen, Analogien und „Vorläufer“ im deutschen Wesen, in der

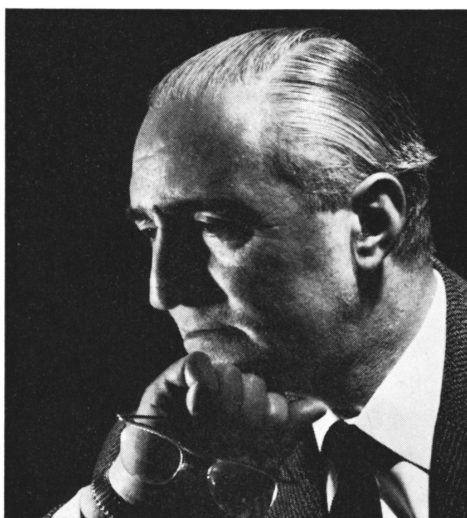
58

deutschen Vergangenheit, im deutschen Geist einmal verkörpert fand und wieder suchte.

Immer wieder begegnet man in Deutschland der jener Einstellung entsprechenden Auffassung, die Betonung 'deutscher Ansprüche' im Ausland könne zu leicht als Wiedergeburt eines „deutschen Nationalismus“ verstanden werden. Überhaupt hätten die Deutschen kein Recht, irgendwelche Ansprüche zu stellen, denn die Deutschen seien ja selber 'in erster Linie an der Teilung und Zerstückelung ihres Landes schuldig. Mit dieser Haltung als solcher können wir uns hier nicht weiter befassen. Als politische Haltung ist sie dem Verfasser nach mehr als einem Vierteljahrhundert der Teilnahme am amerikanischen Volksbewußtsein und am amerikanischen Leben total fremd. Sie sollte auch in Deutschland 18 Jahre nach dem Ende des Hitlerschen Räuberstaates allmählich an Berechtigung verlieren. Denn es treten ja langsam neue Generationen auf. In der offiziellen Außenpolitik des Westens geht es jedenfalls heute um weit aktuellere Themen als um die Frage der deutschen Schuld. Anders liegt die Sache nur bei den unentwegten Deutschenhassern, welche die offizielle Außenpolitik jedoch, wenigstens seit Jahren, nicht entscheidend bestimmen. Da die Gefahr aber gerade letztlich wieder akut ist, daß dieses Verhältnis sich ändert, so bedarf die Bundesregierung in doppeltem Maße der Rückendeckung und nicht der Sabotage im eigenen Lande in ihrem Bestreben, dem deutschen Standpunkt Achtung und Berücksichtigung bei den verbündeten Regierungen zu verschaffen. Die fremden Versuche, die Achtung vor der Bundesrepublik bei den Verantwortlichen zu untergraben, sind bis zu

60

diesem Zeitpunkt jedenfalls gescheitert. ...



Ludwig Freund, Jahrgang 1898, studierte Philosophie, Völkerkunde, Alte Geschichte und Pädagogik in Göttingen, Heidelberg, München und Leipzig. 1934 emigrierte er in die USA, 1936 wurde er auf Empfehlung Albert Einsteins wissenschaftlicher Assistent an der Columbia University in New York und 1937 ordentlicher Professor für Soziologie und Politikwissenschaft am Ripon College, Wisconsin. 1947 übernahm er den Lehrstuhl für Internationale Politik und Politische Theorie an der Roosevelt University, Chicago, und wurde Leiter der Abteilung für Politikwissenschaften. Nach seiner Emeritierung im Jahre 1959 kehrte er 1960 nach Deutschland zurück und wurde wieder deutscher Staatsbürger. Freund ist u. a. Mitglied der American Academy of Arts and Sciences und Adenauer-Preisträger 1967 für Wissenschaft. Wichtige Veröffentlichungen: »Am Ende der Philosophie« (1930), »Politik und Ethik – Möglichkeiten und Grenzen ihrer Synthese« (1961), »Freiheit und Unfreiheit im Atomzeitalter« (1963), »Koexistenz und Entspannung – Hoffnung oder Gefahr?« (1966), »Politische Waffen – Grundkonzeptionen der westlichen Verteidigungsstrategie« (1966). Ludwig Freund lebt heute als Professor emeritus und politischer Publizist in Hannover-Waldheim.

Die Folgende Nachricht erhielt ich per E-Mail:

Linke Intellektuelle in Zürich: Ein neuer Härtegrad

Linke Intellektuelle sprechen in Zürich über das Ende der deutschen Erinnerungskultur. Besuch eines bestürzenden Treffens

Von [Dr. Peter Neumann](#)

Aus der [ZEIT Nr. 53/2025](#) Aktualisiert am 11. Dezember 2025, 9:27 Uhr

Ich habe den Artikel nicht gelesen, aber es kann so gedeutet werden, dass auf diesem Treffen der Nutzen der Erinnerungskultur bezogen auf die Zeit der Herrschaft der NSDAP in Zweifel gezogen wurde. Als bestürzend über das Ergebnis kann das nur ein Berichterstatter empfinden, der die bisherige Erinnerungskultur als ein Glaubensbekenntnis akzeptiert hat. In Wirklichkeit ist diese Erinnerungskultur neben der zu geringen Fähigkeit des jetzigen demokratischen Regierungssystem, die Probleme des Kapitalismus zu lösen, die Ursache und Förderung

des Rechtsdralls in Deutschland. Wobei der Störfaktor Kapitalismus in den anderen sich noch demokratisch nennenden Staaten auch seine negativen Erfolge zeigt. Es ist nicht das Problem, ob die scheußlichen Verbrechen an Sechsmillionen, sechstausend oder bei sechshundert ausgeübt wurden, sondern dass hier eine Zahl, die der einzelne Bürger nicht kontrollieren kann, bei Weigerung der Anerkennung mit Strafandrohung durchgesetzt wird. Da kommt doch ganz automatisch die Frage, wer hat ein Nutzen davon. Früher hat die Obrigkeit viel härter reagiert, wenn da einer nicht glauben wollte, das Jesus der leibliche Sohn Gottes sein soll. Wer das nicht glauben wollte, musste damit rechnen, dass seinem Leben ein Ende gesetzt wurde. Insofern kann man ja sagen, dass unsere Regierungsform menschenfreundlicher gestaltet ist. Schlimmer ist aber, dass man offiziell gesagt hat, es gäbe keine Kollektivschuld, der betroffen Generationen und die der nachfolgenden Generationen die in die Hitlerzeit hineingeboren wurden (die nicht weniger unter Geschehen gelitten haben, als die der gleichen jüdischen Generationen²²) die pauschal als die Bußgeldzahler und Träger der moralischen Schuld definiert wurden.²³ Die Palästinenser, die unter Nazipolitik indirekt gelitten haben, weil die Juden, die einen eigenen Staat gründen wollten, über die Vertreibung der Juden aus Deutschland ganz zufrieden gewesen sein sollen.²⁴ Man muss nur den Text der BpB (siehe Fußnote) lesen, dass die ganze Wiedergutmachung ein komplizierter und beschwerlicher Vorgang auf der jüdischen wie auf der deutschen Seite gewesen ist und noch ist.

Dann die dauerhaft negative Darstellung der Deutschen, die in der Zeit der Nazi Herrschaft politisch verantwortlich waren, so als wenn sie genetisch gesehen, einen begrenzte zeitlicher Ausrutscher gewesen sind. Diese Mär entlarvt sich schon dadurch, dass sie Kinder geboren haben, die dann die aufopferungsfähigen Demokraten wurden. Nicht die Begeisterung für die NSDAP hat Hitler an die Macht gebracht, sondern das Elend, was zum Teil die Sieger des Ersten Weltkrieges und in der Hauptsache die deutschen Demokraten über Deutschland gebracht haben. Die politische Propaganda, die sich als Aufklärung verkleidet, behauptet, dass es umgekehrt gewesen wäre. Heute erzählt man, dass der Antisemitismus – den die Nazis betrieben haben – und das völkische Denken Hitler an die Macht gebracht hätte.

22 Neulich las ich einen Beitrag, wo berichtet wurde, dass die gleichzeitige Erwähnung des Leides der Juden und Nicht-Juden schon als antisemitistisch gewertet würde. Wenn das tatsächlich so ist, halte ich das für eine Förderung von Antisemitismus.

23 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29126/rueckerstattung-und-heimkehr/>

24 Ich kann dazu keine Quelle nennen. Ich habe das vor einem halben Jahrhundert in einer Schrift gelesen.

53

Wie verträgt sich diese Aussage mit dem nachfolgenden Zitat von **Nahum Goldmann** in „*Mein Leben / USA – Europa – Israel*“:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der national-sozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete. (S. 8)

54

Und bei **Sebastian Haffner** kann man in seinen *Anmerkungen zu Hitler* lesen:

... Die Weimarer Republik war 1930 bereits am Ende, ehe Hitler im September seinen ersten großen Wahlerfolg errang.

Die Regierung Brüning, im März gebildet, war bereits das erste der Präsidialkabinette, die den Übergang zu einer ganz anderen, wenn auch im einzelnen undurchdachten und unde-finierten, Staats- und Verfassungsordnung bilden sollten. Anders als seine beiden Nachfolger Papen und Schleicher hielt sich Brüning noch am Rande der verfassungsmäßigen Legalität - die »Notverordnungen«, mit denen er regierte, wurden noch vom Reichstag »toleriert« -, aber eine Reichstagsmehrheit, wie sie die Verfassung voraussetzte, hatte schon Brüning nicht mehr hinter sich, und mit der Fiktion eines permanenten Notstands, der ihm erlaubte, ohne Reichstag zu regieren, hatte er die Weimarer Verfassung praktisch schon außer Kraft gesetzt. Es ist also ein Irrtum, wenn auch ein weitverbreiteter, daß erst Hitlers Ansturm die Weimarer Republik zu Fall gebracht hätte. Sie war schon im Fallen, als Hitler ernsthaft die Szene betrat, und bei den innenpolitischen Kämpfen der Jahre 1930-1934 ging es in Wirklichkeit nicht mehr um die Verteidigung der Republik, sondern nur noch um ihre Nachfolge. ... (S. 62 f.)

... Im Januar 1933, als Hitler Reichskanzler wurde, gab es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Drei kurze Jahre später, 1936, herrschte Vollbeschäftigung. Aus schreiender Not und Massenelend war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Fast ebenso wichtig: An die Stelle von Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit waren Zuversicht und Selbstvertrauen getreten. Und noch wunderbarer: Der Übergang von Depression zu Wirtschaftsblüte war ohne Inflation erreicht worden, bei völlig stabilen Löhnen und Preisen. Das ist später nicht einmal Ludwig Erhard gelungen.

Man kann sich die dankbare Verblüffung, mit der die Deutschen auf dieses Wunder reagierten und die insbesondere die deutsche Arbeiterschaft nach 1933 in hellen Haufen von der SPD und KPD zu Hitler umschwenken ließ, gar nicht groß genug vorstellen. Sie beherrschte in den Jahren 1936 – 1938 die deutsche Massenstimmung absolut und verwies jeden, der Hitler immer noch ablehnte, in die Rolle eines querulantisches Nörglers. »Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben« - das war in diesen Jahren die millionenfache Stimme der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler, die noch 1933 die große Masse der Hitlergegner gebildet hatten.

War das deutsche Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre wirklich eine Leistung Hitlers? Man wird die Frage trotz denkbarer Einwände wohl bejahen müssen. Es ist vollkommen richtig: Hitler war wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch ein Laie; die einzelnen Einfälle, mit denen das Wirtschaftswunder in Gang gesetzt wurde, stammten größtenteils nicht von ihm, und besonders das halsbrecherische Finanzierungskunststück, von dem alles abhing, war eindeutig das Werk eines anderen Mannes: seines »Finanzzauberers« Hjalmar Schacht. Aber es war Hitler, der Schacht holte - erst an die Spitze der Reichsbank, dann auch des Wirtschaftsministeriums - und ihn machen ließ. Und es war Hitler, der all die Ankurbelungspläne, die schon vor ihm existiert hatten, aber vor ihm eben aus allen möglichen, hauptsächlich finanziellen Bedenken gestrandet waren, aus den Schubladen holen und ins Werk setzen ließ - von den Steuergutscheinen bis zu den Mefowechselseln, vom Arbeitsdienst bis zu den Autobahnen. Er war kein Wirtschaftspolitiker, nein, und er hatte sich nie träumen lassen, daß er auf dem Umweg über eine Wirtschaftskrise und mit der Aufgabe, eine Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, zur Macht kommen würde. Die Aufgabe war ganz und gar nicht auf ihn zugeschnitten; in seinen Plänen und politischen Gedankengebäuden hatte das Wirtschaftliche bis 1933 kaum eine Rolle gespielt, aber er besaß genug politischen Instinkt, um zu begreifen, daß es jetzt für den Augenblick die Hauptrolle spielte, und, überraschenderweise, auch genug wirtschaftspolitischen Instinkt, um, im Gegensatz etwa zu dem unseligen Brüning, zu erfassen, daß Expansion in diesem Augenblick wichtiger war als budgetäre und monetäre Stabilität.

Die Regierung Brüning, im März gebildet, war bereits das erste der Präsidialkabinette, die den Übergang zu einer ganz anderen, wenn auch im einzelnen undurchdachten und unde-finiierten, Staats- und Verfassungsordnung bilden sollten. Anders als seine beiden Nachfolger Papen und Schleicher hielt sich Brüning noch am Rande der verfassungsmäßigen Legalität - die »Notverordnungen«, mit denen er regierte, wurden noch vom Reichstag »toleriert« -, aber eine Reichstagsmehrheit, wie sie die Verfassung voraussetzte, hatte schon Brüning nicht mehr hinter sich, und mit der Fiktion eines permanenten Notstands, der ihm erlaubte, ohne Reichstag zu regieren, hatte er die Weimarer Verfassung praktisch schon außer Kraft gesetzt. Es ist also ein Irrtum, wenn auch ein weitverbreiteter, daß erst Hitlers Ansturm die Weimarer Republik zu Fall gebracht hätte. Sie war schon im Fal-

len, als Hitler ernsthaft die Szene betrat, und bei den innenpolitischen Kämpfen der Jahre 1930-1934 ging es in Wirklichkeit nicht mehr um die Verteidigung der Republik, sondern nur noch um ihre Nachfolge. ... (S. 62 f.)

00000

55

P. Laurentius Siemer OP

DIE SCHULD DER DEUTSCHEN

Ein Brief aus dem Jahre 1948

P. Laurentius Siemer ist 1888 in Elisabethfehn als Sohn des Kanalwärters im Haus des jetzigen Moor- und Fehnmuseums geboren worden. 1914 wurde er Mönch im Dominikanerorden. Von 1932 bis 1936 war er Provinzi 1935/36 war er in Gefängnishaft, 1944 sollte er nach dem Attentat auf Adolf Hitler erneut verhaftet werden. Er hat sich zuerst bei der Familie Kurre in Schwichteler und dann bis 1945 bei der Familie Trumme in Handorf bei Holdorf versteckt gehalten.

1946 hat er seine im Gefängnis begonnenen Aufzeichnungen vollendet, die dann 1957, ein Jahr nach seinem Tode, unter dem Titel „Aufzeichnungen und Briefe“ im Knecht-Verlag-Frankfurt veröffentlicht wurden.

Schwichteler i. O., Anfang 1948 14

Hochwürdiger, Lieber Pater B.!

In der Zeitschrift „Dokumente“ las ich die deutsche Übertragung Ihrer in „Etudes Februar 1947“ erschienenen Abhandlung Deutschland 1946 Eine brüderliche offene Aussprache Da wir uns von Bonn und Walherberg her kennen, erlaube ich mir zu Ihren Ausführungen einige Bemerkungen zu machen. Mich zwingen dazu die heiße Liebe zu meinem Volke und die tiefe Sehnsucht nach einem endgültigen Zusammenstehen der Franzosen und Deutschen. Ich glaube nicht, daß Sie recht haben mit Ihrer Meinung, Deutsche und Franzosen seien sich nur intellektuell sehr nahe, gefühlsmäßig dagegen sehr ferne. Im Augenblick mag es so sein. Die völlig anormale Situation der Zeit hat diese gefühlsmäßige Ferne geschaffen. Aber ich bin überzeugt, daß sie im Laufe der Jahre, jedenfalls im Laufe von Jahrzehnten schwinden und einem nicht nur intellektuellen, sondern auch gefühlsmäßigen Zueinandergehören Raum geben wird.

Sie zeigen Ihr Befremden darüber, daß für einen Franzosen ein Gespräch mit einem Deutschen kaum möglich sei, ohne daß der Deutsche bald das Thema der Not anklingen ließe, während er es ablehne, eine Schuld anzuerkennen. Darf ich Ihnen sagen, wo nach meiner Meinung der psychologische Grund dieser Haltung der Deutschen zu sehen ist?

Ich bin überzeugt, daß die meisten Deutschen, mit denen Sie gesprochen haben, keine überzeugten Nationalsozialisten waren. Wahrscheinlich wa-

ren sie nicht einmal Parteigenossen; ich möchte sogar annehmen, daß Sie gerade mit sehr vielen Deutschen zusammengekommen sind, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben.

Dabei denke ich in erster Linie nicht einmal an sichtbares Leid: die seelischen Nöte, die viele, sogar sehr viele Deutsche während der zwölf Jahre des Nationalsozialismus haben durchmachen müssen, waren schwer. Schon der ständige Gewissenskonflikt, die von Natur und damit von Gott ins Menschenherz gelegte Liebe zur Heimat und die von der christlichen Ethik geforderte Pietät dem Vaterland gegenüber mit einem ständigen nicht nur theoretischen Widerstand gegen Übergriffe des totalitären Staates verbinden zu müssen, wirkte nicht selten zermürend. Zudem war es in den ersten Jahren des Nationalsozialismus fast unmöglich, sich über die Ziele des Nationalsozialismus klar zu werden. Selbst Clemens August von Galen sah durchaus nicht immer klar, vor allem zu Anfang nicht. Am 9. November ließ er in den Kirchen seiner Diözese einen Aufruf verlesen, der heute, wenn man ihn noch einmal veröffentlichte, sicher das allergrößte Befremden hervorrufen würde.

Vielen anderen erging es wie dem Bischof von Münster: Bald waren sie sich klar darüber, daß der Nationalsozialismus eine verwerfliche Bewegung sei, bald glaubten sie, sich geirrt und dem Nationalsozialismus Unrecht getan zu haben. Die satanische Raffinesse des Regimes ließ zunächst eine völlige Klarheit kaum aufkommen. Ich erinnere mich an das Wort, das Papst Pius XI. bei einer Audienz nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis im Jahre 1936 zu mir sprach: „Wir konnten unmöglich ahnen, daß die Herren in Berlin solche Lügner waren.“

Im Laufe der Jahre wuchs der Widerstand, sowohl extensiv als intensiv. Man beschränkte sich nicht darauf zu „meckern“, sondern bildete Widerstandsgruppen, die systematisch auf die Vernichtung des Nationalsozialismus hinarbeiteten. Diese Untergrundbewegung wurde bald so stark, daß sie die Vertreter des Nationalsozialismus nicht wenig beunruhigte. Infolgedessen kamen Gegenmaßnahmen, die sehr viele Deutsche ins Gefängnis und in die Konzentrationslager brachten. Nicht nur die Juden wurden von diesen Gegenmaßnahmen betroffen, sondern ebenso die politischen und weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus, die sich vor allem in den Geistlichen beider Konfessionen, dann bei den Katholiken überhaupt und bei den Sozialisten fanden.

Eine solch teuflische Propaganda, wie sie gegen den katholischen Klerus ins Werk gesetzt wurde - ich erinnere an die Devisen- und Sexualprozesse - hat es selbst im Nationalsozialismus nur einmal gegeben.

Als der Krieg ausgebrochen war, entstand der seelische Konflikt von neuem. Jede Beeinflussung vom Ausland her suchte man zu unterbinden. Im Inland dagegen wurde ein Trommelfeuer raffiniertester Propaganda auf das deutsche Volk losgelassen, so daß politisch nicht veranlagte und politisch nicht geschulte Menschen nicht mehr wußten, wo aus und wo ein. Darf man dem Vaterland die an sich von Gott geforderte Gefolgschaft verweigern? Muß man sie vielleicht verweigern? Hat das deutsche Volk recht oder unrecht? Geht es letztlich gegen den Kommunismus oder das Anti-Christentum, oder sind Nationalsozialismus und Kommunismus - nach dem Pakt mit Rußland schien es so - gleiche Bewegungen mit verschiedenen Vorzeichen? Darum hörten Millionen von Deutschen unter Gefahr ihrer Freiheit und ihres Lebens die ausländischen Sender und suchten dort die ihnen von Tag zu Tag notwendiger erscheinende Korrektur der deutschen Berichte und der deutschen Propaganda. Wer nicht unmittelbar am Radiogerät horchte, ließ sich durch die „Flüsterpropaganda“ beeinflussen. Allmählich entstand eine Art Solidarität zwischen Millionen von Deutschen und den Feindvölkern. Ich betone, daß es Millionen Deutsche waren, welche diese Solidarität empfanden, allerdings als ein gewaltiges und kaum tragbares Schicksal. Es war nicht so, als wäre dieses Gefühl der Solidarität erst aufgekommen beim Zurückweichen der deutschen Armeen. Es bestand keimhaft bereits zu Anfang des Krieges und zog von Tag zu Tag immer zahlreichere Deutsche in seinen Bann. Als die deutschen Heere zurückwichen, wechselten Furcht und Hoffnung in den Herzen unzähliger Deutscher. Man litt unsagbar bei dem Gedanken, daß bald die Niederlage vollendet sein und das deutsche Volk einem ungeheuren Elend anheimfallen würde. Man freute sich zugleich, daß der Nationalsozialismus vernichtet werden würde. Das Attentat vom 20. Juli 1944, das Tausenden von Deutschen das Leben kostete, war der Versuch, den Nationalsozialismus zu vernichten und zugleich die Niederlage nicht allzu schwer werden zu lassen. Aber immer überwog durchaus die Sehnsucht nach Vernichtung des Nationalsozialismus, und man sah im Vorrücken der gegnerischen Heere schließlich nur noch das Nahen der ersehnten Freiheit. Daß die Besatzungsmächte als Befreier kommen würden, glaubte man unbedingt aus den ausländischen Radiosendungen entnehmen zu können.

Nun waren die alliierten Heere eingerückt. Ein Aufatmen ging durch den größten Teil des deutschen Volkes. Der Krieg war vorbei. Es würden nicht mehr Tag für Tag Bombenteppiche auf Städte herniederfallen und bei jedem Überfall Tausende von Frauen und Kinder töten, weder hüben noch drüben. Die Söhne und Männer würden nicht mehr den tödlichen Kugeln der Gegner ausgesetzt sein, weder hüben noch drüben. Die Konzentrationslager wurden ihre Pforten öffnen und die unschuldig Verfolgten wieder freilassen, Christen wie Juden. Wirklich, es ging ein Aufatmen durch das

deutsche Volk. Weite Teile des Volkes waren geneigt, die einrückenden Truppen geradezu als Befreier zu begrüßen; die meisten aber - es waren nicht die schlechtesten - sahen in einer solchen Haltung eine Würdelosigkeit und hielten sich zurück. Alle Gegner des Nationalsozialismus aber waren gespannt, wie sich die Alliierten benehmen würden.

Daß die Soldaten anders sein würden als die SS und daß die Besatzungsbehörden ganz anders sein würden als die Gestapo, schien allen klar zu sein. Es waren ja keine Nazis, die einrückten, sondern - ich spreche nicht vom Osten – wohldisziplinierte Soldaten: Amerikaner, Engländer, Franzosen, deren Radiosprecher immer betont hatten, daß sie dem deutschen Volke christliche Gesittung zurückbringen würden.

Dann kam die erste große Enttäuschung. Nüchterne Überlegungen hätten dem deutschen Volke sagen müssen, daß Soldaten nun einmal Soldaten sind. Aber der größte Teil des deutschen Volkes war einer nüchternen Überlegung überhaupt nicht mehr fähig. Darum erregte das Verhalten der einrückenden Truppen ein starkes Befremden. Man hatte ein solches Verhalten einfach nicht für möglich gehalten. Die Truppen kamen wirklich als Eroberer und nicht als Befreier. Ich verzichte darauf, Einzelheiten zu bringen, weil ich mich nicht dazu berechtigt fühle.

Dann kam die zweite große Enttäuschung. Von den Alliierten wurden mehr oder weniger alle Deutschen in einen Topf geworfen und gleichmäßig behandelt. Die Deutschen alle miteinander waren für die Alliierten eben Nazis. Jede Verbrüderung der Truppen mit Deutschen war untersagt. Bei der Beschlagnahme von Wohnungen wurde kaum Rücksicht genommen auf Gesinnung und Verhalten der Bewohner.

Schon lief das Wort Kollektivschuld durch das deutsche Volk und rief Schrecken und Entrüstung hervor. Allmählich glaubte es sich klar darüber sein zu müssen, daß es aus der verhaßten Knechtschaft der Nazis in eine neue Knechtschaft geraten sei. Gerade diejenigen, die unter dem Nationalsozialismus gelitten hatten und im Kampfe gegen den Nationalsozialismus Jahre hindurch Hab und Gut, Freiheit und Leben riskiert hatten und deshalb mit den ausländischen Gegnern sich irgendwie solidarisch fühlten, empfanden am stärksten die neue Knechtschaft, zumal da auch ihnen immer wieder gesagt wurde, daß alle Deutschen schuldig seien. Die Alliierten hatten - offenbar aus Mangel an Einsicht in die deutschen Verhältnisse und in die deutsche Psyche – schlechthin die Gelegenheit verpaßt, den seelischen Kontakt mit dem deutschen Volke zu finden. Da die Besatzungsbehörden die ersten Monate hindurch immer noch fast überall das gleiche Verhalten zeigten, wurde der entstandene Riß noch größer.

Ganz anders als vor dem Zusammenbruch urteilten jetzt die Radiosprecher über das deutsche Volk. Es wäre das Volk, das am tiefsten gesunken sei, das sich in der ganzen Welt verhaßt gemacht hätte, das höchstens in Hunderten von Jahren sich seinen Platz in der Völkerfamilie würde zurückerobern können, das bis dahin in Zucht gehalten werden müßte, das auf keinen Fall besser leben dürfte als irgendein anderes ehemals vom Naziregime bedrücktes Volk, das vorläufig nicht in Verkehr treten dürfte mit anderen Völkern etc. In Zeitungen las man dasselbe. Im mündlichen Gespräch hörte man das gleiche von Vertretern der alliierten Mächte. Sie dürfen mir glauben, lieber Pater B., daß im größten, ja im allergrößten Teil des deutschen Volkes das Schuldbewußtsein wach ist. Aber es war unklug, daß von alliierter Seite immer wieder auf diese Schuld hingewiesen wurde. Wie der Einzelmensch es einfach nicht erträgt, sondern seelisch dabei zugrunde geht, wenn man ihm immer wieder seine Schuld vor Augen hält, so ergieht es auch einem Volke. Und so erging es auch dem deutschen Volke.

Mir scheint es, daß es im Augenblick noch verfrüht sein dürfte, wollte man die Empfindungen des deutschen Volkes ändern. Es ist dafür noch nicht zugänglich. Und der Hauptgrund dieser Unzugänglichkeit ist - verzeihen Sie - der Hunger. Sie meinen in ihrem Artikel, daß die ungenügende Verpflegung in den Großstädten und im Ruhrgebiet nur von Februar bis Juni 1946 die Ausmaße einer Hungersnot angenommen hätten. Was gäben wir darum, lieber Pater B., wenn es damit sein Bewenden gehabt hätte. Denn noch heute gibt es viele Menschen unter uns, die vor Hunger fast sterben und deshalb zunächst mal ausgefüllt sind von diesem vegetativen Empfinden eines zu Tode führenden Hungers. Es ist nicht so, als fühlten sich diese Menschen nicht frei von Schuld. Durchaus nicht. Aber erst dann, wenn der Hunger nicht mehr so gewaltig quälen wird, werden die Menschen wieder zugänglich sein für Erörterungen über die Absichten und Maßnahmen der Alliierten, über die irrigen Vorstellungen, die von diesen Maßnahmen bei den Deutschen entstanden sind, über Schuld und Sühne, über die frühere Not der anderen Völker. Aber wann wird diese Not zu Ende sein? Über zwölf Millionen Ostdeutsche sind nach dem Westen und dem Süden Deutschlands übergesiedelt worden, und immer noch strömen Ostdeutsche über Oder und Neiße und sogar aus der russisch besetzten Zone über die Elbe und Weser nach dem an sich schon übervölkerten Westen. Wir fürchten, daß die Hungersnot dadurch zu einer permanenten Erscheinung wird. Denken die Franzosen daran, daß in Frankreich und Polen auf einen Quadratkilometer fünfundsiebzig Menschen wohnen, in Deutschland dagegen rund 200? Denken die Franzosen daran, daß Frankreich ein viel fruchtbareres Land ist als Deutschland und deshalb an sich mehr Menschen ernähren kann, als der deutsche Boden es zu tun vermag? Denken die Franzosen daran, daß Frankreich große Kolonien hat, die ihm eine gegebenenfalls entstehende Überbevölkerung abnehmen können, während Deutschland

ein für allemal darauf angewiesen ist, mit seiner ungeheuren Überbevölkerung fertig zu werden? Denken die Franzosen daran, daß das deutsche Volk bei seiner Armut nicht in der Lage ist und in absehbarer Zeit kaum in der Lage sein wird, Lebensmittel einzuführen, um für die mindestens dreißig Prozent überschüssige Bevölkerung die nötigen Nahrungsmittel zu beschaffen? Denken die Franzosen daran, daß durch die Demontage der Industriewerke dem Volke ein großer Teil der Möglichkeit genommen wird, Waren, die für die Ausfuhr geeignet sind, herzustellen und dafür Lebensmittel einzutauschen?

Uns ist dabei völlig klar, daß wir Reparationen zu bezahlen haben, daß von rechts wegen jeder von uns verursachte Schaden, aber auch jeder Schaden in den früher von uns mit Krieg überzogenen Gebieten repariert werden muß. Aber ultra posse nemo tenetur! Besteht wirklich noch ein Rechtsanspruch auf sachliche Reparationen, wenn wegen Erfüllung solcher Sachforderungen auf Jahrzehnte hinaus Millionen von Menschen, die während des Krieges noch Kinder waren oder nach dem Krieg geboren sind, hungern und am Hunger sterben müssen?

Glauben Sie, lieber Pater B., daß wir Deutschen schon an Coventry denken und an das Wort des Verbrechers „Wir werden ihre Städte ausradieren.“ Wenn wir nicht schon bis ins Mark der Seele hinein erschüttert gewesen wären, als wir dieses Wort am Radio hörten, so würde uns die ganze Tragik dieses Wortes klargeworden sein, als Bombenteppiche auf uns selbst herniederfielen. Ohne auf die Frage einzugehen, ob diese Bombardierungen der Städte, bei denen wiederum Greise und Kinder, Frauen und Mädchen zu Hunderttausenden den Tod fanden, in sich oder als Vergeltung sittlich erlaubt waren - haben wir selbst uns doch den moralischen Anspruch auf eine Beantwortung dieser Frage genommen - so sind doch die Auswirkungen dieser Bombardements tatsächlich da.

Es fehlt in Deutschland an Wohnungen. Nun sind in diese Gebiete, in denen ein großer Prozentsatz der Häuser zerstört ist, die Ostdeutschen eingeströmt. Der Wohnungsmangel ist infolgedessen riesengroß. Ich betone noch einmal, daß wir uns durchaus klar darüber sind, daß wir Schuld tragen auch an diesem Wohnungsmangel. Aber diese Erkenntnis vermag die geradezu gewaltigen physischen und psychischen Folgen des Wohnungsmangels nicht zu heben. Wir sind schuldig, freilich sind wir schuldig. Aber ist es psychologisch berechtigt, den armen Menschen in ihren Wohnhöhlen immer wieder zu sagen, daß sie schuldig sind? Oder von ihnen immer wieder zu verlangen, daß sie ein Schuldbekenntnis ablegen? Die Not ist so gewaltig, daß für Reflexionen dieser Art in den Menschenseelen nur wenig Raum bleibt. ..

Wir Deutschen haben ein Sprichwort: „Gut Ding will Weile haben!“ Ich weiß, mit welcher Liebe und mit welcher Selbstlosigkeit Sie selbst und viele Ihrer Landsleute für das Sichfinden der Franzosen und Deutschen arbeiten. Als ich im September 1946 auf dem Generalkapitel unseres Ordens in Rom war, besuchten mich gleich am ersten Tage drei französische Mitbrüder, um sich in der herzlichsten und liebenswürdigsten Weise zu bedanken für das Wohlwollen, das meine deutschen Mitbrüder und ich selbst während des Krieges den französischen Kriegsgefangenen allgemein und den gefangenen Mitbrüdern im besonderen erwiesen hätten. Der Dank kam aus einem wirklich dankerfüllten Herzen. Ich fühlte mich tief beschämt und war zugleich hoch beglückt.

Während des ganzen Kapitels zeigte sich nicht nur kein Gegensatz zwischen Franzosen und Deutschen, sondern mir wurde jeden Tag klarer, daß wenigstens innerhalb des Ordens nicht nur intellektuell, sondern auch gefühlsmäßig wir zusammengehören. Freilich kann man aus dem Gefühl des Zusammengehörens innerhalb des Ordens nicht schließen auf ein ebensolches Empfinden innerhalb der Nationalsozialismus in der Heimatgeschichte Völkerfamilie. Aber das römische Erlebnis zeigte mir, was nicht nur möglich ist, sondern was sogar der naturhaften Veranlagung der beiden Völker entspricht. Deutsche und Franzosen gehören zusammen, nicht nur intellektuell, sondern auch gefühlsmäßig. Arbeiten wir für die Verwirklichung dieser Zusammengehörigkeit trotz aller im Augenblick bestehenden Schwierigkeiten mit Mut und Ausdauer, bis das Ziel erreicht ist.

Ihr im heiligen Ignatius und im heiligen Dominikus ergebener ...

Siehe dort auch:

AUSLÄNDISCHE ZWANGSARBEITER IN DER GEMEINDE

Henrik Schomaker

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/21.8%20NS%20in%20der%20Heimatgeschichte.pdf>

56

Im Anhang **182.6 Teil 1** und **182.6 Teil 2**

Dort sind weitere Quellen zur ZERSTÖRUNG der Weimarer Republik durch die ZERSTÖRUNG der Ökonomie dokumentiert. Die Zerstörung der Ökonomie hatte ihre Ursache auf der politischen Ebene in der ideologischen Verblendung der SPD. Die SPD war noch in dem Mar-

xismus gebunden und wusste daher mit dem Währungskomplex nichts anzufangen. Und bei den bürgerlichen Parteien lag der Grund darin, dass sie trotz guter Gegenargumente und historischer Gegenbeweise glaubten, eine gute, kaufkraftbeständige Währung könne man nur mit einer Golddeckung des Geldes haben.

(Siehe „Der Zusammenbruch der Goldwährung“ von Gustav Cassel 1937)

00000

57

In dem Anhang 182.1 habe ich einen Auszug aus dem Buch das

> **Bollwerk der Republik / Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung** <
von **Burton J. Hendrick**

eingefügt. Von diesem Auszug bringe ich hier ein paar Ausschnitte, die uns erlauben ein Blick auf die schwierige ökonomische Lage der USA in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts und der Einstellung eines Verfassungsrichters zum Kapitalismus zu werfen. Das Buch ist 1941 in den USA erschienen und 1953 im Rudolf Zitzmann Verlag in deutscher Übersetzung.

Die Ära Chase - von 1864 bis 1873 - überbrückte die bewegte Zeit zwischendem Ende des Bürgerkrieges und dem Entstehen des modernen Amerika; die Zeit Millers von 1862 bis 1890 war Zeuge der Veränderung der amerikanischen Politik des Finanzwesens und der gesellschaftlichen Veränderung, die sich als Folge der Eisenbahn, der Körperschaft und der Industrialisierung des Landes ergab. Vielen Entwicklungen dieser Zeit stand Miller ablehnend gegenüber. Gründlich verabscheute er Wallstreet und die Börsianer. „Sie treiben keinen Handel, kein Gewerbe, keine Fabrikation, keine Landwirtschaft. Sie erzeugen nichts.“ Mißstimmungen dieser Art offenbarten sich nicht selten in seinen Äußerungen. Mitunter gab es harte Stöße gegen seine richterlichen Kollegen. In einer seiner Entscheidungen sprach er davon, sie wäre durch „eine Überspannung der Einbildung“ erreicht worden, wie man sie nur bei Spekulationen mit Eisenbahnaktien gewohnt sei. „Die Kapitalisten“ - und darunter verstand Miller die, „welche allein von Zinsen und Dividenden leben“ - waren bei Miller etwa so beliebt wie bei den Farmern des Westens. „Es ist mir das Schmerzliche, was mit meinem richterlichen Leben verbunden ist“, schrieb er in einem Brief, „daß ich gezwungen bin an einer Farce teilzunehmen, deren Ergebnis unabänderlich das gleiche ist, nämlich denen mehr zu geben, die bereits besitzen und denen, die wenig haben, das wenige zu nehmen, das sie besitzen.“ Die Berufung von Richtern, deren Interessen mit denen reicher Klienten verflochten waren, unterzog er auch der Kritik. „Es ist müßig mit Richtern zu streiten, welche vierzig Jahre lang bei Gericht Rechtsbeistände von Eisenbahngesellschaften und allen Formen des Aktienkapitals gewesen sind, wann sie aufgerufen werden, Fälle zu entscheiden, in denen es um solche Interessen geht. Ihre ganze Schulung, ihre ganzen Gefühle sind von allem Anfang an für diejenigen eingestellt, die eines solchen Einflusses bedürfen. Niemand möge glauben, daß der ‚liberale Richter‘ am Obersten Bundesgerichtshof nicht weiter zurückgreift

als John M. Harlan und Oliver Wendell Holmes!"

(Aus der Beschreibung des Richter Millers, S. 343)

Nachwort

In einem geschichtlichen Augenblick erreicht dieser Rückblick auf ein und ein halbes Jahrhundert sein Ende. Von allen Krisen, die die Verfassung befallen haben, ist wohl kaum eine so epochal gewesen, wie die, welche sie nun durchschreitet. Dieser unaufhörliche Kampf um den Weiterbestand, welcher im Entwicklungsprozeß für Leben und Lebenskraft unerlässlich zu sein scheint, hat das amerikanische System seit 1787 in jeder Generation gekräftigt. Dieses unausweichliche Gesetz seines Daseins ist im gegenwärtigen Augenblick besonders wirksam.

Die letzten vier Jahre gaben Zeugnis für die bewegtesten Episoden einer langen Heldenmär von Konflikten. Insbesondere die Jahre von 1933 bis 1937 werden in der Geschichte neben Jeffersons Versuch, die Verfassung mit Hilfe der Virginia und Kentucky-Resolutionen auszuhöhlen, neben Calhouns Bemühen, sie mit Hilfe einer Ungültigkeitserklärungspolitik der Herrschaft der Einzelstaaten dienstbar zu machen, und neben Taney's Bestreben, sie zum Schild festlandumspannender Sklaverei zu erheben, gestellt werden. Niemand hat die Bedeutung dieser letzten Schlacht klarer erkannt als der Mann der Öffentlichkeit, der in der Hauptsache die Verantwortung dafür trägt. Der Spruch des Obersten Bundesgerichtes, der den National-Industrial-Recovery-Act für ungültig erklärte, war, wie Präsident Roosevelt feststellte, das bedeutsamste Urteil, das seit der Entscheidung im Falle Dred Scott von diesem Tribunal ausgegangen war. Die gegenwärtige Regierung kann daher als ein weiterer Wendepunkt in den Geschicken des amerikanischen Volkes angesehen werden; und in der letzten Krise, wie in den andern, welche wir auf den vorhergehenden Seiten beschrieben haben, war das Schicksal der Verfassung der wahre Kern der Sache.

Obzwar das Wort „Revolution“ auf vorübergehende Ereignisse in den Vereinigten Staaten großzügig angewendet worden ist, hat man es doch nur im abgeschwächteren Sinne gebraucht; man will mit diesem Ausdruck die vollkommene Umschichtung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Struktur beschreiben, welche für die Bildung einer neuen amerikanischen Welt als wesentlich betrachtet wird. Eine solche neue Gesellschaft wird, wie man betont, durch den Fortschritt der Wissenschaft und neuer Auffassungen von den Funktionen des Staates notwendig gemacht. Wir leben in einer Welt der Erfindung und des Fortschritts. Die heutigen Vereinigten Staaten haben wenig Ähnlichkeit mit dem Land von 1787. ...(Seite 387)

58

Die USA steckte in einer Wirtschaftskrise, die vermutlich nicht geringer war als die in Deutschland. Und man wusste dort wohl genauso wenig wie im offiziellen Deutschland, wie man aus dieser Krise herauskommen sollte.

... Neue Ideen von Gerechtigkeit, von wirtschaftlicher Gleichheit, von der Staatsverantwortlichkeit für die Förderung von Glück und Behagen der Bürger, sind an die Stelle der einfachen Theorien aus der Zeit, da der PhiladelphiaKonvent seine Tagungen abhielt, getreten. Damals war es die Pflicht des Staates, Leben, Freiheit und Besitz zu schützen; heute hat er eine weitreichende Oberaufsicht, von der sogar die menschenfreundlichsten Staatsmänner von 1787 kaum eine Ahnung hatten. Der Philosoph des New Deal blickt auf den gegenwärtigen Gebietsumfang der Vereinigten Staaten und findet viele Unzulänglichkeiten. Seiner Ansicht nach hinkt die Regierung, welche dieses Reich lenkt, dem Gang des Fortschritts traurig nach. Statt ein wohlwollender Hüter von 130 000 000 Männern, Frauen und Kindern zu sein, nimmt die Bundesorganisation ein neues, fast finsternes Aussehen an. Amerika ist ein Gebiet, - so lautet der Vorwurf - welches in einhundertfünfzig Jahren in zufälliger, nahezu verrückter Weise emporgewachsen ist. Seine Farmer, welche, anstatt, wie die meisten Amerikaner geglaubt hatten, die wohlhabendsten und aufgeklärtesten in der Welt zu sein, sich damit beschäftigten, riesige Ernten zu erzeugen, für welche kein Absatz vorhanden ist, beugen sich unter einer unerträglichen Schuldenlast und scheinen, abwechselnd von Dürre und Überschwemmung bedroht, vor der Vernichtung zu stehen. Die amerikanischen Städte sind, um William Cobbets berühmte Schilderung Londons zu verwenden, ungeheure „Geschwüre“ am Volkskörper - widerspruchsvolle Vermengungen von Reich und Arm, von Palästen und Elendsvierteln, in denen die Mehrzahl der Bewohner ewig zu wirtschaftlicher Sklaverei und sozialem Tiefstand verdammt sind. Unsere Industriezentren werden als Elend-Sammelbecken vielsprachiger Rassen gezeichnet, die ihr freudloses Leben bei Hungerlöhnen hinbringen, bedauernswerte Opfer einer zermürbenden, mitleidlosen Wirtschaftsmaaschinerie. Ein Drittel der ganzen Nation wird anschaulich als bar der Nahrung, Behausung und Kleidung dargestellt, die für ein erträgliches Dasein wesentlich sind. Auch die weniger unsicher lebende Klasse der Lohnarbeiter wird als nicht viel glücklicher beschrieben. Über allen schwebt das Gespenst der Arbeitslosigkeit; die Gefahr einer Krankheit heftet sich an jeden ihrer Schritte; ein Alter im Elend zeichnet sich als die einzige Zukunft ab, die vorherbestimmt erscheint. ... (Seite 389)

... Zur Durchführung dieser Arbeit, das amerikanische Leben bis in seinen kleinsten Einzelheiten zu regeln, greift der New Deal auf die Zentralregierung zurück. Die Quintessenz des Evangeliums Jeffersons war Regierung durch kleine Einheiten. Für Jefferson stellte die neuenglische Stadtversammlung die Idealform der politischen Organisation dar. Das ganze Leben des großen Virginiers war der Bekämpfung des Eingriffs der Bundesbehörde gewidmet. Mit jedem Schritt foht er gegen die Hamiltons und Marshalls, die sich bestrebten, die zentralisierte Macht zu verstärken. Doch die gegenwärtige Regierung schlägt beim Suchen nach einer hinreichend mächtigen Kraft, um die Planung, welche ihr zur Rettung unerlässlich scheint, durchzuführen, eine Erweiterung der konzentrierten Macht vor, vor welcher Hamilton zurückgeschreckt wäre. Die Bundesregierung, erklärt Mr. Roosevelt, schuldet jeder-

mann die Sicherung einer ausreichenden Möglichkeit, sich durch eigene Arbeit zu erhalten. „Wir denken nicht, daß wir deshalb das Prinzip nationaler Regierung verlassen müssen, weil die nationale Regierung im achtzehnten Jahrhundert zu einer Bedrohung wurde.“ Bezeichnenderweise wurden die Reden, in denen Mr. Roosevelt diese Sätze äußerte, vor seiner Wahl zum Präsidenten gehalten. Der Glaube, seine neuen Vorschläge seien Improvisationen, plötzlich ausgedachte Notbehelfe gewesen, um einer unvorhergesehenen Krise zu begegnen, entbehrt der Grundlage. Eine sorgfältige Durchsicht seiner kürzlich veröffentlichten Schriften offenbart die meisten der Auffassungen, - oder zumindest ihrer Keime -, die seinem aufsehenerregenden Programm zugrunde liegen. Man sollte sich klarmachen, daß Präsident Roosevelt in sein Amt mit der Absicht eintrat, eine „geplante“ Gesellschaft an Stelle dessen zu setzen, was er als das „herrschende Aufgeratewohlsystem“ bezeichnete, und daß er als treibende Kraft für den Ablauf dieser „Revolution“ - ein Ausdruck, den er selbst im Wahlkampf von 1932 verwendete - den Einsatz der Bundesregierung vorschlug. ... (Seite 390) ²⁵

59

Wenn ich Burton Hendrick im letzten Kapitel seiner Biographie der Verfassung, die ja stark die Rolle der Verfassungsrichter beschreibt, richtig verstehe, hatten die Richter Anfang der 30er Jahre Schwierigkeiten die Zentralisierungstendenzen der Politik abzuwehren. Sie mussten sogar zu willkürlichen Begriffsdeutungen greifen. ²⁶ Ich zitiere das an dieser Stelle nur, weil im Gründungsprozess der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* ²⁷ versucht wurde mit den „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft“ solche Schwierigkeiten zu vermeiden. Im Abschnitt II. heißt es:

Die Bundesregierung wird ermächtigt und verpflichtet, innerhalb von drei Jahren, von gerechnet von der Verkündung des Grundgesetzes der Wirtschaft an

1. Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dieses Gesetz erfüllen.
2. Alle Gesetze und Verordnungen, die diesem Gesetz widersprechen, außer Kraft zu setzen.

Diese Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft erhält verfassungsrechtlichen Charakter, um den im Grundgesetz formulierten Menschenrechten einen realen Inhalt zu geben.

Quelle: Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft 1951 Seite 78 (Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 9. und 10. November 1951 in Heidelberg gehalten wurden.) Hier geht es mir um die Lage der USA in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts, die auch in Deutschland katastrophal waren und die Herrschaft von Hitler gebaren.

²⁵ Siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal

²⁶ Wenn einer das zitieren will, sollte er das selber im Textzusammenhang lesen!

²⁷ Die Begriffsinhalte von Soziale Marktwirtschaft aus dem Jahr 1951 decken sich nicht mit den heutigen.

Um zu verdeutlichen, dass diese Zeit auch einen ganz anderen Verlauf hätte bringen können, bringe ich jetzt Zitate aus:

„John Maynard Keynes / Revolutionär des Kapitalismus“

von *Robert Lekachman*, 1966, deutsch 1970.

... Besonders in einem nichtintellektuellen Volk kommt es nicht ohne weiteres zu solchen Meinungsumschwüngen. Ihre Voraussetzungen sind lehrreiche Erfahrungen und theoretische Formulierung. Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte haben viele Amerikaner dreierlei Erfahrungen gemacht; sie erlebten den Schrecken der Großen Depression, die neue Hoffnung des New Deal und den verbreiteten Wohlstand, der sich im Gefolge der gewaltigen Rüstungsausgaben des Zweiten Weltkriegs einstellte. Dennoch ist die Erfahrung, und sei sie noch so augenfällig, ein schlechter Lehrer. Für sich allein kann sie bestenfalls Unzufriedenheit mit bestimmten Gegebenheiten und den gängigen Rechtfertigungen für deren Beibehaltung schaffen. Sich über das Elend der Depression und Herbert Hoovers unzulängliche Politik des Jahres 1931 zu erregen, genügte nicht; was nottat, war eine logische Begründung politischer Alternativen. Daß es in Wahrheit die Ideen sind, die über Gut oder Böse entscheiden, hatte für Keynes schon immer festgestanden.

Die neue Wirtschaftslehre der sechziger Jahre verkörpert den Triumph einer Idee. Und diese Idee selbst ist größtenteils dem schöpferischen Genius eines einzigen Mannes zu verdanken: John Maynard Keynes, wie er von Hause aus hieß - des späteren Lord Keynes, Baron of Tilton. Das vorliegende Buch will die Geschichte jenes Mannes erzählen, dessen Kopf die Idee entstammt. Es ist folglich ein Bericht über seine Ausbildung und seine Laufbahn, seine Lehrer, Freunde und Gefährten - über das Cambridge der G. E. Moore, E. M. Forster und Lytton Strachey; das Bloomsbury Virginia Woolfs, Clive Bells und Duncan Grants; die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät am King's College, die Alfred Marshall und A. C. Pigou prägten; die Welt der Kunst und der Literatur, die Kreise der Hochfinanz und der Regierung, in denen sich Keynes gleichermaßen selbstverständlich bewegte. ... (Seite 14 f.)

... Obgleich 1939 bereits ein halbes Dutzend Jahre des New Deal vergangen war, lag die Arbeitslosenquote noch immer sehr hoch. Welchen Aufschluß vermittelte nun diese Einführung in die Wirtschaftskunde, die zu den besten Lehrbüchern der damaligen Zeit zählte, den jungen Studenten über die Ursachen und mehr noch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit? Betrüblerweise nicht sehr viel. Auf Seite 488 zeigte eine Grafik mit der Überschrift >Arbeitslosigkeit in amerikanischen Städten< den Verlauf der Ereignisse zwischen 1896 und 1936. Der aufmerksame Leser konnte dieser Grafik entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit 1921 bis auf rund 22 Prozent aller Beschäftigten emporge-

schnell, dann im Laufe der zwanziger Jahre bis auf rund 9 Prozent zurückgegangen war, um zwischen 1929 und 1933 wieder auf knapp 25 Prozent anzusteigen. Was waren die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit? Hier hatten die Verfasser wenig Tröstliches zu bieten. Als Ursachen betrachtete man offen bar >Verlagerungen in der Nachfrage und in der Produktionstechnik<. Und sie fuhrten fort: >Solange wir es mit einer dynamischen Gesellschaft mit ständigem Wandel und Fortschritt zu tun haben, wird notwendigerweise immer ein beträchtliches Maß an Arbeitslosigkeit vorherrschen. ... (S. 93 f.)

KAPITEL 5

Die Politik des »New Deal«

Landläufige Meinungen gehen sehr oft an der Wirklichkeit vorbei. So ist es auch beim Ruf, den die beiden ersten Amtszeiten Präsident Roosevelts in der Öffentlichkeit genießen. Im Laufe der Jahre haben sich Vorurteile fest sedimentiert, die Erinnerung an damalige Ereignisse ist verblaßt. Aus diesem Grunde pflegt die Wirtschaftspolitik des New Deal fast schon mechanisch mit den währungs- und steuerpolitischen Empfehlungen der *General Theory* in Verbindung gebracht zu werden. Viele konservative Bürger haben Roosevelts Anfangsjahre als eine Zeit massiver Staatsverschuldung im Gedächtnis. Jedoch ziehen sie aus ihren lückenhaften Erinnerungen den falschen Schluß, daß das Unvermögen, der Arbeitslosigkeit in ausreichendem Maße mit dem Mittel des >deficit spending< entgegenzutreten, nichts weiter darstellt als den gescheiterten Versuch, Keynesianische Finanzpolitik in der Praxis anzuwenden. Nicht wenige Gegner Keynesianischer Wirtschaftspolitik haben sicherlich aus George Humphreys Erklärung Trost geschöpft, die er während seiner Amtszeit als Finanzminister unter Eisenhower abgegeben hat: durch Geldausgeben können wir nicht reich werden. Die Lehre aus den 30er Jahren lautet jedoch völlig anders. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Mehrheit unter den Wirtschaftswissenschaftlern mit folgenden vier Thesen übereinstimmen:

Erstens: Erst seit 1938 haben sich Roosevelts Hauptberater stark von Keynes beeinflussen lassen. Weitere Anzeichen dafür, daß Roosevelt selbst jemals Einsicht in die Zweckmäßigkeit einer Politik des unausgeglichene Haushalts, des >deficit spending< oder der Staatsverschuldung größeren Ausmaßes gehabt oder sie auch nur voll verstanden hätte, gibt es nicht. In seinen Augen konnte eine optimale Ausgabenpolitik nur von echten Nachfahren sparsamer kalvinistischer Ahnen aus den Niederlanden betrieben werden.

Zweitens: Vom Keynes'schen Standpunkt aus lassen sich die Entscheidungen der 30er Jahre wie folgt zusammenfassen: Eine Finanzpolitik, die zu zaghaft und zu unschlüssig vorgeht, die zu oft im Widerspruch zu anderen Maßnahmen mit gegensätzlichen Zielrichtungen steht, wird nicht in der Lage sein, den Beschäftigungsgrad und das Volkseinkommen in dem Umfang zu steigern, wie es zur Wiederherstellung der Prosperität erforderlich ist. Zwischen Reform und

Restauration hin- und herschwankend, hat die Politik des New Deal beide Ziele nicht im gewünschten Umfang realisieren können.

Drittens: Das Modellbeispiel für die Wirksamkeit Keynes'scher Gegenmittel wurde nicht in den 30er Jahren geliefert, sondern durch das gewaltige Anschwellen der Staatsausgaben während des Krieges sowie durch den darauffolgenden Boom der Konsumgüter in der Zeit kurz nach dem Krieg. Beide Ereignisse beweisen, daß eine Regierung Arbeitslosigkeit ausschalten kann, wenn sie hinreichende Ausgaben bei hinreichender Verschuldung des Staates tätigt. Wie Keynes selbst bereits in seiner *General Theory* bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann.

Viertens: Gegen Ende der Ära Roosevelt hat die Keynes'sche Lehre ohne Zweifel eine deutliche Auswirkung auf die Politik der öffentlichen Hand gehabt, jedoch hat sich der Zeitpunkt, zu dem diese Wirkung zum Tragen kam, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verzögert. In den 30er Jahren war der Keynes'sche Einfluß weit mehr unter Wirtschaftswissenschaftlern und verhältnismäßig jungen Beamten als bei Politikern und den Leitern bedeutender staatlicher Stellen verspürbar.

Woraus aber bestand nun die Wirtschaftspolitik der beiden ersten Amtsperioden Roosevelts? Es fällt schwer, bei Betrachtung der ersten Jahre von Roosevelts Präsidentschaft ein Gefühl der Ironie zu unterdrücken. Wie bereits im 4. Kapitel ausgeführt, prangerten Roosevelts Parteiprogramm und, in noch stärkerem Ausmaße, seine Wahlkampfreden die Defizitpolitik Hoovers sowie dessen Verschwendung staatlicher Mittel an, die das Defizit verursacht hatte.

In der Tat, wenn sich überhaupt eine Grundlinie aus Roosevelts Wahlkampfaussagen herauslesen läßt, dann spiegeln sie jene Vorliebe britischer Finanzminister für staatliche Sparmaßnahmen während Depressionen wider, über die gerade Keynes einige seiner scharfsinnigsten Schmähschriften verfaßt hat. Der Historiker William Leuchtenburg zitiert eine Rede, die Roosevelt im September 1932 in Sioux City gehalten hat: > Ich werfe unserer jetzigen Regierung vor, die Regierung mit dem größten Ausgabenvolumen zu Friedenszeiten zu sein, die je in unserer Geschichte im Amt war. ... (S. 129 f.)

... Hansen hatte mit seinem Buch eine lehrbare Version von Keynes' Volkswirtschaftslehre produziert, die er mit einigen statistischen Einzelheiten auf die amerikanische Wirtschaft angewendet hatte. Dies allein hätte ausgereicht, um ihm die Führungsposition unter den amerikanischen Keynesianern zu sichern. In der Tat war er zumindest bis in die 50er Jahre der einzige, der eine wirklich originelle amerikanische Weiterentwicklung Keynes'scher Wirtschaftstheorie formuliert hatte. Das war der Grundsatz der säkularen Stagnation, eine so ver-

ständige und andauernde Einsicht in die Situation Amerikas, die ein eigenes Kapitel verdient hätte.

Im Jahre 1938 wurde Hansen Präsident der American Economic Association. Damit wurde ihm eine Ehre zuteil, die dieser Berufsstand herausragenden und aktiven Wirtschaftswissenschaftlern, von denen man annimmt, daß sie ihren Kollegen noch etwas zu sagen haben, verleiht. Es ist zur Gewohnheit geworden, daß jeder Präsident seine einjährige Amtszeit mit einer Rede bei einem Essen während der jährlichen Zusammenkunft im Dezember abschließt. Nur wenige Reden waren einflußreicher als die Ansprache Alvin Hansens, die er am 28. Dezember 1938 in Detroit gehalten hat. Er sprach zu dem Thema >Economic Progress and Declining Population< (Wirtschaftliche Entwicklung bei abnehmender Bevölkerungszahl) und ließ seine Ausführungen in der kühnen Behauptung gipfeln, daß nicht einmal durch kompensatorische Ausgabenpolitik, geschweige denn durch Konjunkturspritzen, die amerikanische Wirtschaft auf ein zufriedenstellendes Niveau wirtschaftlicher Aktivität gebracht werden könne.

Aus welchem Grund sollte dies so sein? Seine Antwort hieß: >Wir sind gerade dabei, einen Wendepunkt zu überschreiten, der die großartige Periode voll Wachstum und Expansion des 19. Jahrhunderts von einem Zeitabschnitt trennt, den im Moment noch niemand, der sich nicht auf reine Spekulationen einlassen möchte, mit Klarheit und Präzision umschreiben kann.< Wie hatte sich denn die amerikanische Wirtschaft verändert, daß sie vom Wachstum des 19. Jahrhunderts in eine Phase der Schlaftrunkenheit im 20.

Im allgemeinen gewinnt das Akzeleratorprinzip während der Aufschwungphase eines Zyklus an Bedeutung, wenn die vorhandenen Anlagekapazitäten in die Phase der Überlastung treten.

Jahrhundert abgeleiten konnte? Hansens Erklärung dafür setzt sich aus drei Grundelementen zusammen. Das bedeutendste war die Wachstumsrate der Bevölkerungszahl. Darüber hinaus war die Dynamik Amerikas im 19. Jahrhundert ebenso durch die schrittweise Öffnung von kontinentalen Barrieren wie durch die Erschließung von natürlichen Reichtümern im Westen des Landes verursacht worden. Und hinzu kam eine dritte Quelle wirtschaftlicher Energie: Erfindungen und ihre praktische Anwendung. Das waren die drei Eckpfeiler, auf denen sich die Investitionstätigkeit begründete. Und Investitionen mußten früher oder später zu schnellem Wachstum und zufriedenstellendem Beschäftigungsgrad führen.

Eine >reife Volkswirtschaft< wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben. Genau das war die Lage der amerikanischen Wirtschaft. Betrachten wir zuerst die überragende Rolle des Bevölkerungszu-

wachses. Seit Smiths *Wealth of Nations* (Vom Reichtum der Nationen) haben die Wirtschaftswissenschaftler schnellen Bevölkerungszuwachs als Anreiz für intensive Investitionstätigkeit erachtet. Hansen erinnerte seine Zuhörer daran, daß Adam Smith bewiesen hatte, daß eine wachsende Bevölkerung eine differenziertere Arbeitsteilung sowie eine steigende Produktivität pro Kopf ermöglichte. Mehr noch, größere Bevölkerungszahlen erleichterten die Ausdehnung der Konsumgütermärkte. Je ausgedehnter diese Märkte sind, desto stärker wird weitere Arbeitsteilung gefördert.

Seit 1776 war eine lange Zeit vergangen. Konnte man Smiths Einsicht ohne weiteres auf die Verhältnisse des Amerika von 1938 übertragen? Hansens Versuch stützte sich auf zwei neue Begriffe >Kapitalausweitung< und >Kapitalvertiefung<. Er drückte den Unterschied zwischen beiden wie folgt aus: >Die Kapitalausweitung hängt von einer Ausweitung des End-Outputs ab. Dieser wiederum ist abhängig a) von einem Ansteigen der Bevölkerungszahl und b) einem Anstieg in der Produktivität pro Kopf der Bevölkerung, dem andere Ursachen als ein gesteigerter Kapitaleinsatz pro Output-Einheit zugrunde liegen.< Dies läßt sich auch so ausdrücken: Die Kapitalausstattung wird erweitert, wenn der nationale Output an Konsumgütern, Wohnungen, Fabriken und ähnlichem eine erhöhte Nachfrage nach Maschinen und anderen Anlagen zur Deckung der Marktnachfrage. Hierbei wird ein konstanter Stand der Technik angenommen. Im Gegensatz dazu resultiert die Vertiefung des Kapitals teilweise aus kostensenkenden technischen Änderungen, teilweise (obwohl dies wahrscheinlich ein weniger wichtiger Faktor ist) aus der Senkung der Zinssätze und teilweise aus Veränderungen in der Zusammensetzung des gesamten Outputs, womit besonders Bezug auf die Kapitalmenge, die man zu seiner Produktion benötigt, genommen wird. Kurz gesagt: Kapital wird vertieft, wenn im Produktionsprozeß Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt werden und die Kapitalmenge, die benötigt wird, um eine gegebene Gütermenge zu produzieren, steigt. So befaßt sich die heutige Diskussion über die Ausbreitung der Automation (siehe Kap. 11) mit einem Vertiefungsproblem folgender Art: Ist Arbeitskraft durch Realkapital in einer ungewöhnlich schnellen Geschwindigkeit oder auf signifikant abweichende Art und Weise ersetzt worden?

Hansen fuhr in seiner Argumentation fort, indem er darlegte, daß ein Bevölkerungswachstum sowohl mit dem Prozeß der Kapitalausweitung wie mit dem Vertiefungsprozeß in Verbindung steht. Falls sonst keine bedeutenden Einwirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen vorkommen, wird eine rasch wachsende Bevölkerung eine Kapitalausweitung bedingen. Jedoch wird eine rasch wachsende Bevölkerung nicht nur nach mehr Gütern verlangen als eine stationäre Bevölkerung, sie wird darüber hinaus ein völlig anders geartetes Warensortiment benötigen. Bevölkerungswachstum bedeutet schnelle Familienbildung. Dies wiederum verursacht eine steigende Nachfrage nach neuen Wohnungen und Haushaltseinrichtungen. Eine stationäre Bevölkerung benötigt dagegen le-

diglich Ersatz für unbrauchbar gewordene Häuser und Einrichtungen. Da sie außerdem einen höheren Anteil an älteren Leuten umfaßt, wird die Nachfrage nach Dienstleistungen - medizinischen, häuslichen, so gar betreuenden - ansteigen. Der Bau von Häusern setzt umfangreiche Kapitalaufwendungen voraus, Dienstleistungen hingegen nicht. So muß also ein Übergang von raschem zu langsamem Bevölkerungswachstum oder in eine stationäre Gesellschaft ein absinkendes Verhältnis zwischen Kapital und Gesamt-Output mit sich bringen - der umgekehrte Prozeß wie bei einer Kapitalvertiefung. ... (Seite 156

... Gegen Ende seiner Ausführungen sagte Hansen: >Das Hauptproblem in unserer Zeit, und vor allem in den Vereinigten Staaten, ist die Frage der Vollbeschäftigung.< Gegenwärtig lebten wir in einer Zeit, die durch nur schwache Erholungspausen und verlängerte Phasen der Depression gekennzeichnet sei: >Das sind die Hauptfaktoren der säkularen Stagnation - kümmerliche Erholungspausen, die bereits in ihrem Anfangsstadium verkümmern, sowie Depressionen, die aus sich selbst neue Kraft schöpfen und einen scheinbar unvermeidbaren Kern an Arbeitslosigkeit zurücklassen. ... (Seite 156)

... Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Krankenhäuser bauen, daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941-1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld.

Durch starke Einflußnahme auf die theoretische Diskussion trugen die bereits zahlreichen amerikanischen Keynesianer wesentlich zur Anhebung des wissenschaftlichen Ansehens der amerikanischen Volkswirtschaftslehre bei. Samuelson vermutet (in einer zumindest für andere Ökonomen einleuchtenden Weise), daß die bisherige Universitätsausbildung den angehenden Wirtschaftswissenschaftlern ausreichende Kenntnisse vermittelt, um den zentralen Problemen der Kriegswirtschaft, nämlich Auswahl und Zuweisung von Mitteln,

gewachsen zu sein. Tatsächlich befaßten sich die Wirtschaftswissenschaftler in den ersten Kriegsjahren nahezu ausschließlich mit diesen beiden Problemkreisen. Es galt schließlich, Einen Krieg zu gewinnen. Als jedoch 1944 die Aussicht auf einen Sieg beträchtlich wuchs, konzentrierte man sich zunehmend auf die Gestaltung der Nachkriegszeit.

Zweifellos mußte die erneut aufflammende Diskussion über die Planung einer Friedensgesellschaft wieder am Diskussionsstand vor dem Kriege anknüpfen. Damals konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf die scheinbar >normalen< und unvermeidlichen >Betriebsunfälle<, wie die mangelhaften Privatinvestitionen, die unzureichende Expansionsrate und die anhaltende Arbeitslosigkeit. Alvin Hansens These von der säkularen Stagnation erfuhr ihre radikalste Auslegung durch eine Streitschrift, die eine Gruppe Wirtschaftswissenschaftler von den Universitäten Harvard und Tufts auf dem Tiefpunkt der Rezession 1937-1938 verfaßte". Darin schlugen die sieben jungen Ökonomen vor, >die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas in zwei Hauptabschnitte zu untergliedern. Der erste reicht von den Tagen, an denen die ersten Siedler ihren Fuß auf amerikanischen Boden gesetzt haben, bis zu seinem dramatischen Abschluß durch den Zusammenbruch von 1929. Diese Periode zeichnete sich durch stetiges Wirtschaftswachstum aus. Der zweite Abschnitt ist bis heute durch wirtschaftliche Stagnation gekennzeichnet<.

Offensichtlich hatte der New Deal die stagnierende Volkswirtschaft nicht wieder in Gang bringen können. Aber immerhin hatte man mit dem Einsatz von ausgedehntem >deficit spending< bereits den richtigen Weg betreten: >Aus den letzten fünf Jahren läßt sich die Lehre ziehen, daß Staatsausgaben ein wirksames Mittel zur Schaffung von allgemeinem Wohlstand sind.< Durch umfangreichere Ausgaben hätte man im New Deal weit zufriedenstellendere Ergebnisse erzielen können. Die Rezession von 1937-1938 bewies jedoch die Notwendigkeit durchgreifender Änderungen in der Struktur der amerikanischen Volkswirtschaft, 'deficit spending allein reichte nicht aus. Da >in Amerika heute eine langfristige Trendverschiebung stattfindet<, benötigte man koordinierte Regierungsmaßnahmen zur Neuordnung der institutionellen Verhältnisse, die den chronischen Mangel an Gesamtnachfrage verursacht hatten, der seinerseits wieder die Verantwortung für die hohe Arbeitslosigkeit trug. ... (Seite 177 f.)

... Die liberale Öffentlichkeit wurde durch das bei der Rückkehr zur Zivilwirtschaft eingeschlagene Tempo zunehmend in Unruhe versetzt. Man befürchtete ein erneutes rasches Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Paul Samuelson, der 1944 als Regierungsbeamter in Washington tätig war und sich von seinen Verpflichtungen am M.I.T. (Massachusetts Institute of Technology) hatte beurlauben lassen, beschrieb damals düster die Produktionsabstriche, die für die letzten Monate des Jahres vorgesehen waren. Samuelson stellte in Aussicht, daß Amerika nach dem Sieg in Europa und der Begrenzung des Krieges auf nur eine Front (gegen Japan) mit >Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung in der Größenordnung von ungefähr fünf Millionen

Erwerbsfähigen zu rechnen habe<". Seine Kollegen in Washington zeigten sich jedoch erstaunlicherweise sehr selbstgefällig: >Die Experten haben das Ausmaß des Ansturms, der uns erwartet, noch gar nicht richtig erfaßt. Die Exekutivabteilungen der Regierung können im Moment nicht einmal einen durchschnittlichen Jahresumfang an öffentlichen Arbeiten für kurzfristige Einsätze bereitstellen.< Das war um so bedauerlicher, weil gerade die Wirtschaftswissenschaftler bis zu diesem Zeitpunkt einen äußerst wertvollen Beitrag zu den nationalen Kriegsanstrengungen geleistet hatten: >Man hat einmal gesagt, der letzte Krieg war der Krieg der Chemiker, dieser der Physiker. Genausogut kann man behaupten, daß dies ein Krieg der Ökonomen.< Doch ohne vernünftige wirtschaftliche Grundsätze auch für eine Gesellschaft im Frieden sah das Land schweren Zeiten entgegen. Samuelsons abschließende Zusammenfassung enthielt eine düstere Vorahnung:

Jeden Monat, jeden Tag und jede Stunde pumpt die Bundesregierung Millionen, ja Milliarden Dollar in den Kreislauf der amerikanischen Volkswirtschaft... Nur durch Regierungsausgaben in Höhe von 100 Milliarden Dollar wurde das derzeitige hohe Niveau im Output und im Beschäftigungsgrad erzielt. Davon wurden 50 Milliarden Dollar durch Defizite finanziert . . . Durch eine einfache statistische Rechenoperation kann man zeigen, daß selbst bei den Industriezweigen mit den günstigsten Zukunftsaussichten in der Nachkriegszeit, also dem Automobil-, Flugzeug- und Schiffbau und der Elektronikindustrie, das derzeitige Beschäftigungsniveau unter keinen Umständen aufrechterhalten werden kann, nicht einmal die Hälfte, ja nicht einmal ein Drittel davon. ... (S. 186)

KAPITEL 7 / Keynes in der Nachkriegszeit

Mit dem Tag des Sieges über Japan, dem 2. 9. 1945, endete der erste Krieg, der nach Keynesianischen Grundsätzen geführt wurde. Beweise für diese Behauptung sind im Überfluß vorhanden. Die Kriegsämter analysierten Bedarf und Ressourcen mit dem Keynes'-schen Volkseinkommens-Konzept und brachten sie dann mit dem statistischen Material aus dem amerikanischen Handelsministerium in Einklang. Die Berechnung von Inflationslücken durch den Vergleich von Konsumenteneinkommen mit der Summe der Konsumgüterpreise, oder die Feststellung, daß die Summe aus Privatinvestitionen und Staatsdefiziten kleiner war als die Summe der privaten Ersparnisse und der Steuereinnahmen, stellte für die Wirtschaftswissenschaftler nur noch eine Routineangelegenheit dar. Aus Besprechungen dieser Art leiteten sie die Grundlagen für Preis- und Rationierungskontrollen ab, die zu den erfolgreichen Maßnahmen der Kriegsplanung zählten. Wie in Großbritannien bildeten Preise, Löhne, Haushalte, Steuern und Kontrollen keineswegs die Maßstäbe für finanzielle Gesundheit oder nationale Zahlungsfähigkeit, sondern sie stellten die Instrumente für die materielle Verteilung von Menschen und Ressourcen. ... (Seite 203) (ohne Fußnoten)

61

In der USA in der Zeit vor dem New Deal und des Deficit Spending²⁸ hat Irving Fisher.²⁹ in entgegengesetzter Richtung gearbeitet, nämlich an der Messbarkeit der Abweichung der Kaufkraft von eines stabilen Dollars. Er hat dafür Indices entwickelt, damit die Geldillusion überwunden werden kann.³⁰ Das für sich genommen ist noch kein Beitrag zur Stabilisierung der Währung. Dazu gehört, dass das Verhältnis von der Menge des umlaufenden Geldes zum Fluss der Güter die durch den Markt fließen konstant bleibt. Da die Gütermenge nicht der Menge des Geldes angepasst werden kann, muss für die Erhaltung der Kaufkraft die Zentral- bzw. die Notenbank die Geldmenge anpassen. Damit hat die Notenbank aber große Schwierigkeiten, weil die dem Geld zugeschriebene Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes die Regulierung der Geldmenge fast unmöglich und kompliziert macht. Fisher sah dazu noch keine Lösung des Problems. Als ein Hans Cohnsen, der von Deutschland aus in die USA eingewandert war und den damals berühmten Professor Fisher zu einem Artikel in der Zeitung einen Leserbrief schrieb, in dem er die freiwirtschaftliche Lösung des Problems beschrieb, hat er Cohnsen angeschrieben. Es kam zu einer intensiven Zusammenarbeit.³¹

Ich habe ein kleines Buch im Bestand. Der Titel lautet:

Irving Fisher

FESTE WÄHRUNG

Illusion und Wirklichkeit

3. AUFLAGE

Verfasser: Irving Fisher, geb. 1867 in Saugerties, NY., em. Professor der Yale-Universität, USA. Lizenz US Nr. 17 (Kurt Sellin). Alle Rechte vorbehalten. Juni 1948. Auflage 5000. Druck: Heidelberger Verlagsanstalt und Druckerei.

>Das Motto des Verlages von 1948 kann auch für die Jetztzeit gelten.TA<

28 Defizitfinanzierung nach John Maynard Keynes ist eine staatliche Strategie, bei der die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, um die Wirtschaft in Krisenzeiten durch höhere Staatsausgaben z.B. für Infrastrukturprojekte, Konjunkturprogramme anzukurbeln.

29 https://de.wikipedia.org/wiki/Irving_Fisher

30 Von der Geldillusion spricht man, wenn die Kaufkraftveränderung durch die Inflation oder durch die Deflation in Verträgen nicht wahrgenommen wird.

31 Die Höhe der Umlaufsicherungsgebühr hatte Cohnsen aber falsch in Erinnerung,

In dieser Schriftenreihe ertönen
an der Schwelle einer neuen Zeit
Stimmen aus Vergangenheit und Gegenwart
für den Menschen als Individuum
und die Idee seiner inneren und äußeren Freiheit,
damit wieder zu lebendiger Wirklichkeit werden
die zwei verfälschten und verschütteten Begriffe:

FREIHEIT UND MENSCHLICHKEIT

Ich scanne hier das Vorwort des Verlages ein. Den Gesamttext kann hier in der Kleinen
freiwirtschaftlichen Bibliothek gelesen werden:

Text 56.17 (1 +56+1 Seiten / 4.911 KB)

Irving Fisher, Feste Währung - Illusion und Wirklichkeit, (Deutsch) 1948
Titelseite des Sonderdruckes aus „Der Dritte Weg“ 12 / 1980

*(Die Zeile „mit dem Hinweis „Titelseite...“ ist wohl ein von mir ungenügend bezeichneter andere Beitrag.
Jedenfalls steht er nicht im Zusammenhang mit nachfolgend eingescannten Text.)*

VORWORT DES VERLAGES

Dr. Irving-Fisher war Professor der Yale-Universität und gilt als einer der bedeutendsten Volkswirtschaftler der USA und der Welt. Er ist bekannt geworden durch seine wissenschaftlich begründete Forderung und seine praktischen Bestrebungen nach einer Index-Währung. Diese besteht darin, daß die Währungsverwaltung eines Landes darauf abzielt, den durchschnittlichen Preisstand der Waren, gemessen an einer Index-Zahl der Waren-Preise (z. B. Großhandelsindex oder Lebenshaltungsindex) auf gleicher Höhe zu halten.

Irving Fisher hat als erster selbst fortlaufend Indexzahlen errechnet und veröffentlicht. Er hat sich aber nicht mit der Theorie begnügt, sondern in der Praxis mit Erfolg versucht, seinen Erkenntnissen Geltung zu verschaffen. Er hat Index-Löhne eingeführt, die ersten Index-Anleihen in den USA veranlaßt und die praktische Währungspolitik vor allem unter dem Präsidenten Roosevelt mit seinen Vorschlägen befruchtet. Daneben arbeitete er in der Festwährungsbe-
wegung der USA, die eine Stabilisierung des durchschnittlichen Preisstandes anstrebte.

In Deutschland ist die Stabilisierung des durchschnittlichen Preisstandes eine Forderung des Freiwirtschaftsbundes, der sich auf die Theorien von Silvio Gesell stützt. Irving Fisher hat, ebenso wie John Maynard Keynes (England), als einer der wenigen Volkswirtschaftler von internationalem Ruf die Theorien Silvio Gesells anerkannt und sich dafür eingesetzt. Er schrieb von sich, er sei nur „ein bescheidener Apostel des Kaufmanns Silvio Gesell“.

Die vorliegende Schrift besteht aus einigen Kapiteln, die dem unter Mitarbeit von Hans R. L. Cohn geschriebenem Buche „Stable Money“ entnommen sind, das 1934 in den USA und 1937 in Deutschland unter

dem Titel „Feste Währung - Zur Entwicklungsgeschichte der Idee" erschienen ist. Die Auswahl wurde so getroffen, daß die grundlegenden Gedanken des Verfassers zur Geltung kommen und ein Überblick über die Lebensarbeit des Gelehrten möglich wird.

Irving Fisher gebraucht in seiner Schrift Ausdrücke wie „Wertbefestigung, Kaufkraft des Geldes, wertbeständig, wertunbeständig" lehnt sich also an die Terminologie der Werttheorie an. Dies könnte zu Mißverständnissen führen. Unter dem an sich vieldeutigen Wort „Wert" versteht der Verfasser immer das, was wir mit dem eindeutigen Begriff „Preis" bezeichnen. Der „Wert" des Geldes ist immer eine bestimmte Menge Waren für eine bestimmte Menge Geld. Der Preis des Geldes wird in Waren und der Preis der Waren in Geld ausgedrückt. Die Tauschgleichung des Verfassers macht dies deutlich.

Die vorliegende Schrift scheint uns heute in Deutschland besonders wichtig. Wir stehen in dem Währungswirrwarr, den uns das Hitler-Reich hinterlassen hat. Dabei spielt auch die „Geld-Illusion" eine bedeutende Rolle. Aus dem Wirrwarr muß so bald wie möglich ein gangbarer Weg gefunden werden. Dazu soll die Schrift beitragen. (Seite 5 f.) (Hervorhebung durch TA)

62

Zu Hans Cohnsen füge ich die Titelseite seines eigenen Buches ein und ein Link zu einem eigenen Beitrag dazu.

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/124.Fisher.Cohnsen.Auszuege.Links.pdf>



1996

Fischer und Cohns hatten in der Zeit der ökonomischen Krisen in den USA durchaus Erfolge mit der Werbung für Freigeld. Cohns verwendet in dem nachfolgenden Zitat den verwirrenden Begriff Schwundgeld. Verwirrend deshalb, weil dieser Begriff eine Inflation assoziiert. Es geht aber bei dem Schwundgeld um die Umlaufsicherung des Geldes, eine Voraussetzung für ein kaufkraftbeständige oder preisniveaustabile Währung und um die Konjunktursicherung zu ermöglichen. Ebenfalls geht es bei dem Reformgeld um seine Neutralität als Tauschmittel, so dass es im Tausch keinen Vorteil gegenüber den Waren hat. Cohns schreibt auf der Seite 69 seines Buches:

Insgesamt haben sich etwa 450 Städte und Gemeinden wegen der Herausgabe von Schwundgeld an Fisher gewandt.“ ...

... Ich war pausenlos unterwegs, gab Interviews, hielt Vorträge, redete am Radio. Anfang März sollte die Aktion beginnen. Wir wollten nur solange warten, bis der neue Präsident ins Amt eingeführt worden war. Ich erinnere mich lebhaft an den Vormittag des 4. März 1933. Im Büro der Handelskammer saßen alle an der Herausgabe beteiligten gebannt lauschend am Radio, als Frank D. Roosevelt in seiner »Inaugural Address« sagte, „all we need to fear is fear itself“

Und dann verkündete er die Schließung der Banken und verbot die Herausgabe von Notgeld. ...

Zur Vertiefung der Lage der USA:³² >>>>>>>

Das Modell der Wirtschaftspolitik mit dem Deficit Spending, ist ein Teil der Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes. Keynes nimmt positiv in seinem Hauptwerk **>Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes<** auf Silvio Gesell Bezug mit seinem Hauptwerk **DIE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG** Stellung. Gesell geht in seinem Modell davon aus, dass mit einer Umlaufsicherung des Geldes die Vollbeschäftigung der Arbeit hergestellt und gesichert werden kann. Die Umlaufsicherung des Geldes (das sich in einem Kreislauf befindet und gehalten werden soll) sorgt gleichzeitig mit dafür, dass die Kaufkraftstabilität des Geldes gehalten werden kann.

Keynes, der vermutlich ein eigenes Modell für das Erreichen einer beständigen Nachfrage suchte, kam dann auf die Idee, die ausfallende private Nachfrage z.B. durch die Hortung von

32 Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg

https://de.wikipedia.org/wiki/Eintritt_der_Vereinigten_Staaten_in_den_Zweiten_Weltkrieg

Geld durch eine staatliche kreditfinanzierte Nachfrage zu ersetzen. (Siehe nachfolgende Übersicht.)

> Übersicht mit KI

Deficit Spending (Defizitfinanzierung) ist eine wirtschaftspolitische Strategie, bei der der Staat mehr Geld ausgibt, als er einnimmt (erzeugt ein Haushaltsdefizit), um die Wirtschaft anzukurbeln, oft in Zeiten der Rezession, indem er sich verschuldet, um Nachfrage zu schaffen, z. B. durch Infrastrukturprojekte oder Steuersenkungen. Ziel ist es, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken, Arbeitslosigkeit zu senken und die Konjunktur zu beleben, basierend auf den Ideen von John Maynard Keynes, wobei die Schulden in wirtschaftlich besseren Zeiten durch Überschüsse ausgeglichen werden sollen. <

63

Zur Vertiefung der wirtschaftspolitischen Lage der Weimarer Republik: ³³ >>>>>

Wie in der Fußnote angezeigten Beitrag von Nikolaus Kowall zu lesen ist, hatte die SPD in der Weimarer Republik große Schwierigkeiten einen sachgemäßen und angemessenen wirtschaftspolitischen Kurs zu finden. Das lag daran, dass die SPD im Marxismus gefangen war. Ziemlich am Anfang seiner Arbeit schreibt Nikolaus Kowall:

Die SPD war die stimmenstärkste politische Kraft der Weimarer Republik – sie stellte bis 1932 stets die größte Fraktion im Reichstag. Winkler (1986, 74) bezeichnet sie als „die staatstragende Partei der Weimarer Republik“. Gates (1974) fasst es etwas breiter, wenn er resümiert, dass keine demokratische Regierung die Weimarer Republik ohne Unterstützung der Arbeiterbewegung hätte retten können.

So wie ich es sehe, konnte die SPD sich nur mühsam nach dem Zweiten Weltkrieg vom Marxismus trennen und zum Keynesianismus hinfinden. Und das hing nach meiner Einschätzung damit zusammen, dass ihre Führung entdeckte, dass mit dem Defizit Spending, dem Staat eine Menge Aufgaben zugeführt werden können. War am Beginn unserer Republik mit dem Begriffsbestandteil Sozial in der Sozialen Marktwirtschaft gemeint, dass die Marktwirtschaft in sich sozial wirken und kein Kapitalismus werden sollte. Diese Version von Sozialer Marktwirtschaft wurde von Anbeginn von ihren Vertretern (CDU/CSU und Freien Demokraten) in der Politik und den Wirtschaftsverbänden (in den Zwischenräumen von Politik und Unternehmen) sabotiert und von der SPD mit sozialen Zwangskollektiven und Fiskalpolitik gefüllt. Die

33 Die orthodoxe Wirtschaftspolitik der SPD zwischen 1929 und 1933 – / Keynesianismus versus Marxismus
Von Nikolaus Kowall

Dr. Nikolaus Kowall ist Inhaber der Stiftungsprofessur für Internationale Makroökonomie an der Hochschule für Wirtschaft, Management und Finance des BFI in Wien.
<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/4/beitrag/die-orthodoxe-wirtschaftspolitik-der-spd-zwischen-1929-und-1933.htm>

Marktwirtschaft wurde so immer mehr mit Elementen der Zentralverwaltungswirtschaft angereichert, ohne dass der Kapitalismus mit seinen negativen Eigenschaften an Gewicht verlor.

64

Die Verfälschung des Inhalts der Sozialen Marktwirtschaft kann man aber nicht nur der SPD anlasten, wie ich schon oben angemerkt habe. Ich werde gleich Zitate von Ludwig Erhard zum Thema Sozialstaat einfügen. Und dann Karl Walker zum Keynesianismus zu Wort kommen lassen. Vorweg sei noch gesagt: Wenn man gute Lösungen für die Probleme der Ökonomie haben will, dann kann man die Ergebnisse von toten und lebenden Forschern nicht beliebig mischen. Es macht aber auch keinen Sinn, sie gegenseitig in feindlicher Stellung zu bringen. Jede politisch-gestalterische neue Generation hat für ihre Aufgabe zu prüfen, was die Altvorden uns von ihrem Gedankenreichtum hinterlassen haben. Da sollte es selbstverständlich sein, dass man sich nicht scheut auf Karl Marx und Friedrich August Hayek, auf Walter Eucken oder Milton Friedman, auf John Maynard Keynes oder Silvio Gesell oder die vielen anderen Größen der Ökonomie zurückzugreifen.

Ich überlegte gerade, ob ich hier Johann Heinrich Gossen (1810 – 1858 zitieren sollte. Ihn hatte man vergessen oder als nicht relevant eingestuft. Am Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, hat er aber noch einiges beizutragen. Es geht bei der Erneuerung unserer Gesellschaft aber nicht nur um die Ökonomie, sondern um die Schaffung einer Verfassung, die die Demokratie und die Demokraten die Glaubwürdigkeit bescheinigt. Als ich mich nach Gossen im Bücherschrank umschaute, fiel mein Blick auf den Titel „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ von Wilhelm von Humboldt. Weiter kamen dann gleich in Sicht: „Föderalismus – Die demokratische Alternative“ von Karl Hahn, „Weniger Staat / Gegen die Übergriffe der Obrigkeit“ von Leopold Kohr. Hans-Jürgen Degen schreibt im Nachwort von „Der Staat / eine soziologische Studie“ von Franz Oppenheimer (dem Lieblingslehrer von Ludwig Erhard):

Im Staatswesen erkennt Franz Oppenheimer eine verhängnisvolle Institution im Leben der Menschen. Sein Anliegen ist: Die Rolle des Staates erheblich zu reduzieren, ihm nur noch jene Funktionen zu überlassen, die die moderne Gesellschaft seiner Meinung nach aus sich heraus nicht mehr in der Lage ist zu meistern.

65

Wenn man von unserem sozialen Sicherungssystem sagen kann, dass es eine kommunistische Veranstaltung ist, so kann man von unserem Bildungswesen sagen, dass es mit seinem Schulzwang und der Kontrolle des Staates über Bildungsinhalte auf eine vordemokratische

Zeit verweist und faschistische Züge hat. In der Gründungszeit der Partei DIE GRÜNEN wurden große Kongresse mit dem Thema Bildungsfreiheit organisiert. Bernd Bartmann formulierte:

„Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage des deutschen Bildungswesens“ (Art. 7 GG neu) ANTRAG an die gewählte Vertretung des deutschen Volkes.

Wenn mit „Vertretung“ der Deutsche Bundestag gemeint war, ist das unglücklich formuliert, weil der Bundestag schon seit Jahren das Prinzip der Gewaltenteilung missachtet und sich als Verfassungsgeber aufspielt.

Aber DIE GRÜNEN verloren schnell ihren freiheitlichen Gründungsimpuls. Als sie die Tore für Andersdenkende weit aufmachten, um die antidemokratische 5%-Klausel bei den Wahlen überwinden zu können, war es um die Liberalität der Grünen, die herrschte, als sie noch als GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ auftrat bald verloren. Jedenfalls wurde damals von den Parlamenten der Betroffenen gesprochen. Ich habe damals argumentiert, das man diese aber nur vertragsrechtlich schaffen könnte. Damit könnte man aber wenigstens den Staatsapparat um 2/3 reduzieren und eine Menge Demokraten mit Kompetenz für individuelle Entscheidungen „geboren“ werden. Aber das ist noch alles Utopie.

66

Die Mehrheiten aller in den deutschen Parlamenten vertretenen Parteien scheinen mir das Modell des glücklichen Sklaven anzustreben.

Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.

[Marie von Ebner-Eschenbach](#) (1830 - 1916), Marie Freifrau Ebner von Eschenbach, österreichische Erzählerin, Novellistin und Aphoristikerin

Bernd Bartmann (selber Lehrer) hat auch gegen den Schulzwang vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt und verloren. Wie sollen auch Verfassungsrichter in dieser Sache dder Freiheit die Tür öffnen, wenn sie selber den Schulzwang so verinnerlicht haben, dass sie sich ein freies Bildungswesen gar nicht vorstellen können? Und das Grundgesetz ist (auch) in dieser Angelegenheit nicht eindeutig.

67

Nun zu den Aussagen von **Ludwig Erhard** aus seinem Buch **WOHLSTAND FÜR ALLE:**
Aus dem 12. Kapitel VERSORGUNGSSTAAT — DER MODERNE WAHN



Unerwünschte Klänge

Freiwirtschafts-Troubadour Erhard: „Sie hat doch sonst immer
meinen Klängen ganz entzückt gelauscht!“

(Entnommen der „Wetzlarer Neuen Zeitung“ mit freundlicher Genehmigung des
Nordpress-Verlag Walter Glaue, Hamburg)

12. Kapitel

VERSORGUNGSSTAAT — DER MODERNE WAHN

Bei jeder Äußerung zu dem Thema „Soziale Sicherheit“ laufe ich Gefahr, daß mir die Überschreitung meiner Zuständigkeiten vorgeworfen wird. Wenn ich dazu also nicht so sehr als Wirtschaftsminister, denn als Wirtschaftspolitiker spreche, so ist es doch für den Kenner der Materie selbstverständlich, daß im Gefüge einer sozialen Marktwirtschaft auch der Wirtschaftsminister allen Anlaß hat, sich um die weitere Gestaltung unserer Sozialpolitik zu bekümmern. Die soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen, und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird.

Wer diese Problematik zu Ende zu denken bereit ist, wird auch die Fragwürdigkeit einer allzu engen Zuständigkeitsbegrenzung begreifen. Eine ressortmäßige Abkapselung wäre überhaupt nur dann vertretbar, wenn das Handeln und Verhalten all derer, die die ökonomischen Verhältnisse beeinflussen, von einer gleichen geistigen Schau aus bestimmt wäre, wenn sie die Ordnung, welche die soziale Marktwirtschaft verkörpert sehen möchte, vorbehaltlos bejahen würden. Es müßten also — kurz gesagt — alle an einem Strange ziehen.

Ich habe zu wiederholten Malen betont, daß ich die persönliche Freiheit für unteilbar

halte. Aus solcher Gesinnung heraus bin ich 1948 darangegangen, alle wirtschaftlichen Unfreiheiten systematisch abzubauen und deshalb muß ich, ebenso wie ich meinen Teil zur Befreiung des deutschen Menschen beigetragen habe, einen entsprechenden Beitrag auch für die übrigen Lebensbereiche verlangen. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist.

Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, d. h. ihn in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens abschirmen zu wollen, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, daß sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist und darüber hinaus die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten „Sozialen Marktwirtschaft“ bietet. Auch muß auf die unlösbare Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aufmerksam gemacht werden: Tatsächlich sind um so weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann.

Wenn wir überhaupt eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer gewährleisten wollen, dann wird es in der Tat zu einem Grunderfordernis, einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen zu persönlicher Freiheit verhelfen will, eine *gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik an die Seite zu stellen*. Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden in weitem Umfang zu üben. Wirtschaftliche *Freiheit* und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie *Feuer und Wasser*.

Auf andere spezielle Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird im Laufe der folgenden Ausführungen noch eingegangen werden. Hier sei lediglich angemerkt, daß eine Sozialpolitik, die etwa das Bemühen um die Stabilerhaltung der Währung kein vordringliches Anliegen bedeutete, *größte Gefahren* für die Sicherung der *sozialen Marktwirtschaft* heraufbeschwören müßte.

Die Hand in der Tasche des Nachbarn

Nachdrücklich muß dieser Gefahr entgegengewirkt werden. In dieser Auseinandersetzung scheiden sich die Geister mehr als in jeder anderen Frage. Die einen wähnen, daß das Wohl und das Glück der Menschen in irgendeiner Form *kollektiver Generalhaftung* begründet liege und daß man auf diesem Wege, an dessen Ende natürlich immer die Allmacht des Staates steht, fortschreiten müsse. Das ruhige und bequeme Leben, das man damit ansteuern will, wird vielleicht nicht allzu üppig, aber dafür um so gesicherter sein. Diese Form des Lebens und Denkens findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Konstruktion des sogenannten Wohlfahrtsstaats. Auf der anderen Seite aber ist das natürliche *Streben*, des einzelnen Menschen, in eigener Verantwortung Vorsorge zu treffen und an seine Zukunft, seine Familie und sein Alter zu denken, nicht aus der Welt zu schaffen - so sehr man sich auch indirekt bemüht, das menschliche

Gewissen ertönen zu wollen.

Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie *übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit* im sozialen Bereich erschallte. Wo aber sollen wir hinkommen und wie wollen wir den Fortschritt aufrechterhalten, wenn wir uns immer mehr in eine Form des Zusammenlebens von Menschen begeben, in der niemand mehr die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen bereit ist und jedermann Sicherheit im Kollektiv gewinnen möchte. Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, daß, falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, *in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat*. Das Prinzip heißt dann: Ich Sorge für die anderen und die anderen sorgen für mich! *Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit* mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Dieser Drang und

Hang ist mehr als alles andere geeignet, die echten menschlichen Tugenden: Verantwortungsfreudigkeit, Nächsten- und Menschenliebe, das Verlangen nach Bewährung, die Bereitschaft zur Selbstvorsorge und noch vieles Gute mehr allmählich aber sicher absterben zu lassen - und am Ende steht vielleicht nicht die klassenlose, wohl aber die seelenlos mechanisierte Gesellschaft.

Besonders unverständlich erscheint dieser Prozeß, weil in dem gleichen Maße, in dem sich der Wohlstand ausbreitet und die wirtschaftliche Sicherheit wächst, dazu unsere wirtschaftlichen Grundlagen sich festigen, das Verlangen, das so Erreichte gegen alle Fährnisse der Zukunft absichern zu wollen, alle anderen Bedenken überschattet. Hier liegt ein wahrlich tragischer Irrtum vor, denn man will offenbar nicht erkennen, daß wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System kollektiver Sicherheit unvereinbar sind.

Dieser Ruf nach Sicherheit aber, der naturgemäß die Intervention des Staates verstärken muß, läßt zugleich das Widerspruchsvolle dieser unwahrhaftigen Politik in Erscheinung treten. Wenn man den Wortschwall derartiger Forderungen einmal auf eine einfache Formel reduziert, dann wird nicht mehr und weniger verlangt, als eine Senkung der Steuern bei gleichzeitig höheren Anforderungen an den Fiskus. Haben sich die Verfechter solcher Thesen denn wirklich einmal überlegt, woher der Staat die Kraft und Mittel nehmen könnte, solchen im einzelnen vielleicht sogar berechtigten Forderungen zu entsprechen? (Seite 256 f.f.)

Erhards Gedankenführung und Ziele sind in dem Buch viel klarer als sie zu seinen Lebzeiten in der Politik zum Ausdruck kamen. Das liegt aber auch daran, dass sowohl im Parlament wie in der Regierung nicht genügend Mitwirker vorhanden waren,³⁴ die von der Marktwirtschaft überzeugt waren und die Bedingungen dieser Wirtschaftsform kannten und kennen. Soweit ich mich zurückerinnern kann und die Politik und hier besonders die Wirtschaftspolitik überhaupt meine Aufmerksamkeit erfuhr, war die Marktwirtschaft nur eine Ideologie und nicht ein Ziel. Nicht einmal zwischen dem Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard war eine Übereinstimmung in Sachfragen und der Zielrichtung feststell-

34 Das hat sich bis heute nicht verbessert.

bar. Konrad Adenauer war eine beeindruckende Persönlichkeit, aber als ein freiheitlicher Demokrat und Marktwirtschaftler habe ich ihn nicht in Erinnerung. Wenn ich meiner Erinnerung trauen darf, war er eher ein Fürst einer Gesellschaft der Privilegierten oder einer, der einer Kirchenherrschaft vorstand. Jedenfalls nicht einer Gesellschaft der Freien, wie sie Franz Oppenheimer gedanklich anstrebte bevor er vor den Nazis fliehen musste.

68

In der Beilage „*Wochenende*“ der HAZ vom 3. Januar 2026 befindet sich ein ganzseitiges Interview mit Norbert Frei, emeritierter Professor für Zeitgeschichte über seine Biografie von Konrad Adenauer. Ein Bild von Adenauers Verteidigung als Bundeskanzler wird wie folgt benannt: > Der „große Häuptling“. Konrad Adenauer bei seiner Vereidigung mit Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier. Die drittletzte Frage des oder der Interviewer ³⁵ lautet:

Wie demokratisch war die Adenauer-Zeit wirklich? Und wie demokratisch konnte sie überhaupt sein?

Das ist aus meiner Sicht genau richtig gefragt: Es ging ja um die Transformation der „Volksgenossen“ der NS-Zeit in die Bürger der beiden deutschen Staaten, der Bundesrepublik und der DDR. Insofern war die Ausgangsbasis in Ost und West erst einmal dieselbe, nämlich ausgehend von der hochgradigen Integration der Deutschen im „Dritten Reich“ fast bis zuletzt. In dieser Situation, so Adenauers Überlegung, brauchte es für den Neuaufbau einer Demokratie entschlossene Führung, um die buchstäblich „Führer-los gewordenen Deutschen zu packen. Adenauer expliziert das nie theoretisch oder grundsätzlich, aber dass er so gedacht haben muss, zeigt sein ganzes politisches Agieren, das ja geprägt war von einem tiefen und anhaltenden Misstrauen gegenüber dem politischen Verstand der Deutschen.

Der letzte Satz von Norbert Frei lautet: „*Kohl war der bislang letzte, der sich zu Recht als „Adenauers Enkel“ verstehen konnte.*“ Das ist eine frohe oder betrübliche Aussage, je nachdem wie der Leser die Geschichte und die Gegenwart der BRD betrachtet und bewertet.

69

Ich schließe das Thema „>Hinweise auf zwei führende Köpfe auf die Gründungszeit der BRD< ab mit einer Einladung der Ev. Akademie Loccum aus der Vergangenheit zu der Tagung „*25 Jahre Soziale Marktwirtschaft / Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes*“, vom 6. bis 9. Oktober 1972 < an der ich teilgenommen habe und der ich

³⁵ Nicht benannt!

Ludwig Erhard selber erlebt habe und im Plenum die Frage an ihn stellen konnte, wie weit er in den Regierungen, an denen er beteiligt war, behindert wurde. Ich habe keine Unterlage, aus der ich seine Antwort zitieren könnte, aber in meinem Gedächtnis klingt das immer so: „Und ob, und ob!“

Dieses Vorhaben die fünf oder sechs Seiten aus der Einladung mit den vielen Referenten und einen Bericht aus DIE WELT vom 9. Oktober 1972 mit dem Titel >Erhard: Nicht dort beginnen, wo ‚Das Kapital‘ aufgehört hat< kann ich an dieser Stelle nicht als PDF-Dateien in das Schreibprogramm einfügen und wenn ich die Seiten als Bilddateien einfüge, verrutschen mir diese bei der Vielzahl der Einfügungen im Text. Ich füge sie am Schluss dieses Textes ein. Dann kann ich zwei Päckchen PDF-DATEIEN zusammenfügen.

Mir ist wichtig auf diese Tagung im Jahr 1972 hinzuweisen, weil es in dieser Zeit nach meiner Einschätzung mit der ursprünglich angesteuerten Sozialen Marktwirtschaft schon zu Ende ging. Der Grund war, dass die Mängel in der bis dahin praktizierten Form der SM in der Mitte der sechziger Jahre schon so groß war und besonders der studierenden Jugend sichtbar wurde, dass sich dagegen Proteste formierten. Die Hochschullehrer waren in der großen Mehrzahl – wie schon in der Zeit der Weimarer Republik – so borniert, dass sie den Suchenden keine freizeitlichen Problemlösungen anbieten konnten, sodass diese – weil die Freiwirtschaftsschule schon Beginn an aus den Hörsälen ausgeschlossen war – die Zuflucht im Marxismus suchten. Es bildeten sich Terrorgruppen und die Achtundsechziger. Bei dem gesellschaftlichen Problemdruck, der heute besteht und angereichert wird durch die kriegerische Komponente, ohne praktikierbare Lösungen in den Köpfen und Schubladen der Politiker, wird es wieder zu aggressiven Zusammenrottungen mit einer größeren Bereitschaft zum Gewalteinsatz wie bei den Achtundsechzigern kommen. Jahre später wird man vielleicht von den Achtundzwanzigern sprechen. Ich vermute aber, Um eine solche Entwicklung mit abwenden zu helfen, bemühe ich mich hier ohne Gewissheit, dass es etwas hilft. Dann wird man die größere Ansammlung von Scherben beklagen und bedauern, das man wieder keinen Mut zu friedensstiftende Reformen gehabt hat.

Außer der Einladung am Schluss dieses Textes füge ich hier ein Link ein zu dem Thema der Tagung. Dieses Mal hat Akademie kein Protokoll herausgegeben, sondern Bodo B. Gemper in Verbindung mit der Ev. Akademie Loccum hat ein Buch davon gemacht. **Marktwirtschaft und soziale Verantwortung Sammelband zur Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“** in der Evangelischen Akademie Loccum vom 6. - 9. Okt. 1972.

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.8%20OB%20Lt.%20Doku%2008.pdf>

Ich komme nochmals auf den Keynesianismus zurück, auf den die SPD – und nicht nur sie – baut (Aufweichung der Schuldenbremse) und nicht sehen kann, dass sie nicht nur ihre Wähler Schaden zufügt. Ich zitiere das im Dezember 1975 verstorbene SPD-Mitglied Karl Walker ³⁶, der in der SPD kein offenes Ohr fand, aus seinem Vortrag vom Juli 1962 in St. Vith in Belgien. In eine erweiterte und gedruckte Fassung von 1973. Der Titel lautet:

Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie

Das Heft ist im DIN A5-Format als kleine zweispaltige Schrift im Umfang von 19 Seiten gedruckt worden. Keynes und Gesell sind sich in der Analyse der Ursachen der Fehler im Geldsystem ein. Der Widerspruch in Ihren Ergebnissen tritt erst auf in der Beschreibung der Aussagen über die Lösungen der Probleme auf. Ich bringe hier nur ein in der Länge vertretbares Zitat und verweise auf den Gesamttext, mit dem danach folgenden Link ³⁷:

https://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.15%20Wallker%20Gesell%20Keynes.pdf

In Gesells Theorie ausgedrückt: der Zins wird nur dafür bezahlt, daß der Sparer so freundlich ist, davon Abstand zu nehmen, seine Forderungen an den Markt auf un-absehbare Zeit in der Form des Bargeldes, in der Form des jederzeit realisierbaren monetären Anspruchs an die Leistungen anderer, vorrätig zu halten. - Und die anderen zahlen den Zins - notgedrungen - weil sie das Geld für die weitere Abwicklung des Leistungsaustauschs brauchen.

Danach untersucht Keynes - ähnlich wie Gesell - die sogenannte „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ und kommt dabei zu der uns bereits bekannten Feststellung, daß die Investitionen in der Tat keinen ewigen Zins garantieren können, weil das Aufbringen des Realkapitalzinses von den Marktverhältnissen bestimmt wird. Bei lange genug anhaltender Fortsetzung der Kapitalbildung rechnet er mit dem „sanften Tod des Kapitalrentners“.

So sehen wir also, die Keynes'sche Theorie läuft auf dieselbe Diagnose des Konjunkturverlaufs hinaus, die wir schon von Gesell her kennen: die Vermehrung des Realkapitals drückt auf den Zins, bis ein Tiefstand des Zinsniveaus erreicht ist, bei welchem der „Hang zur Liquidität“ wieder die Geldhortung auslöst. Geldhortung ist in dieser Situation die verlockendste Entscheidung des Geldbesitzers, denn die Geldhortung verursacht keine „Durchhaltekosten“, wie Keynes sagt. Das ist in seiner Terminologie dasselbe, was Gesell mit der „Überlegenheit des Geldes über die WareTM meint. Aber dieser Geld-Rückzug macht die Krise.

³⁶ Siehe Nähers im Anhang 182.26.

³⁷ Walker ist im Link fälschlich mit „l“ geschrieben. Das kann ich hier nicht ändern. Ist hier Teil des Links.

Haben wir nun also bei Keynes wie bei Gesell die gleiche Diagnose des Konjunkturverlaufs, so müßte man jetzt annehmen dürfen, daß auch eine Obereinstimmung in bezug auf die Therapie folgen wird. Das ist aber nicht der Fall.

Während Gesell, nur vom Gedanken der sachlichen Notwendigkeit beseelt, die Konsequenz zieht, die Geldhortung mit direkten Kosten zu belasten (Durchhalte-Kosten), hat Keynes zwar ein paar wohlwollende Bemerkungen für diesen Gedanken, hält es aber für einen besseren Ausweg, den durch die Geldhortung verschuldeten Nachfrage-Ausfall mittels Kreditschöpfung, mittels staatlicher Investitionen oder Investitionsfinanzierung (defizit spending) zu kompensieren.

Wohl drückt sich Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie . . .“ in Bezug auf Empfehlungen wirtschaftspolitischer Art noch mit einiger Zurückhaltung aus; der Begriff, „defizit spending“, der in der Folgezeit für die Keynes'sche Schule geradezu programmatisch geworden ist, findet sich hier überhaupt noch nicht. Aber immerhin schreibt Keynes, nachdem er seine Zweifel darüber geäußert hat, daß der Einfluß der Bankpolitik auf den Zinsfuß an sich genügen wird, eine Optimumrate von Investitionen zu bestimmen: „Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird.“ (s. Allgem. Theorie, S. 319)

Staatliche Investitionen sind nun aber nur möglich aus einer Sparrate, die dem Volk zuvor abgenommen wurde (Zwangssparen oder Steuern), oder aus Mitteln, die aus der Kreditschöpfung hervorgegangen sind. Bei Keynes also aus der Kreditschöpfung.

Keynes fragt nicht danach: was geschieht denn nun mit den Hortungsbeträgen, wenn der neugeschöpfte Ersatz dafür in der Zirkulation ist? - daß jetzt gegebenenfalls der monetäre Anspruch auf Güter doppelt geltend gemacht wird, das ist in seinem Werk nicht einmal als Problem zu finden, geschweige denn, daß Keynes sich um die Lösung dieser vertrackten Sachlage bemüht hätte. Und die Wirtschaftswissenschaft der ganzen Welt hat ihm das kritiklos nachgesehen! -

Ist es aber nicht das eigentliche Wesen der geldwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung schlechthin, daß in diesem System der legitime Anspruch auf Güter der Volkswirtschaft stets beim Gelde liegen muß? Und wenn das so ist, gilt es dann nicht auch, wenn einer seinen Anspruch nicht gleich geltend macht? Gesell wurde abgelehnt, weil er etwas gegen die Geld-Hortung hatte; aber ihm war eben die Geld-Ordnung wichtiger.

Hier hätte man sich doch wohl ganz deutlich klar machen müssen: Gesell respektiert die Grundrechte des Eigentums. Er räumt nicht mit einem monetären Trick

einem Dritten Ansprüche auf Güter ein, die dem Zweiten gehören - der ja das Geld bereits in der Hand hat, aber eben nicht gleich disponiert -. Gesell weiß, daß das Recht auf die Güter nur einmal geltend gemacht werden kann, und - wenn die Geldordnung überhaupt einen Sinn haben soll - nur von demjenigen, der es mit seiner geldlichen Nachfrage tut. Deshalb nötigt Gesell den Verfügungsberechtigten zu einer Disposition, also zu einer marktwirtschaftlich- systemgemäßen Entscheidung - mit der schließlich der Weitergang der Wirtschaft ermöglicht wird.

Ist also im System unserer Geldordnung prinzipiell kein anderer als derjenige, der über Geld verfügt, legitimiert, Güter vom Markt zu entnehmen, so steht hinter dieser Regelung doch die selbstverständliche Voraussetzung, daß der Mann durch einen eigenen Beitrag zum Sozialprodukt zu dem Geld gekommen sein muß. Nur dadurch ist sein Anspruch ein rechtmäßiger.

Nun kommt aber Keynes und stellt fest, daß die vorübergehend noch nicht geltend gemachten monetären Ansprüche an das Gütervolumen einen Nachfrage-Ausfall bewirken - und in diese Lücke schiebt er nun neugeschöpfte monetäre Ansprüche hinein, als ob die anderen überhaupt nicht mehr da wären.

In Wirklichkeit sind sie aber noch da, und sie kommen aus ihrer Reserve auch wieder heraus, und da treffen sie nun auf die illegitim in den Kreislauf gelangten Ansprüche anderer. Da ist also jetzt mehr Nachfrage da - und dieses Mehr kommt nicht im Sinne der klassischen Theorien aus einem Mehr an „Einkommen aus Produktionsleistung“, sondern es kommt einfach aus der ohne Gütervermehrung erfolgten Geldschöpfung.

Gesell hat in dieser Frage sorgfältigere Überlegungen angestellt. Im übrigen hat er sich sogar in seinem Hauptwerk in dem Kapitel „Die Neuordnung der Notenausgabe“ mit diesem Keynes'schen Einfall - lange, bevor Keynes ihn gehabt hat - schon auseinandergesetzt. Sie finden dort unmißverständlich erklärt, daß und warum die Geldvermehrung auch dann eine Gefahr ist, wenn sie zunächst durch eine gleichgroße Geldhortung kompensiert wird. (s. Gesell: NWO, 9. Ausgabe, S.200 ff).

71

Karl Walker hat als Buchbindergeselle im Herbst 1931 sein Buch „**Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung**“ vorgelegt, in dem er das Wissen der Freiwirtschaftschule gut zusammenfasst, dass den demokratischen Parteien spätestens mit Schluss des Ersten Weltkrieges zu Verfügung stand, aber nicht von ihnen genutzt wegen ihrer ideologischen Bindung nicht genutzt werden konnte. Walkers Buch hat im Dezember 1931 noch eine zweite Auflage und im Januar 1932 eine dritte Auflage erfahren. Es hatte auf das damals kommende Unheil keinen Einfluss mehr. Ich füge aus dem Kapitel ***Bemühungen um den Frieden*** zwei Abschnitte ein.

Ergebnislose Verhandlungen – fruchtlose Rede

Pressebericht: Es ist erreicht, daß auf der nächsten Tagung der v o r b e r e i t e n d e n Abrüstungskommission die bisher negativ entschiedenen, grundlegend wichtigen Punkte noch einmal behandelt werden.

In solchen und ähnlichen Berichten wird dem Zeitungsleser seit Jahr und Tag das Ergebnis von Verhandlungen unterbreitet, zu denen sich Politiker aller Staaten immer wieder zusammensetzen - um nachher unverrichteter Sache wieder auseinanderzugehen. Dabei handelt es sich bei den Abrüstungsverhandlungen nicht um solche Dinge, bei denen der Erfolg der einen Seite notwendigerweise ein Mißerfolg der andern sein muß, so daß also die Bestrebungen naturgemäß auseinandergehen müßten. Wenn wir den allseitigen Beteuerungen glauben wollen, - und es liegt vorerst kein zwingender Grund vor, das nicht zu tun - dann wünscht die überragende Mehrheit der im Völkerbund zusammengeschlossenen Nationen die allgemeine Abrüstung.

Wie kommt es nun, daß man so offensichtlich etwas will und doch den Mut nicht hat, es auch zu tun, daß man von Abrüstung nur redet und nebenbei heimlich und offen - für alle Fälle - rüstet?

Es wurde iit den letzten Jahren öfters erklärt, daß das beängstigende Wettrüsten der Staaten unter dem Einfluß einer gewissen Nervosität erfolge; mit ernstlichen Kriegsabsichten will sich niemand tragen, wohl aber glaubt jeder, zwingende Gründe zu haben, der Friedlichkeit des Nachbarn nicht ganz zu vertrauen. Nun rüstet man auf allen Seiten aus Furcht vor den Nachbarn und jeder beweist durch den Hinweis auf die Rüstungsmaßnahmen des andern, daß seine eigene Furcht nur zu begründet sei. Daß unter der Atmosphäre dieser nervösen Angststimmung in kritischen Augenblicken übereilte Entscheidungen fallen können, liegt auf der Hand.

Immerhin tragen Völkerbund und Kelloggpackt ein beruhigendes Moment in die allgemeine Stimmung. Doch müssen wir uns davor hüten, allzuviel von dieser Art Beruhigung zu erwarten. Es handelt sich ja doch nur um Stimmungen, die wieder verfliegen oder in ihr Gegenteil umschlagen können. Hinter all den schönen Reden, die mit Begeisterung aufgenommen werden, nicht zuletzt wohl, weil man glaubt, daß sie aus ehrlichen Herzen kommen, steckt immer noch das heimliche Mißtrauen, das auch dann noch nicht weichen will, wenn es schon krampfhaft nach einer Stütze suchen muß. So tief wurzelt dieses Mißtrauen, daß es selbst dem unter allen Mächten am vollständigsten abgerüsteten Deutschland gegenüber sich noch halten kann. Hat nicht Briand in Genf seinerzeit unserem Reichskanzler Müller vorgerechnet, welche Gefahr, auch bei vollständiger Abrüstung, unsere Technik, unsere chemische Industrie darstellt, die in jedem beliebigen Augenblick auf die Erzeugung von Kriegsmaterial umgestellt werden kann? - Es kommt letzten Endes nur auf den Willen einer Nation an. Dieser kann sich ändern. Sowie im Reich eine weniger friedlich gesinnte

Regierung ans Ruder kommt als die bisherige, kann nach Briands Meinung die Gefahr akut werden. Frankreich bangt um seine Sicherheit, auch wenn sein Nachbarstaat nicht gerüstet ist. Wie soll man das erklären? Wie denkt man sich denn die Vermeidung „des nächsten“ Krieges überhaupt, wenn nicht einmal in der vollständigen Abrüstung eine Gewähr dafür liegt, daß er vermieden wird?

Glaubt denn jedes Land dem Frieden am besten zu dienen, wenn es so stark gerüstet ist, daß ein Krieg dem Gegner als zu riskant erscheinen muß? „Wer den Frieden liebt, rüstet zum Krieg“, denkt man wohl. Gleichzeitig kann man sich aber auch der Einsicht nicht verschließen, daß dieses wahnsinnige Wett-rüsten zu einer Katastrophe führen muß, die schrecklicher als die vergangene des Weltkrieges sein wird. Niemand will diese Katastrophe; aber sie arbeiten doch alle daran, sie herbeizuführen.

Man wäre versucht, an Schicksalsmächte zu glauben, die uns gegen unseren Willen ins Verhängnis treiben, wenn es nicht natürliche Erklärungen gäbe, mit denen wir uns nun etwas eingehender zu befassen haben.

Kriegsursachen?

In seiner letzten großen Rede vor dem Völkerbund sprach Stresemann ein Wort, das auszusprechen bisher noch keinem Staatsmann eingefallen war: „Der Krieg läßt sich nicht dadurch verhüten, daß man ihn nicht vorbereitet, sondern nur dadurch, daß man seine Ursachen beseitigt.“

Der Gesamthalt der Rede Stresemanns zeigt, daß dieses Wort nicht als oratorischer Blinder zu werten ist, als Phrase, die auch fehlen könnte, sondern als ein Wort, das im Zusammenhang mit dem Übrigen einen ernsten Sinn hat. Stresemann hatte keine vagen Vorstellungen von Kriegsursachen, wie sie in Dutzenden von Politikerköpfen stecken mögen; Stresemann wußte, was Kriegsursachen sind. Und er sagte es auch in vorsichtig abgewogenen Worten, doch deutlich genug, um verstanden zu werden.

Wir brauchen nun unter uns weniger vorsichtig und abgewogen zu reden, denn letzten Endes werden wir ja doch irgendwo anstoßen müssen. Außerdem gewinnt die ganze Darstellung sehr viel an Deutlichkeit, wenn wir alle Rücksichten auf überlebte Anschauungen fallen lassen.

Daß der Krieg wie alle anderen Erscheinungen aus einer bestimmten Ursache oder einem Ursachenkomplex entstehen muß, braucht nicht besonders erklärt zu werden. Ohne Ursache kann es keine Wirkung geben, folglich ohne Kriegsursache auch keinen Krieg.

Da nun der Völkerbund seit Jahren mit zweifellos aufrichtigem Bemühen an der Sicherung des Friedens arbeitet, müßte eigentlich in seinem Kreise schon längst die Frage nach den eigentlichen Kriegsursachen aufgetaucht sein. Daß dies bis zur letzten Stresemann-Rede nicht geschehen ist, gibt einigen Grund zu der Vermutung, daß man sich offenbar in Genf an so heikle Fragen nicht heranwagt. Auch die vorsichtige Formulierung Stresemanns, der, wiederum nur anknüpfend an Briands Paneuropa-Pläne, den Vorstoß unternehmen konnte,

spricht für die Richtigkeit dieser Vermutung.

Warum nun aber diese Scheu, Erörterungen über die Beseitigung der Kriegsursachen, die von vielen in diesem Kreis zweifellos schon richtig erkannt wurden, anzuschneiden? Es ist ja beinahe wie ein stillschweigendes Übereinkommen: nicht daran rühren! An sich müssen Erörterungen über diese Dinge durchaus nicht eintrachtstörend wirken. Die Gefahr ist aber offenbar die, daß sich die Politiker, die in diesen Fragen auf eine gründliche Klärung dringen, in ein Gebiet verlieren, das ihnen fremd ist, in das Gebiet der Wirtschaft. So wie sie auf dem richtigen Wege einmal weit genug vorgedrungen sind, und die Ursachen zu den stets neu auftauchenden Konflikten auf eben diesem wirtschaftlichen Gebiet entdeckt haben, stehen sie vor der großen Aufgabe, deren Lösung ihnen als Politikern unmöglich erscheint. Darum reden sie nicht davon. Diejenigen aber, die aus den gewonnenen Erkenntnissen gewisse Konsequenzen ziehen, wie etwa Briand, der auf der Suche nach einem neuen Weg zum Paneuropa-Gedanken kam (der Kern der Sache wäre der Wegfall aller Zollgrenzen innerhalb Europas) werden noch vielfach zu den Utopisten gezählt.

Nun sollte man meinen, daß das Bestreben, einmal erkannte Ursachen, die sich immer wieder verhängnisvoll auswirken werden, zu beseitigen, als Realpolitik gewertet werden müßte. Aber diese Ursachen werden, selbst wenn sie in vollständiger Klarheit erkannt sind, vielfach als naturgegeben und daher als unabänderlich angesehen.

Das ist wohl der Grund, warum Erörterungen über das Thema „Kriegsursachen“ in stillschweigendem Übereinkommen vermieden werden.

Nun sind aber, vom Standpunkt einer klaren Wirtschaftsauffassung aus gesehen, diese Dinge, die immer wieder zu Klippen des Völkerfriedens werden müssen, durchaus nicht naturgegeben und demnach sehr wohl zu beseitigen. Aber die Möglichkeit ihrer Beseitigung und ihre technische Durchführung vermögen jedenfalls nur diejenigen zu erkennen, die mit dem Wesen der Wirtschaft vollständig vertraut sind. Diese Vertrautheit vermissen wir leider bei den politisch Maßgebenden unserer Zeit. (Seite 11 f.f.)

72

Aus dem Nachtrag der 3. Auflage vom Januar 1932

... Doch alle diese Überlegungen sind nun gegenstandslos geworden, denn inzwischen hat der Volkswille zu Entscheidungen geführt, durch die der Rahmen der Demokratie gesprengt wurde. Damit sind alle an die Existenz der demokratischen Staatsform gebundenen Möglichkeiten in Wegfall gekommen. Das Volk hat dabei aber nicht (im Sinne der demokratischen Idee) über *sachliche Maßnahmen entschieden*, die zur Lösung der Probleme hätten führen können, sondern es hat, was etwas wesentlich anderes ist, lediglich die politische Macht *der Bewegung übergeben*, der es den Willen und die Fähigkeiten zutraut, die notwendigen Maß-

nahmen zu treffen, dem Nationalsozialismus.

Die Staatsumwälzung ist also im Grunde genommen noch nicht die eigentliche Entscheidung, denn auch die neue Staatsform ist lediglich Mittel zum Zweck, so, wie die alte Mittel zum Zweck war: nämlich: die Ordnung zu gestalten, die allen ehrlich Schaffenden Arbeit und Brot sichert und sie nach Maßgabe ihrer Leistung teilhaben läßt an den Gütern der Zivilisation und der Kultur. Gelingt es dem neuen Staat, diese Aufgabe zu lösen, dann hat er damit eine Großtat vollbracht, die alles übertrifft, was aus der zweitausendjährigen Geschichte unseres Volkes zum Vergleich herangezogen werden könnte. - Alles andere, was zum Wohle der Nation außerdem noch getan werden kann, steht und fällt mit dem Erfolg der Wirtschaftspolitik; denn auf diesem Gebiet liegen alle die Probleme, die unsere Zeit zermartert haben und sie unausgesetzt beschäftigen, die Probleme, die zu einer Lösung drängen, die in einem Wort zusammengefaßt die soziale Frage darstellen. Arbeitslosigkeit, Absatzstockung, Krisen-

234

elend, Geldherrschaft, Ausbeutung, Zinswucher, Überfluß und Armut, alles das gehört dazu und eines hängt mit dem andern zusammen, weil alles aus den Grundfehlern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung heraus so geworden ist und so werden mußte. Diese Grundfehler zu erkennen und zu beseitigen, darauf kommt es an, und deshalb braucht der Politiker *Hitler*, der es verstanden hat, nach 14jährigem Ringen die Zügel des Staates in seine Gewalt zu bekommen und in wenigen Monaten seiner Regierung eine Situation zu schaffen, durch die eine Machtfülle in seiner Hand vereinigt wurde, über die nicht einmal eine Regierung des Kaiserreiches verfügt hat, trotz dieser einzigartigen Leistung den „stillen Theoretiker“ *Silvio Gesell*.

Mancher meiner Leser mag jetzt vielleicht, beeindruckt von den großartigen Willenskundgebungen, mit denen sich der Nationalsozialismus in Szene gesetzt hat, lächeln über die „Anmaßung“, die im Vorstehenden zum Ausdruck gekommen zu sein scheint. Doch wer Gesell verstanden hat, der lächelt nicht, denn er weiß, es wird eine Zeit kommen, wo man den Nationalsozialismus nicht nach den Glanztagen von Potsdam beurteilen wird, sondern danach, ob er die ihm von Gesell gebotenen Waffen zum letzten Befreiungskampf, zum entscheidenden Sieg, ergriffen - oder verworfen hat. Noch ist nichts entschieden, noch hat der Kanzler freie Hand, zu tun, was er für notwendig hält. Warum sollte er sich nicht für Gesells Vorschläge entscheiden? -

(Seite 234 f.)

Aber so, wie Karl Walker kennengelernt und geschriebenes von ihm gelesen habe, würde er jeden Gedanken und irgend eine Hoffnung auf Hitler zu setzen, verworfen haben, wenn er eine Ahnung gehabt hätte, welche Schrecken und welches Morden sich unter ihm entwickeln würde. Es ist sinnvoll in seinen biografischen Notizen in der Anlage 182. 26 zu lesen unter welchen Voraussetzungen und vermutlich welchen Hoffnungen er sein Buch geschrieben hat.

Er hat dann auch schon im Zweiten Weltkrieg zusammen mit anderen Freiwirten für die Zeit nach dem Ende des Krieges gearbeitet.

73

Auf der Seite 236 vermerkt Walker:

Die Vertreter der Freiwirtschaftsbewegung hatten sich zu früheren Zeiten immer und immer wieder an die maßgebenden Politiker gewandt und in der stillschweigenden Voraussetzung, daß es das Ziel der vom Volk gewählten Machthaber sei, bessere soziale Zustände zu schaffen, die Mittel und Wege dazu dargelegt. Doch so oft sie es auch taten, wurden sie abgewiesen, teils weil andere politische Ziele verfolgt wurden, als die gedachten, teils weil man, wie in der Sozialdemokratischen Partei, einfach nicht gewillt war, etwas anderes als die marxistische Lehrmeinung auch nur in den Bereich der Überlegungen zu ziehen. Somit wurde Gesells Werk verworfen von den einen, weil sie die soziale Befreiung nicht wollten und von den anderen, weil sie alles, was der Doktrin ihrer Partei, dem Marxismus, widersprach, grundsätzlich bekämpften.

74

Grundsätzlich ist es ja möglich, dass sich Gedanken und Ideen so in den Köpfen der Menschen festsetzen, dass sie sich trotz offensichtlicher Mängel nur schwer oder gar nicht durch andere Angebote in gesprochener oder geschriebener Form verdrängen oder austauschen lassen. Für den einzelnen Menschen ist das kein Problem, solange ihm die fixierte Idee die Orientierung im Alltag, im Beruf, in der Familie oder im Freundeskreis nicht nimmt.

Schlimm kann es werden, wenn eine untaugliche oder menschenfeindliche Idee sich in den Köpfen maßgebenden Führungskräften oder in ganzen Ideen-Kollektiven von Menschen festsetzen. Da muss man nicht gleich von der Herrschaft des Bösen, vom Verlogenen oder der Dummheit sprechen, weil die gedankliche Festsetzung auch im Bewusstsein passieren, dass man das Gute wolle.

Da wir Menschen nur noch ganz eingeschränkt von Instinkten gesteuert werden, sondern uns schon bei dem nächsten Schritt eine Vorstellung von dem Boden machen müssen, auf den wir unseren Fuß aufsetzen wollen. Mit der Zeit haben wir so viele verschiedene Böden in unser Gedächtnis abgespeichert, das wir für unsere Fortbewegung nur noch ganz wenig von unse-

rer Wahrnehmungskraft (Beobachtungsfähigkeit des Bodens) einsetzen müssen und nebenbei über abstrakte Wege, die wir in der Zukunft machen oder über konkrete Wege an anderen Orten machen können. Wenn wir aber die Wege an anderen Orten oder die Wege, die ihre Abstraktheit durch Konkretisierung verloren haben, gehen wollen, dann erfordert es aber eine gesonderte Anstrengung zu prüfen, ob unsere Vorstellungen von den Wegen, die wir neu betreten wollen, mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Weil es gerade schneit: In Kindertagen haben wir den Schlitten erst wirklich benutzt, wenn die Kufen nicht mehr auf die Straßen oder Wegen durchdrückten. Auch wussten aus Erfahrung, dass das Eis auf die überfluteten Wiesen eher hielt, wie auf dem Flusslauf mit fließendem Wasser. Wenn wir uns nicht sicher waren mit unserer Einschätzung, die auf Erfahrungen in vorhergehenden Jahren beruhte, haben wir uns lang auf das Eis gelegt, weil sich dann das Gewicht auf einer größeren Tragfläche verteilte oder haben Steine genommen und auf das Eis geworfen. Dieses Überprüfen unsere Erfahrungen und der Ergebnisse unseres Lernen und Denkens kann wohl auf alle Wahrnehmungen anwenden. Aber eine als Orientierungshilfe abgespeicherte Wahrnehmung kann wohl erst dann gelöscht werden, wenn eine neue sich mit einer besseren Tragfähigkeit erwiesen hat. Aber bis sich diese Gewissheit über die Tragfähigkeit einstellt, benötigt der Mensch wohl viele Anstöße von außen oder durch die Ergebnisse des eigenen Denkens. Die Gefahr – im Sinne der mangelnden Anpassung der eigenen Vorstellungen an neue Gegebenheiten – besteht für Menschen die sich vorwiegend in politischen oder religiösen Kollektiven bewegen. Denn es ist wohl so, dass Menschen mit gleicher Denkungsart sich immer gegenseitig bestätigen, dass sie „richtig“ denken. Der Widerspruch von Außenseitern ist eine notwendig.

75

Ich habe überlegt, ob diese gegenseitige Bestätigung des Denkens und Urteilens, sich familiär „vererben“ kann. Mir ist ansonsten die Staatsfixiertheit der Sozialdemokraten nicht verständlich. Die SPD ist ja in Zeiten entstanden, als Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, der Industrie und vermutlich weniger im Handwerk in unzumutbare Abhängigkeit vom Arbeitnehmer gelebt haben. Die Knechte auf den Höfen und Gütern sahen es vermutlich als Fortschritt an, wenn einer ihrigen der Verwalter wurde. Sie erhofften sie sich dadurch vermutlich eine eigene ökonomische Besserstellung.

Sie übersahen dabei aber, dass der Verwalter in der Hauptsache die Interessen des Gutsherren zu waren hatte. Bei den Industriearbeitern kam wohl eher der Staat als Erlöser ins Spiel, weil

sie keinem aus ihrer Reihe zu trauen, die Fabrik zu organisieren und zu leiten. Die sozialen Zwangskollektive, gegen die – wenn ich mich richtig erinnere, erst eine ablehnende Haltung der Arbeiter bestand – wurde zunehmend und irrigerweise als eine Rückweisung oder gar als Überwindung des Kapitalismus missdeutet. Der Sozialdemokratismus (Ich schreibe bewusst nicht Sozialdemokratie, weil ich erstens die Mitglieder der SPD nicht kränken will und zweitens, weil das sozialdemokratische Denken sich mehr oder weniger auf alle Parteien ausdehnt hat.) formte den wirtschaftlich teil-entmündigten Bürger und verhinderte den direkt und selbst entscheidenden Bürger, ohne den sich die Modelle Demokratie und Marktwirtschaft nicht entfalten können. Die Arbeitnehmer wurden und blieben die wirtschaftlich entmündigten Knechte und konnten nicht zu Unternehmer werden, die ihre speziellen Fähigkeiten zu fairen Preisen anbieten können. Die Gewerkschaften konnten nicht zu Unternehmensberater besonderer Art der Arbeiter-Unternehmer werden, weil ihnen ihre Vorstellungen von den Ursachen des Kapitalismus daran hinderten. Ihnen würde es gut gehen, wenn es den Arbeiter-Unternehmer auch gut geht und sie hätten keinen Zulauf, wenn es den Arbeiter ohne wirtschaftliche Autonomie schlecht geht. Sie müssen daher mit den problematischen Mitteln des Tarifvertrages und des Streiks hantieren, die das Problem *Kapitalismus* nicht lösen können. Diese Mittel können nichts an dem Diktat *Rendite* ändern. Und der Erfolg eines jeden Streiks ist nur zulasten anderer Arbeitnehmer und nicht betroffener Bürger zu haben.³⁸

76

Ich will diese Überlegungen nicht weiter ausführen, sondern nur andeuten, dass es ganz andere Arbeitsverhältnisse und auch wirtschaftliche Denkschulen geben kann, wie wir sie heute kennen. Ich habe hier z. B. 5 Bände von Denkergebnisse von Johannes Kleinhappl, herausgegeben von Ernst van Loen liegen. Ernst van Loen der den Nachlass von Kleinhappl geordnet, zusammengestellt und herausgegeben hat, benennt einen Band mit folgenden Titel „**Unus contra omnes** / Der Schwere Weg gegen den Strom / Dokumentation – Reflexion – Kommentar“ und leitet sein Vorwort mit folgenden Worten von Kleinhappl ein:

„Wir sind verpflichtet, uns von unseren Schwierigkeiten ein klares Bild zu machen und nach wirksamer Abhilfe Ausschau zu halten. Auch von den sozialen Kämpfen, die so viel Unrecht und Leid in die Welt bringen, gilt das Wort der Schrift: Die Wahrheit, die volle, rückhaltlose und unverfälschte Wahrheit, wird uns frei machen.

Was ich schrieb, ehe es geschrieben wurde, ist erlebt, erlitten und erbetet worden. ...“

38 Der Streik als Recht, bei dem der Schaden unbeteiligter Dritter nicht Haftung der Streiken unterliegt, ist ein Denkfehler aufgrund einer fehlerhaften Wirtschaftsanalyse.

...P. Johannes Kleinhappl gehörte dem Jesuitenorden gerade 30 Jahre an, als er auf Befehl des Ordensgenerals gezwungen wurde, seine akademische Laufbahn als Universitätsprofessor für christliche Gesellschaftslehre niederzulegen. ... (Seite 8)

Im thematischen Kern dieser Kontroverse geht es um die Frage nach dem absoluten Subjektrang des Menschen als einzigem Träger jeder Ordnung und Gestaltung seiner Lebens- und Schaffenswelt und um die Grundlage jeder ethisch-orientierten Wirtschafts- und Gesellschafts-Wissenschaft, die von der bürgerlich-liberalen Vulgär-Ökonomie als eine außerhalb ihres Forschungsbereichs liegende „metaökonomische Frage“ ausgeschieden wird. Wenn diese Frage auch in der Kirche - von den Apologeten des Kapitalismus opportunistisch verfälscht oder als unerheblich oder „überholt naturrechtlich-scholastisch“ - abgetan wird, gibt es keinen Ort mehr auf diesem Planeten, auf dem der absolute Rangwert des Menschen in Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber dem auf allen Linien triumphierenden Kapitalismus - nach dem Ende der kommunistischen Gesellschaftssysteme - vertreten und verteidigt wird. ... (Seite 9)

Bei mir hat sich von Kleinhappl eingepreßt: ethisch gehört der Arbeitspflicht das Arbeitsmittel beigelegt. Und das Arbeitsmittel hat keinen Anspruch auf einen Ertrag, sondern nur auf einen Ausgleich für den Verschleiß. Daraus ergibt sich, dass der Arbeiter (im weitesten Sinn) Teilhaber seiner Wirkstätte sein muss.

Kleinhappl war der ausgebootete Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning. (siehe: „Den Kapitalismus umbiegen / Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft“ Herausgeber von Friedhelm Hengstbach SJ). Gerade bei den beiden Denkern Kleinhappl und Nell-Breuning, wird deutlich, dass es in den geistigen Kämpfen, die aus einem gegenwärtigen Mangel in eine zukünftige Fülle führen sollen, nicht darum geht, eine Partei in den Himmel und die andere Partei in die Hölle zu schicken. Aber in einem fairen Kampf sind beide Kämpfer mit gleichen Mitteln, – auch mit dem Zugang zu höherrangigen Entscheidungsträgern – auszustatten. Und hier war Nell-Breuning der bevorzugte Sieger mit „Zins muss sein!“.

Mir ist dabei eingefallen das Nell-Breuning auch bei Gesell seinen Niederschlag gefunden hat Ich zitiere aus dem 15. Band seiner gesammelten Werke die erste Seite 351.

Die Verteidigung des Kapitalzinses durch den Pater von Nell-Breuning S. J.

(Vorbemerkung des Verfassers: Für uns sind Weltanschauungen Privatangelegenheiten, die wir weder propagieren noch bekämpfen. Das sagt aber nicht, daß wir Weltanschauungen, die auf unser Gebiet übergreifen und soweit sie dies tun, unbehelligt lassen werden. Wir erweitern darum den obigen Satz und sagen: Wir verhalten uns neutral, sofern die Weltanschauungen nicht zum Schutze der Vorrechte und des Kapitals organisiert wurden oder mißbraucht werden. Wir kämpfen nicht nur gegen die Schafe in Wolfskleidern, Kommunisten, sondern erst recht gegen die Wölfe in Schafskleidern. Und wir glauben, es wird sich schon bald genug zeigen, wo die Hochburg des Kapitals versteckt ist. Der Ruf: Schutz den Weltanschauungen, der von allen Seiten auf uns eindringt, darf uns nicht in unserem Kampfe lähmen. Wir wollen unsere Feinde aller Waffen berauben, namentlich der geistigen. Es könnte ja einem Mohammedaner der Einfall kommen, einer kapitalistischen Gesellschaftslehre ein religiöses Mäntelchen zu geben und die betrügerischen Sophismen solcher Lehre in den Schutz der Weltanschauungen zu stellen, wodurch sie den Gefahren der Kritik entgehen würde.)

Solange für die erschöpften Silber- und Goldgruben der Römer kein Ersatz gefunden wurde, ging die Geldwirtschaft zurück, und über tausend Jahre lang war damals die Naturalwirtschaft allein möglich. Das heißt, wir mußten auf die Arbeitsteilung verzichten. Wer aber begriffen hat, was die Arbeitsteilung für den Fortschritt der Menschheit bedeutet, der wird still und nachdenklich und hütet sich von da ab, der katholischen Kirche Vorwürfe wegen ihrer Eingriffe in die Wirtschaft zu machen und die Gründe für das „Mittelalter“, für den 1000 jährigen Niedergang der menschlichen Kultur in der Schatzkammer der christlichen Lehre zu suchen. Die scheußlichen Hexenprozesse, der Flammentod Huß' und Giordano Brunos, die Autodafes usw., die entstammen gewiß nicht dem Lichte christlicher, uralter jüdischer Kultur. Sie sind die zwangsläufig sich einstellenden Begleiterscheinungen der Finsternis, die mit der Einstellung der Arbeitsteilung alle Geister, auch die allerbesten, umwebt. Und auch die Barbarei, die mit dem Einbruch der Germanen die Stelle der feinen griechischen Kultur einnahm, wird man nicht mehr dem „Vandalismus“, einem besonderen barbarischen Zug der germanischen Völker, in die Schuhe schieben. Die Völker, die durch die Geldwirtschaft und Arbeitsteilung der Barbarei entwachsen sind, verfallen ihr wieder, wenn die Geldwirtschaft versagt, und die, die die Segnungen der Arbeitsteilung nie genossen haben, bleiben Barbaren, bis daß sie mit Silber und Gold, d. h. mit Geld getauft werden. ... ³⁹

³⁹ Ich schreibe diesen ja portionsweise. Immer dann, wenn es mir einigermaßen gut geht. Als ich bei Kleinhappl angekommen war, fiel mir ein, dass Gesell zu Kleinhappls Gegenspieler sich auch geäußert hat. Ich habe bei Gesell nach einer Aussage gesucht und eingefügt und in den laufenden Text eingefügt. Ich weiß aber gar nicht recht, ob das Zitat zu nachfolgendem Text passt.

Ich will hier nur meine Schlüsse ziehen und setze dabei voraus, dass die Behauptung, der Nationalsozialismus sei aufgrund eines herrschen Antisemitismus und des völkischen Denkens⁴⁰ an die Macht gekommen sei, für einen propagierten Irrtum oder für eine politische Lüge ist, die ablenken soll von dem geschichtlichen Geschehen, wie es wirklich war und gleichzeitig ein Hebel sein soll, um das freie Denken einzuschränken.

Und so wie wir nach einem Autounfall bei verschneiten Straßen sagen können: Dieser Unfall hätte vermieden werden können, wenn der Autofahrer die Sommerreifen gegen Winterreifen ausgewechselt hätte. So können sich andere die Zeitgenossen, die sich mit dem ökonomischen Hintergrund der zwei Weltkriege und der Entstehung der Macht der NSDAP befasst haben, sagen, dass die Anwendung der freiwirtschaftlichen Analyse und die daraus resultierenden Mittel sowohl Hitler, den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg vermeidbar gemacht hätten. Aber noch mehr: Die USA hätte den Zweiten Weltkrieg nicht gebraucht, um ihre Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hätte das Modell Soziale Marktwirtschaft zu einem Modell mit Vollbeschäftigung und gerechter Einkommens- und Vermögensverteilung ausgebaut werden können. Aber beide möglichen Eigenschaften der SM haben die Parteien – also auch die SPD – verhindert. In der Zeit vor der Vereinigung der DDR und BRD hätte die CDU/CSU keine Angst haben müssen, dass ihr durch eine Formulierung einer wirklichen Verfassung alle politischen Felle davon schwimmen würden. Die SPD hätte zum ersten mal ihren Wählern eine wirklich soziale Demokratie präsentieren können. Und den ehemaligen DDR-Bürgern wäre mehr Gerechtigkeit widerfahren, die nicht nur zulasten der Bürger der BRD gegangen wäre.

Die Kette der vermeidbaren politische Fehler ist noch nicht zu Ende: Ein mithilfe der Freiwirtschaftstheorie entwickelte und gelebte Marktwirtschaft hätte Russland, als das Sowjetsystem in seiner Auflösungsphase mit ehrlichen Ratschlägen seitens Deutschlands einen friedlichen und ökonomisch ertragreichen Weg gehen können. Dadurch wäre auch die Metamorphose der ehemaligen russischen Satellitenstaaten zu freien und auch Russland bereichernden Staaten ohne heute erforderlichen militärisch abgesicherten Grenzen möglich geworden. Die FAZ hätte dann nicht am 14. April 2022 einen Artikel von Markus Wehner aus Berlin mit folgender Überschrift veröffentlichen müssen: „Sätze wie aus dem Kreml / Bis

40 Das völkische Denken wird ja auch als Religion gesehen, steht es da nicht unter dem Schutz des Artikel 4 (1) des Grundgesetzes? Ich halte das völkische Denken für eine berechtigte oder unberechtigte, zeitbedingte, gedankliche Spinnerei.

vor Kurzem war der Bundespräsident ein Putin-Apologet. Er setzte die Politik Gerhard Schröders gegenüber Moskau fort. Warnungen schlug Steinmeier als Minister in den Wind. Das Ziel hieß Verflechtung.“ Das wäre doch nicht falsch gewesen, wenn dieses Ziel mit der Entflechtung von überholten Machtstrukturen gekoppelt worden wäre. Wenn Deutschland in dem Zustand gewesen wäre, Gorbatschow und Jelzin Russland wirklich als Lotsen in eine wirkliche Marktwirtschaft zu führen, dann hätten wir heute keinen Anlass gehabt, uns über Putin zu beklagen und uns in den nächsten Krieg hinein zu rüsten. Stattdessen hat Deutschland geholfen Russland als Kernland der Ex-Sowjetunion, dem Kapitalismus als Fraß vorzuwerfen. Eine ähnliche Hilfe hat auch China bekommen, als es sich sachte für die Marktwirtschaft interessierte und mit dem Kapitalismus abgespeist wurde. Dieser trägt in sich das Ziel der Unterwerfung und den Größenwahn.

Für die USA sollten wir uns aus verschiedenen Gründen interessieren.von seinen Einwanderern war ein erheblicher Teil Deutsche⁴¹. Aber von der demokratischen Vorbildfunktion für die Deutschen ist praktisch nichts übrig geblieben und war vielleicht auch nichts vorhanden,. Dieser Abbau von den Idealen ***Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkkheit*** setzte aber nicht erst mit Donald Trump ein. Die Unterwürfigkeit Deutschlands gegenüber den USA ist uns, Europa und den USA selbst nicht gut bekommen. Schon die Nutzung des Dollars als Weltwährung, der von der Konstruktion her gesehen eine Nationalwährung ist, hat genügend Spannungen in die Welt gebracht. ⁴²

79 Zwischenbemerkung

Ich habe das Empfinden der vorliegende Text hat keinen richtigen Anfang, kein Höhepunkt und auch kein richtiges Ende. Ich rede mir ein, dass das so gut sei, denn im Gegensatz zu uns einzelnen Menschen als Lebewesen hat die Geschichte oder der Prozess der handelnden Menschen in seiner Umwelt auch kein Anfang und kein Ende. Wir können nur immer kleine Ausschnitte unserer Entwicklungsgeschichte wahrnehmen. Aber diese lassen in der selbst erlebten Zeit kleine Freiräume für ihre Ausgestaltung und ihre Richtung, und zwar jeweils in der Zeit, wo jeder einzelne Mensch von sich sagen kann: „Ich lebe!“ „Ich erzeuge Wirkungen durch

41 Wert Ley, der Bruder meines Großvaters Jann Ley ist auch nach der USA ausgewandert und hat dort eine Familie gegründet.

42 Auch für diesen Bereich der Ökonomie hat Gesell (und auch Keynes) eine Lösung vorgelegt. In der Schrift „Der Weltwährungsgedanke“ von Dr. Wilhelm Trimborn in der Schriftenreihe „Münchener Volkswirtschaftliche Studien, Heft 16, aus dem Jahr 1931 ist zu lesen:

Der Vorschlag Silvio Gesells ist auch der einzige, der übrig bleibt, wenn wir uns nun abschließend fragen, welche von den modernen Weltwährungsprojekten denn überhaupt das Doppelproblem der Weltwährung in Angriff nehmen, also sowohl Währungsvereinheitlichung wie Währungsgemeinschaft fordern.

mein Handeln und seien sie noch so klein.“ Die Wirkungen des lebenden Menschen gehen aber über seinen Tod hinaus, soweit er Spuren hinterlässt, die für die nach ihm Lebenden in eine dem Leben nützliche Richtung weisen. Aber auch der Mensch, der sich sagt: 'Ich kenne weder Anfang noch das Ende der Entwicklung, noch die Wirkungen meiner Talente, ich halte mich aus allem heraus.' Er bleibt Teil des Wirkungsprozesses aller Menschen, die dann auch negativ geprägt sein kann. Aber jeder Mensch, der nur eine Spur von Freiheitssehnsucht und Freiheitsbewusstsein hat, sollte danach streben, nicht nur wie ein Ochse im Stall ein Objekt der Bewirtschaftung und auch nicht nur ein Objekt der Verwaltung zu sein. Seine Freiheit wächst aber nur, wenn er die Freiheit der anderen Menschen fördert.

80

Das Thema Krieg und Aufrüstung, wollte ich auch noch aufgreifen. Ich lasse es bei den hier folgenden Anmerkungen sein, weil es schon meinen Textreihen 177 und 182 vor- kommt, weil dadurch den Reformgeist, den ich mit dem vorliegenden Text anzuregen hoffe, nicht selber ausbremsen will. Meine Einsicht sagt mir zum Beispiel, dass heute bei der vorhandenen Technik ein Verteidigungskrieg genauso ein Verbrechen ist, wie der Angriffskrieg. Jeder Krieg ist auch eine ökologische Katastrophe, der Wirkungen nicht auf die Verteidiger beschränkt bleiben. Auch dürfte es selten sein, dass es einen Krieg gegeben hat, bei dem die Schuld für die Auslösung nur bei einer Kriegspartei Partei gelegen hat. Außerdem werden immer ganze Völker (Gesellschaften) in die Kriege einbezogen, ohne das vorher klargemacht wurde, wessen Interessen verteidigt werden sollen. Es ist auch fraglich, ob ein Staat heute noch Subjekt des Handelns sein kann und nicht in den meisten Fällen nur ein Gehilfe privater Machtgebilde. Warum sollen die Bürger noch Gedanken um Umweltschutz und Klimapolitik machen, wenn mit der Verteidigung und Einübung der militärischen Verteidigung mehr geschadet werden kann, als mir einem Ausbau des Naturschutzes gewonnen werden kann. Warum klagt man über die Kosten der Sozialsysteme, Wenn man das Geld für die neue Aufrüstung nur so aus dem Fenster hinauswirft? Und warum hat man nicht über die nichtmilitärisch Verteidigung geforscht? Hier haben alle Parlamente und Regierungen bei uns versagt. Und ein weiteres Warum: Wozu wird die Illusion gezüchtet, dass ein neuer Zivilschutz im nächsten Krieg die Bürger in Deutschland wirklich schützen kann? Die Illusion des Schutzes, die sehr viel Geld verschlingen wird, macht außerdem, die Politik leichtsinnig und verdummt die Bürger.

Die Art der betriebenen Erinnerungskultur trägt auch nicht zum inneren Frieden bei. Wo werden noch die Schwüre aus der Zeit, in der Deutschland am Boden lag 'Nie wieder Rüstung! Nie wieder Krieg!' beachtet?

An anderer Stelle bin ich auf die Frage eingegangen, ob Hitler durch den Antisemitismus und das Völkische Denken in Deutschland an die Macht gekommen ist oder durch die unerträglichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die damals in der Weimarer Republik geherrscht haben. Ich habe die zweite Version der Verhältnisse als Ursache genannt. In diesem Beitrag ist meine Quelle ein kleines Buch, das einem Bericht von dem Schauspieler Victor de Kowa⁴³ mit dem Titel **Katechismus des gesunden Menschenverstandes** enthält. Das Buch ist eine Werbeschrift für den Pazifismus aus dem Jahr 1948. Ich habe noch eine weitere kleine Schrift von ihm im Bestand, da lautet der Titel „*Ich kann nicht anders* / Bekenntnis und Vorschlag“. Er wirbt da für das Tragen des PAX-Zeichens, damit jeder, der gegen den Krieg ist, erkennt, dass er nicht allein steht mit diesem Anliegen und es anderen Mut macht, diesen Weg mitzugehen.

Ich lasse Auszüge von persönlichen Erfahrungen Victor de Kowas mit der Bildung folgen und zwar aus dem:

Katechismus des gesunden Menschenverstandes

von Victor de Kowa, 1949

Gehört werden immer mehr die, die schießen, als jene, die es verhindern wollen. Schon deshalb, weil die einen mehr Radau machen als die anderen.

Mein Bruder und ich sind groß geworden in einem sauberen und ordentlichen Haus. Unsere Eltern waren nicht reich. Unser Vater war ein fleißiger und gebildeter Mann. Unsere Mutter war fleißig und fromm. Ich erinnere mich an viele Gespräche der Erwachsenen. Am Sonntag kamen der Bruder unseres Vaters und sein Freund. Wir Jungen durften dann noch mit ihnen sitzen und zuhören. Und diese Gespräche haben, das Leben meines Bruders und mein eigenes beeinflusst, ja wirklich bestimmt. Die Ansichten und Meinungen der Erwachsenen haben uns derart gefangengenommen, daß wir schon damals als Sekundaner unsere Ansichten und Meinungen begannen nach den ihren zu formen. Die frommen Lehren meiner Mutter hatten sich bald in mein Herz gegraben und haben später mein ganzes Leben bestimmt. Ich habe als Erfahrener und Gereifter nichts wieder finden können, was mich tiefer beeindruckt hätte, als die Bergpredigt. Einleuchtend und kristallklar stand immer wieder in meinen Tagen der Satz: „Liebe deine Nächsten wie dich selbst.“

Später wurden wir dann in eine Erziehungsanstalt für angehende Offiziere geschickt, mein Bruder freilich schon aus freiem Antrieb, und ich war eben mit dabei. Bei meinem Bruder hatten die Ansichten unseres Vaters Wurzeln gefaßt. Unser Vater war ein glühender Ver-

43 [https://de.wikipedia.org/wiki/Des_Teufels_General_\(Film\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Des_Teufels_General_(Film)) Mitspieler Victor de Kowa

fechter der Philosophie Friedrich Nietzsches. Er verfolgte die Ideen vom „Übermenschen“, und mein Bruder hatte sehr bald den Marschallstab im Tornister. Mir ist das alles selbst sehr viel später klar geworden, und heute weiß ich, daß der „Wille zur Macht“ der Wegbereiter war für die Jahre, die wir erleben mußten.

De Kowa berichtet dann von den merkwürdigen Albernheiten und sinnlosen Schikanen der Vorgesetzten und fährt dann fort:

Als wir, ungefähr zehnjährig, in die Offiziersschule kamen, fanden wir einen Brief unseres Vaters vor. Mein Bruder hatte ihn aufgehoben, und ich besitze ihn noch. Hier sein Inhalt: „Wenn ich, Euer Vater, Euch jetzt in die königliche Anstalt gebe, so geschieht das in der Überzeugung, daß die militärische Schulung deutscher Offiziere brauchbare Menschen aus Euch machen wird, denen ein unerbittliches Pflichtgefühl Richtung und Ziel geben muß. Ihr müßt Euch für dieses militärische Pflicht- und Ehrgefühl begeistern lernen, ohne das ein lieber, deutscher Junge in Euren Jahren überhaupt nicht denkbar ist. Euch wird jetzt die vornehmste und beste Erziehung der Welt zuteil. Ihr müßt Euch über die Folgen im Klaren sein, falls Ihr wegen Unfähigkeit aus der Anstalt entlassen werden solltet. Es wäre dann der Beweis erbracht, daß Ihr, zu Höherem nicht taugt. Ihr seid alt genug, zu wissen, daß man einen eisernen Willen zu guten Vorsätzen haben muß. Ausdauerndes Pflichtgefühl auch im Kleinsten. Es gibt Sachen, von denen man sagt, daß sie kinderleicht seien. Es muß Euch die Größte Freude bereiten, Eurem Vater seinen Lieblingswunsch zu erfüllen, nämlich den, daß Ihr tüchtige Menschen werdet, das heißt, ganze deutsche Kerle, an deren Wesen die Welt genesen wird. Ich kann Euch keinen besseren Weg weisen, als Euch in die Anstalt zu geben. Ein eisernes, unentwegtes Pflichtgefühl schaffen vor allem Gehorsam und Unterordnung. Euer Stubenältester, Euer Erzieher und der Kommandeur über alles! Wenn Ihr gelernt haben werdet, vor denen die Hacken zusammenzureißen, dann werdet Ihr auch strammstehen können vor Eurem inwendigen Menschen! Heil! Vater.“

Während ich nach Jahren das Weite suchte, hatte mein Bruder beim Schlußappell die Fahne eingezogen. Der erste Weltkrieg war verloren, die Offiziersschulen wurden vorübergehend geschlossen. Mein Bruder kam verzweifelt zu Hause an. Sehr bald stellte sich heraus, daß er mit strammer Haltung allein das Leben nicht meistern konnte. Völlig amüsich, hatte er nichts Praktisches gelernt, weil er ja für Höheres tauglich befunden wurde. Seine Allgemeinbildung ging über den Durchschnitt nicht hinaus. Überall Achselzucken und Kopfschütteln, und er fand keine Arbeit. Wieder fand er sich in Reih und Glied einer großen, seelenlosen Masse. Aber seine Vorder- und Hintermänner behagten ihm diesmal nicht, er konnte nicht mit ihnen Schritt fassen, er war andere Rhythmen gewöhnt. So kam er in schlechte Gesellschaft und auf die sonderbarsten Einfälle. ...

... Mein Bruder gab eine Annonce in die Zeitung: „Junger Mann aus gutem Hause mit höherer Schulbildung, arbeitswillig, sucht Stellung.“ Auf die Annonce hatte sich niemand gemeldet. Tags später gab mein Bruder noch eine Annonce auf: „Junger Mann, gesund und kräftig, mit Pflicht- und Ehrgefühl, zu jeder Arbeit bereit, sucht sofort Stellung.“

Ich verdiente noch nicht genug, unser Vater war ein Opfer des Krieges geworden, meine Mutter kränkelte, und da schoß mein Bruder seinem jungen Leben eine Kugel in den Mund. Mein Bruder war der erste Tote, den ich erlebte. Die Tränen meiner Mutter und sein zerfetztes Gesicht haben mich furchtbar erschüttert. ...

00000

... In aller Demut und mit aller Inbrunst müssen wir versuchen, so zu leben, damit wir, wenn wieder einmal ein Staat uns aufrufen sollte, die Menschen zu töten, wir den Menschen befehlen können, zu leben! Wir sollten nicht mehr dem Laster der Bescheidenheit frönen, sondern sollten nun laut davon sprechen, selbst wenn man uns noch nicht überall hören kann und will. Leichter aber wird es uns werden, zu künden, zu rufen und zu befehlen, wenn wir gesehen haben, daß wir Helfer haben an Gleichgesinnten in allen Landen.

Unsere Liebe zum Frieden braucht dann keine Angst zu haben vor der Tat. Jetzt müssen wir den Menschen sagen, daß einmal einer lebte, der der größte soziale Reformers gewesen ist, den die Menschheit hörte und erlebte. Der hatte ein wahrhaft soziales Programm, das die wahre Gleichheit der Menschen erstrebte und die wahre Befreiung des armen Volkes aus wirtschaftlicher Not. Und der wird es auch sein, der den Stillen, die ohnmächtig vor der lauten Gewalt hier atmen, sein „ego te absolvo“ sagen wird. Glücklich werden wir und fromm die Hände falten, denn die Liebe zu unserem Nächsten soll keine Eigenliebe sein, und wenn wir dann an die Deutschen denken in der Nacht, werden wir nicht mehr um unseren Schlaf gebracht sein. Getröstet wird jeder erwachen und erkennen, daß die Welt gesundet, wenn jeder einzelne gesund ist. Er wird es aber nur sein, wenn er tagsüber erlebt, daß seinem Fleiß ein Lohn wartet, der ihm auch wirklich gehört und den ihm niemand nehmen will. Ein Lohn, mit dem er aufbauen und kaufen und mit dem er auch für sich sparen kann. Sein Geld muß wieder der Diener seiner Arbeit werden. Es muß also ein Tauschmittel sein, wie die Produkte seiner Arbeit immer wieder auf dem Markte anbieten. Das Geld muß der Arbeit gleich sein, nicht ausgesetzt also der Politik oder irgendeinem Einfluß der Zeit. Das Geld darf immer nur aus der Arbeit kommen, und jeder hat nur den eigenen Vorteil im Auge zu haben, das zu produzieren, wonach die größte Nachfrage besteht. Die Erde gehört uns allen. Aber was wir ererbt von unseren Vätern haben, das sollten wir wirklich erwerben, um es zu besitzen. Der soll es besitzen, der versteht, die größtmögliche Wirkung aus ihm zu ziehen. Jeder soll für seinen Boden so viel zahlen, wie auch ein anderer bereit wäre dafür zu geben. Der Empfangende dieses Preises aber sollte nicht der Erbe seiner Väter, sondern wir alle sollten es sein. Für ihn bleibt, was er und seine Helfer brauchen, das andere aber ist da für unsere Krankenhäuser und Universitäten. Dann wird es ganz gleich sein, ob auf seiner Erde eine Quelle entsteht oder ob er dort nur Lupinen anbauen kann, es wird ganz gleich sein, ob das im Süden oder Norden ist, es wird keine Grenzen und keine Zölle mehr zu geben brauchen, denn nie mehr wird die Erde dem Pächter mehr abwerfen, als er für sich benötigt. Dem Zins ist der Todesstoß versetzt, weil das Geld rollt und dadurch die Wirtschaft gesund ist. Der Krieg ist der Freund der Zinswirtschaft. Er schafft durch seine Vernichtung die Not, die uns abhängig macht. Der Krieg ist somit auch der Feind der Demokratie. Er schafft durch seine Diktatur die Unterordnung, die den Feldwebel befehlen läßt.

Wir haben nicht zu wählen zwischen Osten und Westen, wir haben nicht zu wählen zwischen Rot und Schwarz, sondern wir haben nur zu wählen zwischen Gut und Böse! Das Gute ist der Frieden, und das Böse ist der Krieg! Friede ist Freiheit, und der Krieg ist Gewalt! ... (S. 25 f.)

Hier sind ein paar persönliche Bemerkungen angebracht. Ich könnte die Kriegsgeschichte der eigenen Familie erzählen. Das will ich aber nicht. Nur so viel: Mein Schulbesuch in einer weiterführenden Schule wurde durch die häufigen Tieffliegerbeschüsse der Eisenbahn abgebrochen. Der weitere Schulbesuch im Wohnort in der Volksschule wurde u.a. wegen Bombardie-

rung Schule und den Unterrichtsausfall behindert. 1948, vierzehnjährig wollte ich zur See fahren. Mein Vater war aber dagegen, weil die deutsche Seefahrt noch am Boden lag und weil er sich vermutlich eine Hilfe von mir erhoffte. Er wurde schon vor dem Kriegsausbruch zum Militär eingezogen und ein Invalid. 1950 setzte ich mich aber durch und heuerte auf einem Küstenschiff als Schiffsjunge an. Bremen und Bremerhaven waren noch Städte mit aufgeräumten Trümmern. Die erste Stadt im Ausland war Göteborg. Ich dachte damals, ich sei in einem Traum verstrickt.

Eine starke aber nicht bestimmte Sehnsucht hat mich im Herbst und Frühjahr, wenn unser Dorf aufgrund der überschwemmten den Eindruck machten, es sei eine Insel. Die vielen Seeleute und Binnenschiffer in meinem Wohnumfeld haben bei mir wohl den Eindruck erweckt, ich könne meine Sehnsucht dort stillen. Nach drei Jahren stellte ich dann fest, dass man nicht zur See fahren sollte, wenn man fremde Länder und Leute kennenlernen will. »1965 habe ich dann in der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg eine empirisch-soziologische Semesterarbeit geschrieben über die Berufsunzufriedenheit der Seeleute.« Ich wollte wieder von der Seefahrt weg. »Das Liebesleben, das es bei der Einhaltung der Normen, die mir anerzogen waren, auch nicht gab, spielte auch eine Rolle.«

Um die Fortsetzung der Lehre zum Fotografen zu organisieren, war ich noch zu unbeholfen. Eine Fortsetzung der Schulbildung gab es oder sah ich nicht. Und als Matrose an Land war man damals auch nur ein ungelernter Arbeiter. So habe ich lange meine Wissbegierde und meinen Lernwillen in die verschiedensten Arbeiten, in der auch ein Schuss Abenteuerlust steckte, in bezahlten und unbezahlten Arbeiten ausgelebt. Zwei dieser Arbeiten stelle ich kurz vor. Den Winter 1953 / 54 habe ich im Kohlenbergbau unter Tage gearbeitet. Der Weg dahin war ähnlich wie bei den späteren Gastarbeiten. Den Winter 1955 / 56 habe ich in einem Erziehungsheim der Diakoniananstalt Nazareth in Freistadt gearbeitet. (In der jungen Vergangenheit wurde über die Erziehungsmethoden ein Film ausgestrahlt.) Im Seemannsheim in Bremen hatte ein dort tätiges Mitglied der Brudergemeinschaft Nazareth mir die Empfehlung gegeben, mich in Freistadt umzusehen und zu prüfen, ob die Arbeit dort für mich als Beruf in Frage käme.

All diese (meist) körperlichen Arbeiten hat sich bei mir ein großer Respekt davor aufgebaut. Und ich kann schon grimmige Gedanken entwickeln, wenn ich durch die Politik verursachte sinnlose Zerstörungen wahrnehme. Ich möchte die Verursacher dann am liebsten mit Zwangsarbeit zum Wiederaufbau verpflichten. In solchen Gedanken steckt schon das Kriegerische, die Rache angelegt. Darauf muss man nicht stolz sein. Jede notwendi-

ge Zerstörung sollte gut begründet sein. Es gibt ja auch den Begriff von der schöpferischen Zerstörung, es ist aber ein großer Unterschied, ob die Zerstörung des Bestehenden vorgenommen wird, um dem Besseren oder dem Schönerem Platz zu machen oder ob das Neue nur eine höhere Rendite abwirft als das Alte. Kriege z. B. sind durch ihre Zerstörung das beste Mittel vorhandenes Realkapital zu verknappen, um die Rendite steigen zu lassen und den Kapitalismus die Herrschaft zu sichern.

Zwischen diesen beiden Arbeitseinsätzen war auch ein Einsatz in der Plattenschmiede einer Werft in Bremen. Ich hatte mich noch gar nicht richtig in diese Arbeit eingewöhnt, da erhielt die Nachricht, das mein Vater im Krankenhaus läge und ich solle nach Hause kommen, um das Fotogeschäft zu übernehmen. Ich bin den Ruf gefolgt, obwohl ich mich damit überfordert sah. Zu Hause angekommen, habe ich mich umgesehen, wo ich mein fotografisches Wissen auffrischen und weiter entwickeln kann.

Irgendwie habe ich herausgefunden das im Jugendhof Steinkimmen ein Wochenendkurs in Fotografie angeboten. Ich kann mir heute gar nicht mehr vorstellen, warum ich damals glaubte, meinen Mangel in einem Wochenendkurs beheben zu können. Ich bin jedenfalls mit Bus und Bahn nach Delmenhorst gefahren, um von dort aus mit einem weiteren Bus nach Steinkimmen zu fahren. Neben mir im Bus saß eine Frau, die das gleiche Ziel hatte – aber als Teilnehmerin oder als Referentin eines anderen Kurses –, die das Gespräch mit mir suchte. Ich schilderte ihr meine Situation. Darauf hin empfahl sie mir eine Frau im Arbeitsamt Bremen aufzusuchen, die könne mir vielleicht helfen.

Diese Frau war Luise Bening – genannt Isa – . Das habe ich auch gemacht, sie arbeite dort im Bereich Berufsberatung und psychologischer Dienst. Diese Begegnung war der Beginn einer Wahlverwandtschaft, an der meine ganze Familie Anteil hatte. Diese Wahlverwandtschaft dauerte ein halbes Jahrhundert bis zu ihrem Tod. Sie wurde mir mit ihrem durch den Zeitablauf geprägten Lebenslauf eine wichtige Zeugin für den erlebten Ersten und Zweiten Weltkrieg, für die Zeit der Weimarer Republik und mit einem ergänzendem Blick, als jenem, den ich selbst im Zweiten Weltkrieg und danach erworben habe.

Isa wirkte auch im Arbeitskreis für angewandte Anthropologie mit, der im Umfeld der Göttinger Universität zu einer Zeit entstanden war, als die Studenten zum Teil noch ehemalige Frontsoldaten waren. Von diesem Arbeitskreis bestanden wiederum enge Kontakte zum *Internationalen Freundschaftsheim* in Bückeburg. Bei der Gründung des Freundschaftsheimes war Pastor Wilhelm Mensching die treibende Kraft und Pastor André Trocmé der Ermutiger. Die englischen Besatzer spendeten zum Gelingen des Vorhabens zwei Nissenhütten,

[https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Mensching_\(Theologe\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Mensching_(Theologe))
<https://www.synagoge-stadthagen.de/bildungsarbeit/verfolgte-im-nationalsozialismus/wilhelm-und-anna-mensching.html>
https://de.wikipedia.org/wiki/Andr%C3%A9_Trocm%C3%A9
https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales_Freundschaftsheim
<https://de.wikipedia.org/wiki/Nissenh%C3%BCtte>
<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/83.1.Mit.dem.Faltboot.nach.Schweden.pdf>
<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/174.3.Freundschaftsheim.persoenlicher.Kontakt.AK.Anthropologie.pdf>

Im Text zu dem der letzte Link führt, habe ich auch Titelseiten von Schriften, die im Zusammenhang mit dem Arbeitskreis für angewandte Anthropologie herausgegeben wurden. Die eine Schrift hat den Titel: „**Die Juden und wir**“, mit Beiträgen von Helmut Geschel, Prof. Dr. Hans Köhler, Horst Bethmann und Prof. Dr. Theodor Heuss., 1957 die andere hat den Titel: „**Die Freiwilligen** / Ausbildung zur gewaltlosen Selbsthilfe und unmilitärischer Verteidigung“ mit Erklärungen von Bodo Manstein und Nikolaus Koch, Augsburg 1. Mai 1959.

00000

Die Freiwilligen Ausbildung zur gewaltlosen Selbsthilfe und unmilitärischer Verteidigung

I N H A L T

Erklärung	3
Vorgeschichte des Biickeburger Kurses	4
1. Das Training der Freiwilligen	4
Erstes Training: Theoretische Selbstzucht der Freiwilligen	4
Zweites Training: Die Fantasie wecken	5
Drittes Training: Den Fünfkrieg verstehen	7
Viertes Training: Die totale Verteidigung	8
Fünftes Training: Die gewaltlose Selbsthilfe im psychologischen Krieg	9
Sechstes Training: Die gewaltlose Selbsthilfe im ideologischen Krieg	11
Siebtens Training: Die gewaltlose Selbsthilfe im wirtschaftlichen Krieg	12
Achstes Training: Die gewaltlose Selbsthilfe im politischen Krieg	13
Neuntes Training: Die gewaltlose Selbsthilfe im militärischen Krieg	16
II. Die Aktionen der Freiwilligen	18
Erste Aktion: Ich will Freiwilliger werden	18
Zweite Aktion: Sich ausbilden und einüben	18
Dritte Aktion: Einübung der gewaltlosen Selbsthilfe im eigenen Lebensbereich	19
Vierte Aktion Die freiwillige Gruppe	19
Fünfte Aktion: Einsatz an Stellen, die im Gesamtzusammenhang wichtig sind	20
Sechste Aktion: Aktionen im Gruppenverband	21
Siebte Aktion: Uebergang zur allgemeinen Selbsthilfe	21
III. Der Einsatz der Freiwilligen	22
Die drei großen Herausforderungen	22
Der Generaleinsatz Die deutsche Wiedervereinigung	23
IV. Unser Programm zur Wiedervereinigung	24
V. Die Strategie der Freiwilligen	25
Die drei Bilder	25

Die gewaltlose Revolution	26
VI. Die Organisation der Freiwilligen	27
VII.....Schriften für die Ausbildung der Freiwilligen	30
VIII.....	

Erklärung

Schwerwiegende und das Gewissen bedrängende Gründe sprechen dafür, daß die fortgesetzte Politik militärischer Rüstung unserm Volk nur die Wahl zwischen der Kapitulation Fünf Minuten vor Zwölf oder der Atomhölle Fünf Minuten nach Zwölf läßt.

Der militärische Krieg ist zum Massenmord an Männern, Frauen und Kindern und damit zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit geworden, Er kann auf keine Weise vom Gewissen gerechtfertigt werden. Seine verbrecherische Natur hat auch dem alten Soldatentum ein Ende gesetzt, ihm Sinn und Ethos genommen.

Auch die bloße Drohung mit dem militärischen Krieg halten wir für unerlaubt. Der Hinweis, durch Drohung mit dem allgemeinen atomaren Selbstmord werde dieser selber verhindert und auch kleineren Gewaltakten vorgebeugt, verliert mehr und mehr seine Überzeugungskraft. Die zunehmende Perversion des geistigen, wirtschaftlichen und politischen Lebens müßte aus ihr schließlich unvermeidlich grauenvolle Wirklichkeit machen.

Den Versuchen, unser Volk mit allen Mitteln auf dem unsinnigen und verbrecherischen Weg voranzutreiben, setzen wir die gewaltlose Selbsthilfe entgegen, die wir selber üben und zu der wir jedermann auffordern. Im Zweiten Weltkrieg waren wir noch Soldaten. Trotz aller Bedenken glaubten wir, noch mit militärischen Waffen kämpfen zu müssen. Heute sind wir Soldaten neuer Art. Wir glauben, daß die alten Soldatentugenden sich heute in dem zivilen Einsatz erfüllen, der von uns gefordert wird.

Wir meinen, daß nur noch eine starke deutsche Freiwilligenbewegung unserm Volk und seinen Regierungen helfen kann, rechtzeitig auf einen besseren und guten Weg zu kommen. Wir wollen diese Freiwilligenbewegung und dienen ihr mit allen Kräften.

Augsburg, den 1. Mai 1959
Bodo Mansteln Nikolaus Koch

00000

Es blieb nicht aus, das irgendwann auf das Freundschaftsheim hinwies und fragte, ob ich nicht Lust hätte dahin zugehen. Ich Habe dann gefragt, wer danach hinkommen würde. Sie nannte dann Berufe, die alle akademisch waren und Studenten. Das waren also alles Leute, zu denen

ich nicht gehörte.

Zudem fiel der Begriff Pazifismus, das war damals für mich noch ein fremder Begriff und noch mir auch zu sehr nach Mission. Danach war mir aber nicht. Ich wollte aber erst einmal selber darüber nachdenken. Auch dazu habe ich dann wieder als Matrose auf einen Frachter angeheuert. Passenderweise

war unten Besatzungsmitgliedern auch ein Jungmann, der mir berichtete, dass sein Onkel ihn zu einem Pazifisten erziehen wollte. Und dieser Onkel war der Schauspieler Victor Kowa, Ich vereinbarte dann mit dem Jungmann, dass ich, wenn ich mal nach Berlin kommen sollte, dass ich dann seine Mutter und Großmutter besuchen sollte. Ob hinter dieser Verabredung ein Kontaktversuch zu de Kowa stand, das weiß ich nicht mehr. Ich kam jedenfalls noch auf dem Frachter, dass man mit dem Militär nie oder nur äußerst selten zu dem Ziel kommt, dass den Bürgerinnen und Bürgern bei dem Werben um Zustimmung vorgegaukelt wird. Ich bin dann tatenfrohes Laufe Jahres 1957 zu dem Freundschaftsheim gefahren und habe dort bei dem Aushub einer Baugrube mit Schippe und Karre den Vorarbeiter von Studentinnen und Studenten gespielt. Pastor Mensching hätte mich als Hausmeister dort behalten, meinte aber, er dürfe aber nicht versuchen, mich zu halten, denn ich müsse meinen Weg gehen. Aber meinen Weg kannte ich ja gar nicht. Ich hatte mir nur als Ziel gesetzt. Arbeitserfahrungen in einem Wald in Schweden zu machen. Die Fahrten mit dem ersten Küstenschiff durch den Götakanal von Götteburg kommend und auch von Finnland kommend hatten mich Jahre vorher begeistert.

<https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%B6ta-Kanal> Kontaktadressen hatte ich von Schweden, die sich im Freundschaftsheim aufhielten, erhalten. Ich hatte aber vor die Fahrt dorthin mit einem Faltboot zu machen. Das ist auch geschehen. Das Motiv war, dass ich einmal das Gefühl haben wollte, richtig zur See zu fahren. Abgesehen von dem ersten Küstenschiff (auch als KüMo benannt) hatte nicht nur ich unter der Decksmannschaft nur Überseetransportbegleiter zu sein oder auch nur Farbwäscher und Anstreicher. Ich bin tatsächlich auch von Elisabethfehn (an der Grenze vom Saterland und Ostfriesland) gepaddelt und gesegelt. Einmal bin ich dabei am Strand bei Heiligenhafen gestrandet.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Heiligenhafen>

In Trelleborg angekommen, habe ich mich im Hafenamt angemeldet, wie ich es von der Zeit auf dem Kümo gewohnt war. Dort wurde ich gefragt, was ich in Schweden wolle, habe ich wahrheitsgemäß gesagt, dass ich dort arbeiten wolle. Unerwartet wurde ich nach einer Arbeitsgenehmigung gefragt. Als ich das verneinte, wurde geantwortet, dass ich dann in Schweden nicht arbeiten dürfe. Ich hab dann geantwortet, dass man mir dann eine solche Genehmigung ausstellen solle. Die Antwort lautete. Das ginge nicht, die müsse ich in Deutschland

beantragen. Ich war damals empört darüber, dass man dort faul am Strand liegen aber nicht arbeiten darf. Ich bin dann nach ein paar Tagen Strandleben im Zelt mit der Fähre nach Travemünde gefahren, habe mein Faltboot als Frachtgut mit der Bahn auf dem Weg nach Elisabethfehn gebracht und habe meine Reisekasse durch Erntearbeit auf einen Bauernhof aufgefüllt. Danach bin per Anhalter nach Berlin getrampt und u.a. den versprochenen Besuch bei der Mutter und Oma meines Kollegen vom Frachter realisiert. Nach Berlin konnte man damals aber nicht frei trampen, sondern musste vor der Grenze einen Fahrer finden, der einem in seinen Wagen einsteigen ließ.

In Berlin angekommen, habe mein kleines Zelt in Garten eines Jugendhauses in Westberlin aufgebaut, war auch in Ostberlin und von der Schwester Victor de Kowas habe ich die schon genannten kleinen Bücher „**Ich kann nicht anders**“ und „**Katechismus des gesunden Menschenverstandes**“ erhalten.

Ich habe die Schriften⁴⁴ vermutlich erst Zuhause – wo das damals auch war – gelesen und jetzt und hier weiter oben daraus zitiert. Der folgende Ausschnitt gehört auch dazu:

Unsere Liebe zum Frieden braucht dann keine Angst zu haben vor der Tat. Jetzt müssen wir den Menschen sagen, daß einmal einer lebte, der der größte soziale Reformers gewesen ist, den die Menschheit hörte und erlebte. Der hatte ein wahrhaft soziales Programm, das die wahre Gleichheit der Menschen erstrebte und die wahre Befreiung des armen Volkes aus wirtschaftlicher Not. Und der wird es auch sein, der den Stillen, die ohnmächtig vor der lauten Gewalt hier atmen, sein „ego te absolvo“ sagen wird. Glücklich werden wir und fromm die Hände falten, denn die Liebe zu unserem Nächsten soll keine Eigenliebe sein, und wenn wir dann an die Deutschen denken in der Nacht, werden wir nicht mehr um unseren Schlaf gebracht sein.

Bei der Passage „Jetzt müssen wir den Menschen sagen, daß einmal einer lebte, der der größte soziale Reformers gewesen ist, den die Menschheit hörte und erlebte.“ habe ich damals überlegt, wen er damit meint. Ich hatte mich damit zufriedengegeben, das er Jesus meint, aber gefragt, warum benennt er ihn dann nicht, wie er es an anderer Stelle auch gemacht hat. Zeitlich war das im 1957.

Mitte 1961 vor der Bundestagswahl – Ich hatte noch die Möglichkeit gefunden, eine Bankkaufmannslehre in zwei Kreditgenossenschaften im südlichen Niedersachsen zu absolvieren. – bei einem Besuch einer ehemaligen Mitschülerin in einer Heimvolkshochschule bei Göttingen, die dort nicht nur Wissen getankt hatte, sondern auch einen Ehemann gefunden hatte, fand ich ein Faltblatt einer Wählergemeinschaft, die für sich in der Wahl zum Bundestag warb. E Diese Wählergemeinschaft warb für ein neutrales Deutschland zwischen den Atom-mächten – was ich für sinnvoll hielt – und es wurde über eine Ökonomie berichtet, von der

⁴⁴ Ich weiß nicht, wie man das Format genau benennt.

ich noch nichts gehört hatte. Es war die Freiwirtschaftsschule oder *DIE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTS ORDNUNG*. Das, was ich in den wenigen Zeilen las, fand ich so interessant das ich gefragt habe, wer die Blätter verteilt hat. Es war der Volksschullehrer⁴⁵ Ekkehard Lindner, aus einem Dorf bei Northeim. Er hatte sein freiwirtschaftliches Wissen ein paar Jahre vorher aus der DDR mitgebracht. Es war ein Wissen, was andere Interessenten in der DDR (damals noch SBZ) ins Gefängnis gebracht oder eine Fahrt nach Sibirien beschert hat.⁴⁶

Da ich nicht auf Suche nach Glaubensinhalte war, habe ich damals bei dem zuständigen Genossenschaftsverband angefragt, was ich denn von Silvio Gesell und der Freiwirtschaftslehre zu halten hätte. Der Genossenschaftsverband (auch Prüfungsorgan der Kreditgenossenschaften) antwortete auf meine Anfrage mit einer Antwort an meinem Lehrbetrieb, dass ein Teil von Gesells Lehren in die allgemeinen Lehren der Volkswirtschaftslehre eingegangen sei und ein anderer Teil sich politisch nicht durchsetzen ließe. Das war für mich ein Signal, in dieser Richtung weiter zu 'forschen'.

Als ich dann den 'Katechismus des gesunden Menschenverstandes' von Victor de Kowa las, konnte ich dann den fehlenden Namen in den von mir hervorgehobenen Satz von de Kowa ergänzen. De Kowa hat in seinem laufenden Text auch Einschübe (heute sagt man dazu wohl Kästchen) mit Aussagen anderer Autoren gemacht. Da heißt es z. B. Dann: >>*Vom Unfug des Geldes „Radikalsozialistische Freiheitspartei“, Düsseldorf-Kaiserswerth* << und „*Die Sicherung der Demokratie*“ (R. Batz, R.S. F.) Es folgen Angaben wie viel Golddollar die Rüstung und der Krieg gekostet hat.

Ich habe ein Taschenbuch von Richard Batz vorliegen. Der Titel lautet > *Freiheit Ordnung Friede Eine gemeinverständlich-freiwirtschaftlichen Gesellschaftslehre* <

Ich gebe aber noch zwei vorherige Einfügungen von de Kowa wieder, damit deutlicher wird in Welchen Rahmen er seine Überlegungen angestellt hat:

000

45 Später Leiter der Volkshochschule Northeim und SPD-Mitglied.

https://humane-wirtschaft.de/2021_02/HW_2021_02_S52-53.pdf

46 Georg Otto, der die Grüne Liste Umweltschutz gegründet hat und wesentlich die Gründung der Partei DIE GRÜNEN mit angeschoben hat, brachte ebenfalls sein freiwirtschaftliches Wissen aus der DDR mit. Er hat durch ein Taschenbuch mit dem Titel „Sozialismus in Freiheit“, des schweizerischen Autors Werner Zimmermann, das er in einem Antiquariat in der DDR entdeckt hat, von der Freiwirtschaft erfahren. Er studierte in Westberlin und gründete dort eine Studentengruppe, aus der profilierte Freiwirte ohne Parteienbindung hervorgingen. Die Entwicklung die DIE GRÜNEN dann genommen haben, wurde schon vor ihrer Gründung befürchtet. Aber die Mitglieder der GRÜNEN von heute bemühen sich genauso wie die Mitglieder der anderen Parteien – jeweils nach ihren Einsichten und Ansichten – das Richtige für Deutschland und darüber hinaus zu bewirken. Ich selber bin aber überzeugt, dass wir andere politische Instrumente kreieren müssen, um Frieden, Freiheit und Sicherung unserer Existenzgrundlage, die Erde, zu sichern.
[https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto_(Politiker))

„Meine Seele ist nicht bei meinem Volk, sondern mein Volk ist meine Seele.“
(Martin Buber)

000

„Alles läuft auf die sokratische Grundanschauung zurück: Schuld ist mangelndes Wissen, Gutsein ist mit Weisesein identisch und weise mit glücklich - also: die Tugend ist lehrbar.“
(Sir Galahad)

000

„Es ist heute unerlässlich, daß Millionen von Menschen eine neue Welt planen, nicht nur einige Staatsmänner, und daß die vereinten Kräfte aller Menschen sie durch ihr tägliches Leben und Tun unterstützen.“
(Dr. Frank N. D. Buchman)

000

Die Frage ist, warum hat Victor de Kowa den Namen Gesell, wenn er ihn meinte, nicht in seinem Hinweis eingesetzt:⁴⁷

„Jetzt müssen wir den Menschen sagen, daß einmal einer lebte, der der größte soziale Reformator gewesen ist, den die Menschheit hörte und erlebte. Der hatte ein wahrhaft soziales Programm, das die wahre Gleichheit der Menschen erstrebte und die wahre Befreiung des armen Volkes aus wirtschaftlicher Not.“

Eine Deutung ist, a) dass de Kowa die Leser animieren wollte, die Quelle seiner Botschaft selber zu finden. b) Wahrscheinlicher ist, dass er selber glaubte, was er zitierte, Gesell möglicherweise aber einen schlechten Ruf hatte, oder in den Anhängern der Freiwirtschaftsschule keine Förderer seiner Mission sah c) weil er vermutete, dass bei Nennung von den Namen Gesells, die Umworbenen seinen eigenen Gedankengängen nicht folgen würden oder d) dass die Freiwirte zu seiner Zeit einen schlechten Ruf hatten oder durch die Nennung von Gesells Namen zu sehr ein Zusammenhang zwischen seinem Wirken für den Pazifismus und der Freiwirtschaft gesehen würde. So eine Aussage, wie sie de Kowa tatsächlich ohne Namensnennung von Gesell gemacht hat, kann man zu denen zählen, die der Freiwirtschaftsschule in den Verdacht gebracht, eine ökonomische Sekte zu sein.

Dabei ist es so, dass sich keine Idee, die in einer Gesellschaft Gestaltungsmacht bekommen

⁴⁷ Ich wiederhole den Satz hier, weil die Leserin, der Leser den Satz weiter oben nicht erst suchen muss.

soll, auf „gläubige“ Anhänger, die sich nur ein Bild von der Wirkung der Idee machen können, ohne, dass sie sich tiefer in die Theorie und Technik einlassen oder einlassen können, nicht verzichten. Ich denke, dass das eine allgemein gültige Aussage ist. Das hat vermutlich dann eine negative Wirkung, wenn das eigentliche Anliegen nicht von anerkannten Spezialisten und Personen mit hohem anerkannten Ansehen vorgetragen werden. Ich habe mehrfach gelesen, dass sich in der Wissenschaft neue Erkenntnisse meistens nur im Generationswechsel durchsetzen können, weil den neuen Erkenntnissen die alten, die sich eingenistet haben keinen Platz machen. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, wie viel Mühe es gekostet hat, das ältere Wissen zu entwickeln und zu bewahren. Dieses Verhalten kann aber nicht mehr wissenschaftlich genannt werden.

Es hat ja lange gedauert, bis Gesell die ersten Mitarbeiter fand. Da er die Wirkungen der von ihm vorgeschlagenen Reformen klar sah, sah er auch, dass die Arbeitnehmer den größten Nutzen davon haben würde. Gesell und die ersten seiner Mitwirker haben auf die SPD als Transportmittel der Reformen gesetzt. Er hat nicht gesehen, wie stark die Sozialdemokraten schon zu einer politischen Religion geworden war. Von dem Marxismus haben sich die SPD-Mitglieder nur mühsam ein Stück entfernt, weil in dem problematischen Teil des Keynesianismus mit dem Deficit Spending die Möglichkeit sahen, den Staat als ihr Planungsobjekt für sich nutzbar zu machen. Das ist kein Versuch von mir, die Sozialdemokraten zu diffamieren. Ich verweise nur daraufhin, wie gefährlich Vorstellungen werden können, wenn sie keine Triebkraft für wirkliche Erneuerungen mehr entwickeln können.

Natürlich haben nicht nur allein die Sozialdemokraten die Weimarer Republik auf den politischen Schrotthaufen gefahren, neben den bürgerlichen Demokraten, den Gruppen, die zurück zur Monarchie wollten, sind auch die Gesellschaftswissenschaften – und hier besonders die Ökonomen – zu benennen, die nicht bereit waren bei vorhandenen Problemlagen neue Lösungsansätze zu prüfen. Diese Situation hat sich ja nach dem Zweiten Weltkrieg erneut eingestellt und Gesellschaftswissenschaften sind es (mit einzelne Mitglieder als Ausnahmen), die ungewollt den Dritten Weltkrieg vorbereiten. Die sicherheitstechnisch und ökonomisch begründete erweiterte neue Aufrüstung wirkt da wie ein Brandbeschleuniger. In einer solchen Benennung unserer Probleme – die auch weltweit vorhanden sind – habe ich ja als Adressaten keine dumme unsympathischen Dummköpfe vor meinem geistigen Auge, sondern das Gegenteil solch einer Annahme.

Aber auch wenn ich eher die Dummheit bei mir verorte, als bei meinen Adressaten, kämen wir die Lösung der ökonomischen Probleme ja nicht näher. Warum konnte der Ökonom, Irving Fisher – der fachbezogen weltweit bekannt war – ohne zu zögern von einem Einwanderer ohne akademische Weihen, die Kunde von Gesells neue Einsichten in das Währungswesen annehmen und bereit sein, es gleich eine Umsetzung der Ideen auszuprobieren? Warum konnten Ärzte, Juristen und Ingenieure bis hin zu Theologen, Handwerkern und Kaufleute einen Zugang zur Freiwirtschaft finden und Ökonomen seltener oder gar nicht? Die Ökonomie als Wissenschaft müsste doch schon lange ein Fall für die Metawissenschaft sein, die die Schwäche oder Fehler einer speziellen Wissenschaft untersucht. Ich habe davon nichts vernommen. Da es sich bei der Ökonomie nicht um Metaphysik handelt, muss es doch auch erkennbar sein wo es hapert.

Es gibt ja auch zwischen den einzelnen verblichenen Ökonomen durchaus Verbindungslinien, besonders dann, wenn sie Gründer oder Teil einer Ökonomie-Schule sind. Sie haben es ja alle mit der Bedürfnis-Befriedigung der Menschen zu tun. Man sollte sie – soweit man kann – möglichst alle mit emotionalem Abstand lesen. Man darf eine Erhellung in oder durch das Gelesene erwarten oder erhoffen, aber nicht damit rechnen, das alles – und vor allem nicht für alle Zeiten – was man liest, richtig ist. Der Leserin oder dem Leser bleibt immer die Entscheidung, das Gelesene für sich als möglich, richtig oder falsch einzustufen. Vor allem müssen sich nicht davor zu fürchten die Werke zu lesen, wenn es sich um *Das Kapital* von Karl Marx, *Der Wohlstand der Nationen* von Adam Smith, *Kapitalismus und Freiheit* von Milton Friedman, *Der Weg zur Knechtschaft* von Friedrich August Hayek, *Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* von John Maynard Keynes handelt oder um weitere Werke von Autoren, deren Hinterlassenschaft Bestandteil der allgemeinen oder fachbezogenen Bibliotheken sind. Alle bemühen sich die Gegenwart, die sie erlebt haben oder eine künftige, die sie für möglich halten zu beschreiben. Niemand wird dadurch, dass er sich auf einer der Autoren einlässt, gleich zum Vertreter eines -ismus. Das gilt auch, wenn man *Die Natürliche Wirtschaftsordnung* von Silvio Gesell liest. Keynes lässt sich in seiner „Allgemeinen Theorie ...“ mehrfach auf Gesell ein, für manchen Keynesianer schon als peinlich oft. Eine enge gedankliche Beziehung kann man auch zwischen Freiwirtschaftler und Wilhelm Röpke („*Die Lehre von der Wirtschaft*“) und Walter Eucken (*Grundsätze der Wirtschaftspolitik*) wahrnehmen, wenn man sich auf diese Ökonomen einlässt.

Als ich vorhin in einem meiner Bücherregale schaute, um wie oben ausgeführt, ein paar

Autoren und Titel ihrer Bücher zu benennen, hatte ich auch die Schrift „Die Krise des Kollektivismus“ von Wilhelm Röpke in den Händen. Ich hatte die Schrift gar nicht mehr auf dem Schirm, wie man so sagt. Zu lesen ist da, das die Schrift aus Vorträgen hervorgegangen ist, die Röpke im Sommer und Herbst 1947 in Zürich, Rom, Hamburg, Kopenhagen und Stockholm gehalten hat. Ich scanne den erst Abschnitt ein, um zu zeigen wie langsam die notwendigen gesellschaftlichen Klärungsprozesse bei uns laufen. Aus dem gleichen Grund habe ich auch einen Vortrag von Ralf Dahrendorf mit dem Titel „Demokratie aus der Basis“ vom 25. März 1972 in die Reihe der Anhänge mit der Textziffer 182.2 eingefügt.

Aus: **Die Krise des Kollektivismus von Wilhelm Röpke, 1947**

1.

Es wird im folgenden vom Kollektivismus in Europa die Rede sein, und es wird sich herausstellen, daß das Urteil, zu dem ich schließlich gelange, alles andere als wohlwollend ist. Um so notwendiger ist es, mit der Versicherung zu beginnen, daß ich weder für noch gegen eine bestimmte politische Partei spreche. In Wahrheit ist es längst unmöglich geworden, den Kollektivismus einer bestimmten politischen Partei gleichzusetzen, und zwar aus zwei Gründen. Einerseits ist es eine Tatsache, daß das kollektivistische Denken auf Parteien abgefärbt hat, die alles andere als sozialistisch sind. Das ist so sehr der Fall, daß Professor Havek sein bekanntes Buch „The Road to Serfdom“ mit Recht den „Socialists of all parties“ widmen konnte. Auf derselben Linie liegt es, daß die konservative Partei in England, die große Gegenspielerin der sozialistischen Arbeiterpartei, jüngst ein Wirtschaftsprogramm präsentiert hat, das sich von dem sozialistischen der Arbeiterpartei in der Tendenz kaum unterscheidet. Wir alle wissen auch nur zu gut, wie rasch sich viele Unternehmer mit der Rolle abgefunden haben, die ihnen die sozialistische Planwirtschaft zuweist, und so kann es einem ergehen, daß man, wie es mir jüngst in Deutschland passiert ist, auf Widerstand stößt, wenn man Vertretern der Industrie und des Handels die Notwendigkeit freier Wirtschaft klarzumachen sucht.

Wir sehen also heute, daß Kreise dem Kollektivismus Konzessionen machen, die politisch weit davon entfernt sein sollten. - 7 -

Andererseits aber - und das ist noch weit wichtiger - mehren sich die Zeugnisse dafür, daß sich Sozialisten mit einer nicht mehr zu übertreffenden Deutlichkeit gegen den Kollektivismus aussprechen. Es war gerade nach jenem bereits erwähnten Vortrag in der Hauptstadt eines kleinen deutschen Landes, daß der anwesende sozialistische Ministerpräsident aufstand, um meiner harten Kritik am Kollektivismus zuzustimmen und zu erklären, daß er und seine Freunde vom Kollektivismus genug und übergenuß hätten. Dazu paßt die mir vorliegende Denkschrift eines sozialistischen Leiters der westdeutschen Planwirtschaft: sie ist ein einziger Notschrei und

eine einzige Bankrotterklärung, und sie gibt unumwunden zu, was man damit ange-
richtet hat, daß man die Steuerung des Marktes zerstört hat. Charakteristischerwei-
se ist vor kurzem ein Führer der radikalen italienischen Sozialisten (Lomhardo) in
einem aufsehenerregenden Interview für sein eigenes Land zu einer ähnlichen
Schlußfolgerung gekommen. Damit man aber nicht sagen könne, ich holte meine
Kronzeugen nur aus *wirtschaftlich* zerrütteten Ländern, zitiere ich schließlich fol-
genden Satz aus der Studie eines Mitarbeiters des dem sozialistischen Lager zuzu-
rechnenden Schweizerischen Metallarbeiterverbandes: „Zu spät wird man dann (d.
h. nach der Verwirklichung des Kollektivismus) erkennen, daß die Warnrufe vor der
fortschreitenden Verstaatlichung und behördlichen Machtausweitung, die das Ende
der Demokratie herbeiführen, keine ‚liberalistischen‘ Schreckgespenster gewesen
sind, sondern auf einer ernsthaften und gründlichen Erforschung soziologischer Zu-
sammenhänge beruhten 1).“

1) V. O a w r o n s k i, Arbeiterschaft, Demokratie und Freiheitsrechte. Festschrift für Konrad lig.
Bern 1947, S. 20. - 8 -

2)

Ich war jetzt geneigt, aus Prof. Dr. Wilhelm Röpkes Buch *Die Lehre von der Wirtschaft* aus
dem 9. Kapitel den Text Ziffer 3, *Der dritte Weg*, hier einzufügen. Der Umfang von 10 Seiten
ist mir aber zu viel. Ich empfehle daher sein Buch in einer Bibliothek auszuleihen.



Ich will hier in der Hauptsache auf Professor Wilhelm Nölling hinweisen, er gehörte zu der „Viererbande“ die gegen die Bedingungen bei der Einführung des Euro geklagt hat. Darüber hinaus möchte ich auf einen Beitrag von Professor Joachim Starbatty zu einem Text von Gesell hinweisen:

**Eine kritische Würdigung der Geldordnung in Silvio Gesells
utopischem Barataria (Billig-Land)**

<https://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft129/starbatty.htm>

https://fragen-der-freiheit.de/Verzeichnisse/FdF_InhaltsVZ_systematisch.pdf

Von Prof. Schachtschneider habe ich mehrfach Beiträge gehört oder gelesen. An Professor Wilhelm Hankel erinnere ich mich nicht nur durch einen Vortrag in einer Wohnungs-Genossenschaft in Hannover und an kritische Anmerkungen von Karl Walker zu Hankels Vorstellungen von der Geldschöpfung, aber nicht an den inhaltlichen Differenzen. Die Walker benennt.

Zu den Autoren

Wilhelm Hankel, geb. 1929 in Danzig, Professor für Entwicklungs- und Währungspolitik an der Universität Frankfurt; Leiter der Abteilung «Geld und Kredite» im Bundeswirtschaftsministerium unter Karl Schiller Ex-Präsident der Hessischen Landesbank. Zahlreiche wirtschaftspolitische Berateraufgaben, u. a. in der VR China, Jordanien, dem Jemen und in der Russischen Föderation. Veröffentlichungen u. a. Währungspolitik, Stuttgart 1971/72, Weltwirtschaft Düsseldorf, Wien 1977, Caesar: Weltwirtschaft des Alten Rom, 1978, 1987, 1992, Ullstein TB, J. M. Kothes, München 1986; *Dollar und ECU. Leitwährungen im Wettstreit*, Frankfurt/M. 1992; *Die sieben Todsünden der Vereinigung Wege aus dem Wirtschaftsdesaster*, Berlin 1993; *Das große Geld-Theater. Über DM, Dollar, Rubel und Ecu*, Stuttgart 1995.

Wilhelm Nölling, geb. 1933 im Kreis Wittgenstein. Nach Berufsausbildung Studium in Köln, Hamburg und Berkeley (Master of Arts in Economics, 1964). Hochschullehrer von 1966 bis 1969; Mitglied des Deutschen *Bundestages* von 1969 bis 1974 (Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung). Als Hamburger Senator Mitglied des *Bundesrates* (Senator für Gesundheit von 1974 bis 1976, Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft von 1976 bis 1978, Senator für Finanzen von 1978 bis 1982). Präsident der Landeszentralbank Hamburg und Mitglied des *Zentralbankrates* der Deutschen Bundesbank von 1982 bis 1992. Seit 1992 Lehrtätigkeit und seit 1995 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: Seit 1987; Herausgeber der Reihe *Hamburger Beiträge zur Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa*; *Unser Geld - Der Kampf um die Stabilität der Währungen in Europa*, Frankfurt/M. 1993; *Monetary Policy in Europe after Maastricht*, London - New York 1993.

Karl Albrecht Schachtschneider, geb. 1940 in Pommern; Professor für Öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg; in den siebziger Jahren Rechtsanwalt in Berlin; Autor der Verfassungsbeschwerde gegen den Maas-tricht-Vertrag, die zum Urteil von 1993 geführt hat. Veröffentlichungen u.a.: *Das Sozialprinzip*, Bielefeld 1974; *Staatsunternehmen und Privatrecht*, Berlin 1986; *Res publica res populi*, Grundlegung einer Allgemeinen Republiklehre, Berlin 1994; *Die Euro-*

päische Union als Rechtsgemeinschaft (zus. herausgegeben mit W. Blomeyer), Berlin 1995; Sozialistische Schulden nach der Revolution, Berlin 1996, Die Republik der Völker Europas, ARSP-Beiheft 71, 1997.

Joachim Storbatty, geb. 1940 in Düsseldorf; Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Tübingen; Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Veröffentlichungen u. a.: *Stabilität in Europa. Strategien und Institutionen für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft* (zusammen mit A. Müller-Armack, R. Hasse und V. Merx), 1971; *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Bd. 1: *Von Platon bis John Stuart Mill*, Bd. II: *Von Karl Marx bis John Maynard Keynes*, (Hrsg.) 1989; *Die Wirtschafts- und Währungsunion auf dem Prüfstand. Schritte zur weiteren Integration Europas* (Hrsg. zusammen mit R. Hasse), Stuttgart 1997.

(Entnommen: **Die Euro-Klage** / Warum die Währungsunion scheitern muß, 1998)

Wilhelm Nölling habe ich 1966 in der Endphase meines zweijährigen Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik (HWP)⁴⁸ kennen gelernt. Er wurde am 17. November rund 2 Monate vor meiner Geburt geboren und starb am 21. November 2019. Seine erste Schulbildung erhielt er in einer Zwergschule.⁴⁹ Wie auch den oben eingefügten biographischen Angaben entnommen werden kann, hat er eine erstaunliche Karriere gemacht.

„Sein väterlicher Freund und Mentor war der Ökonom Prof. Georg Hummel, ein angesehener Keynesianer.“ Ich habe von dieser Hochschule erfahren als ich in der zweiten Phase der Ausbildung zum Bankkaufmann in der Spar- und Darlehnskasse Nörten-Hardenberg war. Von dort aus hatte ich noch Kontakt zu der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring.

<https://www.mariaspring.de/> Ich habe dort den Sommerkurs 1959 besucht und vorher den Winterkurs 1958 / 59 in der Bäuerlichen Heimvolkshochschule Rastede. Die HVHS Mariaspring hatte zwischenzeitlich einen Absolventen der HWP als Dozent eingestellt. Ich habe mir die Bedingungen für das Studium erklären lassen und mich nach dem Abschluss der Bankausbildung in der AWP für das dortige Studium beworben und die Aufnahmeprüfung bestanden. Studienfächer waren Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft und Soziologie. In dem zweiten Teil des Studiums musste man einen Schwerpunkt wählen VWL, BWL oder Soziologie. Der Abschluss war eine Graduierung z. B. zum Volkswirt. Ich hatte bis dahin eine hohe Meinung von der Wissenschaft gehabt und hoffte mehr über den Gehalt der Freiwirtschaftslehre zu erfahren. Da ich aus den Unterlagen zum Ablauf des Studiums und in den Vorlesungen davon nichts entdecken konnte, habe ich bei Karl Walker – eine prägende Kraft der Freiwirtschaftsschule von dem ich bis dahin nur etwas gehört hatte – angefragt, ob er das von ihm entwickelte volkswirtschaftliche Planspiel in der AWP demonstrieren würde, wenn er dazu eingeladen würde. Er antwortete mit Ja! Begeistert davon waren die Verantwort-

48 <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/ueber-den-fachbereich/geschichte.html>

49 https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_N%C3%B6lling

lichen in der AWP⁵⁰ nicht. Aber aufgrund meines Insistieren hat man die Einladung auf dem Weg gebracht und Walker eingeladen. Die AWP hatte damals jeweils hundert Studenten in den beiden Jahrgängen. Walker konnte sein Modell in dem fortgeschrittenen Jahrgang demonstrieren, so dass ich nicht dabei sein konnte. Zugetragen wurde mir dann, das man Walker nur eingeladen hätte, um ihn „abzuschießen“. Und als Bewertung erfuhr ich: „Buchführung können wir schon“. Man hatte nicht einmal verstanden, das die Buchführung nur dazu diente die Vorgänge, von denen nur gesprochen wurde, im und nach dem Ablauf sicht- und überprüfbar zu machen.

Ich habe Wilhelm Nölling in der AWP nur kurz erlebt, da ich im zweiten Jahr, im 17. Lehrgang dort war, hat er wahrscheinlich mit dem 18. Lehrgang gearbeitet. Mein Studium an der AWP beurteile ich heute besser, als zu der Zeit als ich im Studium drin war. Das lag einmal an dem Faktor Lebensumstände und langer Anfahrtsweg vom Wohnquartier. Die man auch als eine empirisch-soziologischen Teil des Studium werten kann.

Die Lebensumstände bestanden darin, dass meine damalige Freundin mir den Vorschlag gemacht hatte, dass wir heiraten sollten. Sie würde nach dem bald zu Ende gehenden Anerkennungsjahr als Fürsorgerin (heute Sozialarbeiterin) sich dann in erreichbare Nähe zum Studienort eine Arbeit suchen. Nachdem wir das ausdiskutiert hatten, haben wir das so beschlossen. Sie bekam dann auch prompt eine Stelle mit Wohnung. Alles schien günstig zu laufen. Dann kam die Nachricht: „Ich bin schwanger!“ Dann war kein Geld und keine Wohnung da. Nach einiger Mühe fanden wir ein Gartenhäuschen, mit einer Pumpe im Garten und einen Eimer als Klo im Schuppen. Kurz vor der Geburt stellte sich heraus, das wir Zwillinge zu erwarten haben. Nach der Geburt wurde uns dann mitgeteilt, dass ein Kind behindert ist. Der Versuch in unserer Hütte mit der Wohnsituation zurechtzukommen, scheiterte, weil die Windelwäsche bei Aprilwetter mit Regen und Schnee im Garten nicht durchzuhalten war. Diese, meine damalige Frau ist dann mit den Säuglingen zu ihren Eltern nach Hessen gezogen.⁵¹

Aber bevor das Studium zu Ende war, war das dritte Kind schon da. Unsere Situation wurde dadurch natürlich nicht besser. Ich habe nachgeschaut. Ich erhielt ein von der AWP ein Stipendium von monatlich 146,--- DM, ein Darlehen von mtl. 98,-- DM und ein Gebührenerlass von

50 Ralf Dahrendorf hatte von 1958 bis 1960 seine erste Professur für Soziologie. Der Bundes-Exminister Karl Schiller war von 1948 bis 1949 Kommissarischer Leiter der Akademie für Gemeinwirtschaft. Vorläufer der AWP. „ mit vielen prominenten Absolventen. Dazu gehören der frühere schleswig-holsteinischen Ministerpräsident Björn Engholm (SPD) ebenso wie der frühere BDI-Chef Hans-Olaf Henkel oder der langjährige Vorsitzende der früheren Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Roland Issen.“ SZ 17.5..2010. Gerhard Glogowski, Ex-Ministerpräsident von Niedersachsen ist ein Ex-Kommilitone von mir. <https://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.1%20Agenda%20N%201%20MP%20Glogowski%20Hauptteil.pdf>

51 Meine zweite Frau, die wohl glaubte aus mir einen „ordentlichen“ Ehemann machen, zu können ist eine Schwäbin.

125,-- DM. Davon konnten wir aber nicht existieren. Unsere Verwandtschaft beiderseits hat uns dann mit durch geschleppt.

Wir dachten erwartungsgemäß, dass sich die Situation nach dem Examen ändern würde. Ich hatte vor in der Erwachsenenbildung zu arbeiten, das war motiviert aus dem Gefühl heraus, von dem Guten, das ich dort erfahren hatte, wieder etwas zurückgeben zu können. Ich hatte auch die Vorstellung in dieser Arbeit nahe am Thema Ökonomie bleiben zu können. Ich hatte eine mündliche Zusage von einem Träger der Erwachsenen Bildung. Und sah dem Ende Studiums frohgemut entgegen.

Aber gegen Ende des Studiums hatte sich die wirtschaftliche Lage in der BRD verschlechtert. Ich bekam die Nachricht vom Bildungsträger, der mir das Arbeitsangebot gemacht hatte, das sie ihr Versprechen nicht einlösen könnte, weil ihnen Fördergeld vom Staat gestrichen worden wäre.

Nun zeigte sich der Nachteil für mich dadurch, dass ich weder politisch noch konfessionell eingebunden war, weil dieser Bereich des Arbeitsmarktes nicht neutral war und vermutlich heute auch noch nicht ist. Jedenfalls war ich und ein Mitstudent, der politisch links außen orientiert war, die einzigen Absolventen, die noch keinen Arbeitsvertrag in den Händen hatten. Da wir aber auch unsere neue Familie wieder zusammen führen wollten, haben wir ein Mietangebot eines kleinen Hauses (in zweiter Reihe) in Bremerhaven angenommen. Ich habe, bevor wir uns in Bremerhaven einquartiert haben, gewusst, dass dort der Arbeitsmarkt nicht besonders gut ist. Aber von seiner Wirklichkeit war ich dann überrascht. Es gab nicht einmal als Hilfsarbeiter im Hafen oder auf dem Bau Angebote zum Arbeiten. Die Graduierung zum Volkswirt war eher ein Hemmschuh als eine Förderung. Ich bin dann Mitarbeiter einer Versicherung – die den Beinamen Sterbehilfe hatte – im Außendienst geworden. Man hatte mir gesagt, dass für meine Kundenbesuche Anfragen von Interessenten vorlägen. In Wirklichkeiten waren es aber Bestandsadressen. Bei diesen Versicherten – es waren vorwiegend welche die bei der Post oder Bahn arbeiteten. Es war mühsam einen neuen Abschluss zu tätigen. Außerdem bin ich für so eine Tätigkeit viel zu sehr auf die Belange der Kunden eingegangen. Dass Gebiet, den ich abgrasen sollte, war riesig und die Kosten hoch. Bei allen negativen Aspekten hatte ich zu viel Politik im Kopf. Ich bin dann nach Bremen gefahren und habe dort im Hochbau als Drahtflechter gearbeitet. Die Fahrkosten standen aber in keinem Verhältnis zum Lohn und bin in eine Betonfabrik vor den Toren von Bremerhaven gewechselt und dann in diesem Lebensabschnitt als „Wirtschaftsflüchtling“ in Hannover gelandet. In Bremerhaven war uns da aber schon eine echte Achtundsechzigerin geboren worden. Meine Geschichte der Erfahrungen hört hier nicht, auf. Ich erzähle sie hier auch nicht, um Mitleid zu erhaschen, son-

dern: Ich habe mehr vorzuweisen, als ein paar Berufsabschlüsse und ich will auch deutlich machen, dass es mir nicht darum geht, eigenes Vermögen und den Mittelstand⁵² zu verteidigen. Wenn ich mich für die Marktwirtschaft einsetze und sage, dass wir den Kapitalismus überwinden müssen, geht es mir um die Bekämpfung der Armut, den Gewinn an Freiheit, soziale Sicherheit und einen Erfolg bei dem Streben nach Frieden und Chancengleichheit.

Ausgangspunkt dieser kleinen Lebensbeichte war Wilhelm Nölling mit seiner erstaunlichen Karriere. Obwohl ich ihn nur mit Distanz 1966 in der AWP begegnet bin und ihn danach nur einmal als Referent in den Mündener Gesprächen erlebt habe und ein zweites Mal mit seiner und meiner Frau zusammen auf seinem Bauernhof bei Hamburg. In seinen brieflichen Mitteilungen hat er mich als „lieber Tristan“ oder „lieber Freund“ angesprochen. Eine richtige Freundschaft hätte das auch werden können, wenn der Sensemann ihn noch ein paar Jahre Zeit gelassen hätte. Wir hätten uns noch viel zu sagen gehabt. Ich war richtig betrübt als ich die Nachricht von seinem Tode bekam. Nach meiner Zeit in Hamburg hat er aber in größeren Zeitabständen Post von mir erhalten. Ein Brief von mir aus dem Jahr 1971 zum Thema Bodenrecht füge ich hier ein. Aufgrund der besseren Lesbarkeit muss ich den wohl in eine neue Fassung übertragen.

00000

Tristan Abromeit
3000 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstraße

4. 1. 71

Herrn
Dr. Wilhelm Nölling W.A.,MdB
5300 B o n n
Bund eshaus

NDR II, Sendung >> Deutsches Forum - Gedanken zur Politik der Gegenwart-<<

Sehr geehrter Herr Dr. Nölling,

ich war vorhin erfreut, eine Stimme aus dein Hörsaal der Akademie für Wirtschaft und Po-

⁵² Den Begriff Mittelstand,, abgeleitet von einer Ständegesellschaft, die sich mit dem Begriff Demokratie nicht gut verträgt, halte ich nicht für eindeutig genug, um Missverständnisse zu vermeiden.

litik im Rundfunk wieder zuhören, nämlich Ihre.

Erfreut bin ich auch, daß Sie sich als Bundestagsabgeordneter des Bodenproblem angenommen haben. Einen Teil der Unlust, die mir die volkswirtschaftlichen Vorlesungen an der AWP (1964/66) verschafft haben, sind nämlich darauf zurückzuführen, daß diese Fragen so gut wie gar nicht behandelt wurden.

Das Unbehagen an der (sozialen) Marktwirtschaft rührt m.E. daher, daß die Ursachen für das Verteilungsproblem nicht erkannt werden und daher die praktizierten Lösungsversuche auch regelmäßig fehlschlagen.

Wenn ich als FDP-Politiker ohne Mandat und Amt die Diskussionsbeiträge des SPD-Mitgliedes Nölling und des CDU-Mitgliedes (Dr.) Westphal ergänzen darf, so stimme ich der Bemerkung von Prof. Lage zu, daß die bisherigen *Bemühungen und Gesetzesplanungen* der Bundesregierung und des Bundestages nicht ausreichen, um das Bodenproblem zu lösen. Die Vorstellung von Dr. Westphal, durch Verkauf von staatlichen Boden zu niedrigen Preisen den Bodenmarkt zu entlasten, ist kein Beitrag zur Problemlösung, da übersehen wird, daß der Boden absolut knapp ist, woran die unterschiedlichen Intensitätsgrade der Bebauungsfreigabe auch nichts ändern und daß dadurch neue Vermögensverteilungsungerechtigkeiten entstehen.

Wenn ich richtig verstanden habe, so sind Sie der Meinung, daß das Bodenproblem ein städtisches, speziell europäisches bzw. bundesrepublikanisches Problem sei. Des trifft nicht zu. Das Bodenverteilungsproblem ist weder in den sozialistischen Staaten, noch in den übrigen Staaten der Welt gelöst. Auch ist keine vernünftige Agrarpolitik ohne Bodenreform zu betreiben.

Das Bodenproblem ist aber durchaus im System der Marktwirtschaft zu lösen, denn es ist möglich, die Bodenrente der Allgemeinheit zuzuführen und die Nutzung des Bodens (durch Städtebau oder Landwirtschaft) nach den Prinzipien des Wettbewerbes vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Abromeit

Ø an Herrn Udo Kölsch, NDR II, Hbg.

Anlage: Ein Beitrag von H.K.R Müller zum Thema, Sonderdruck aus der Zeitschrift "Fragen der Freiheit", die schon viele Berichte und Artikel zum Bodenproblem brachte.

00000

Ich schätze, dass ich Wilhelm Nölling die nachfolgende benannte Arbeit mit fünf Anhängen auch geschickt habe, zu mindesten als Link.

- 5.0  **Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik** (44 Seiten, 248 KB)
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat - *Oktober 1989*

00000

Die Mündener Gespräche, an der Wilhelm Nölling teilgenommen hat, habe ich hier gefunden:

<https://www.stiftung-geld-boden.de/suche.html?keywords=Wilhelm+N%C3%B6lling>

Hat die Bundesbank noch eine Zukunft?" Prof. Dr. Wilhelm Nölling, LZB-Präsident a.D., Hamburg: Zum ... Braasch, Jörg Gude, Ekkehard Lindner, Prof. Dr. Wilhelm Nölling und Helmut Creutz (v.l.n.r.) zurück zur ...

Prof. Dr. Wilhelm Nölling, LZB-Präsident a.D., Hamburg:

Zum künftigen Verhältnis zwischen der Europäischen Zentralbank und der Deutschen Bundesbank
18. Mündener Gespräche am 4. und 5. November 1995

Außer dem Vier-Autoren-Buch „**Die Euro-Klage** / Warum die Währungsunion scheitern muß“ habe ich noch den „**Nachklang zum Anker-Buch** / Kritische Anmerkungen zu Rezensionen und zum heissgelaufenen Kapitalismus“, 2009, 3. Auflage, vorliegen. Ich bringe ein paar Abschnitte aus dem zweiten Teil „Folgen des heißgelaufenen Kapitalismus“:

III. Zeitenwende oder Ursachen und Folgen des heißgelaufenen Kapitalismus

1. War die Entwicklung zum heißlaufenden Kapitalismus vorhersehbar?

Für mich war spätestens seit Sommer 2007 klar, daß meine Sorgen über die von den USA ausgehenden gewaltigen finanzwirtschaftlichen Eruptionen die Entwicklung zum «heißlaufenden Kapitalismus» beschleunigen würden und daß höchste Alarmbereitschaft geboten war (im privaten Bereich habe ich deshalb schon im September 2007 die mir möglichen Abwehrvorkehrungen getroffen).

Wer meint, ich würde hier sozusagen »post festum« schreiben, den möchte ich wiederum auf Ergebnisse vorangegangener Analysen hinweisen. Lange vor Ausbruch der größten Weltwirtschaftskrise der neueren Zeit hatte ich mich mit den Faktoren beschäftigt, die sie schließlich ursächlich herbeiführten. Ich bin keine Ausnahme von der Regel, daß sich jeder Autor freut, wenn seine Analysen, Vorhersagen und Warnungen nicht völlig daneben liegen.

Der Euro als Problemverstärker. Deshalb greife ich zunächst auf eine Publikation zurück, die ich vor genau neun Jahren geschrieben habe (veröffentlicht im Frühjahr 2001: «Euro - der Sozialstaatsbruch» in Hankel, Nölling, Schachtschneider, Starbatty: «Die Euro-Illusion», rororo Hamburg, S. 107 – 190).

Damals hatte ich mich etwa ein Vierteljahr lang mit den Auswirkungen der Währungsunion auf unsere soziale Lage und Sozialpolitik beschäftigt und den Fehler begangen, diese etwa 90 Seiten nicht als Monographie zu veröffentlichen. Dadurch ist sie - soweit ich feststellen konnte - in der sozialpolitischen Literatur völlig unbeachtet geblieben.

Sie noch einmal zu lesen, hat mir u. a. vor Augen geführt, was ich damals noch an sozial- politischem und national-ökonomischem Wissen parat hatte und zusammenführen konnte; eine Leistung, die eindrucksvoll ist, aber auf keinen Fall wiederholbar wäre, nicht einmal in eine Neuherausgabe.

Auf welche Problemfelder, die inzwischen im Mittelpunkt der Krise stehen, ich damals aufmerksam machte, sollen einige wenige Zitate verdeutlichen (in Auszügen von 2001, S. 125 – 128): »Kaum ein anderer Begriff ist in den letzten Jahren weltweit so stark und häufig verwendet worden wie Globalisierung. Weltumspannende Kontakte und wirtschaftliche Austausch sind nichts Neues. Autarkiebestrebungen und gezielte Importsubstitutionspolitik zur Verringerung der Auslandsabhängigkeit gehören der Vergangenheit an.

Die erste Voraussetzung war die Abwesenheit von weltumspannenden Kriegen, also die Garantie einer insgesamt friedlichen Welt, und zum anderen die allgemein akzeptierte Einsicht/Erkenntnis, daß große ökonomische Vorteile in der Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung, im internationalen Güter- und Dienstleistungsaustausch liegen, die auf andere Weise nicht verfügbar gemacht werden können.

Erst dann, wenn Rohstoffe, Ersatzteile, Vor- und Zwischenprodukte plötzlich nicht mehr verfügbar sind und nicht substituiert werden können oder wenn Absatzmärkte geschlossen oder stark verringert werden, zeigt sich die Störanfälligkeit dieser Vernetzung. Sie wird gemildert durch den in der weltumspannenden Integration angelegten Wettbewerb sowie die große Flexibilität und die daraus resultierenden Ausweichmöglichkeiten international operierender Unternehmen und Finanzinstitute.

Den Vorteilen der Globalisierung der Märkte steht nicht nur die erwähnte Störanfälligkeit und die Ambivalenz der weltwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung gegenüber. Auch die zunehmenden Umweltbelastungen sowie die sozialen Spannungen durch Ausbeutung und krasse Einkommens- und Vermögensungleichheiten trüben das Bild einer >durchhaltbaren< (sustainable) Entwicklung zum Nutzen aller.

Die EWU soll einerseits dazu beitragen, daß Europa sich in diesem weltweiten Wettbewerb besser behaupten kann. Andererseits trägt sie eigenständig zur Intensivierung des Wettbewerbs der Teilnehmerländer untereinander bei. Und es ist keineswegs sicher, ob die damit einhergehenden Steuerungsprobleme nicht per Saldo Europa eher politisch fragmentieren und schwächen.

Solange es in der Welt einen »Wettbewerb der Systeme« gab, hat dieser die kapitalistischen Ordnungen gleichermaßen zu hoher Produktivität stimuliert wie auch sozial im Zaum gehalten, gemäßigt und so politisch im Gleichgewicht gehalten. Aber:

»Heutzutage wird dem Problemlösungsmechanismus 'Markt' und 'Wettbewerb' mehr Bedeutung als je zuvor beigemessen, und reihenweise werden metaphysisch motivierte und marktregulierende Vorstellungen und Eingriffe im um sich greifenden Shareholder-Value-Denken über Bord geworfen.

Kurzfristigkeit des Denkens und Planens, offenes Mißtrauen gegen Sozialpolitik zum Schutze anderer, Steuervermeidung bis an die Grenzen der Legalität, Steuerhinterziehungen und entsprechend motivierte Kapitalflucht, erhebliche Zunahme der Schwarzarbeit und jedweder Ausnutzung sozialer Leistungen, klar um sich greifende Korruption und Unverständnis für Anliegen der Arbeitnehmer in den Betrieben, Verdichtung der Arbeitsanforderungen verbunden mit Entlassungen, um Produktivität und Gewinnmargen unter allen Umständen zu erhöhen, kennzeichnen den Trend der Veränderungen von Gesellschaft und Wirtschaft.«

Störanfälligkeit bis zur Selbstvernichtung? Im leider bisher zu wenig beachteten Band 3 des *Anker-Buches* bin ich weiter gegangen und habe (ab S. 991 f.) die Frage zu beantworten versucht, ob wir es inzwischen mit einer »Zeitenwende« zu tun hätten, oder anders herum, ob gute Aussichten für »Welt-Untergangs-Propheten« bestünden?

Ich fragte, ob es »zu weit hergeholt« sei, wenn ich fürchte, daß »sich die Menschheit auf den Rand des Weltuntergangs zu bewegt«?

Die Überlegungen hierzu ergaben sich aus den Einzelteilen meiner vorangegangenen Analysen, d. h. unter anderem aus den Aussagen zur »Dominanz der Ausbreitung der Wirtschaftsordnung kapitalistischer Prägung mit der ungezügelten Kapitalmobilität«, zu den Wucherungen »der dazu passenden gemeinschafts- und politischschädlichen neoliberalen Vorstellungen über das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft«, zu der Einbeziehung »der ganzen Welt in die Arbeitsteilung und der damit verbundenen Probleme - vor allem der Verurteilung zu Massenarbeitslosigkeit und rasender Umweltzerstörung«.

Ich meinte, daß man schon von einer Zeitenwende sprechen müsse. »Wenn den

gebündelt auftretenden neuen Herausforderungen von großer Umsetzungskraft durch überwiegend marktliche Koordinierung begegnet werden soll, erscheint eine vernunftgemäße und friedliche Bändigung ausgeschlossen. Der Satz: 'Je größer die Probleme, desto einfacher die Antworten' kann nicht richtig sein.«

Nur wenn »Katastrophen im Weltmaßstab über Nacht nicht gebündelt« auftreten, könnte eine Art Kernschmelze immer wieder verhindert werden.« Ich fügte hinzu, daß nach meiner Meinung »die neuen Kriege wahrscheinlich mit den Mitteln des unbeschränkten Austausches von Gütern, Kapital und Dienstleistungen betrieben werden.«

Was nicht vorhergesehen werden konnte, war, daß das Herzstück des außer Rand und Band geratenen Kapitalismus, nämlich die Geldmärkte, auf unabsehbare Zeit kollabieren und die Kernelemente der Wirtschaftsordnung sich radikal verändern würden. Darunter verstehe ich, daß die Schleusen der Zentralbankgeldschöpfung in aller Welt voll geöffnet und die wirtschaftspolitische Rolle des Staates innerhalb weniger Monate (Jahreswende 2008/9) gänzlich neu bestimmt wurden. Von einem Tag zum anderen vollzog sich die Hinwendung zur Förderung jahrzehntelang (vor allem wegen der EWU) zurückgeschnittener Infrastrukturmaßnahmen einerseits und die massenweise Rettung vom Untergang bedrohter Finanzinstitute und Unternehmen andererseits' Inzwischen wird, wenn auch erst allmählich, verstanden, daß dauerhaft höchste Alarmbereitschaft geboten ist. Diese Veränderungen haben - seit vielen Jahren aufgezählt und beschrieben - nach einer längeren Trächtigkeitsperiode und in ihrer Zusammenballung den plötzlichen, in dieser Heftigkeit unerwarteten Absturz der Weltwirtschaft im Jahre 2008 hervorgerufen, die seitdem wie »unter Schock« steht. Soweit die Rekapitulation meiner Besorgnisse über die Weltwirtschaft und ihre Schwachstellen vor und nach der Jahrtausendwende. ... (S. 63 f.f.)

10. «Verantwortung in der Krise?»

Text des Vortrages im Haus des CVJM in Hamburg am 23. Januar 2009

Wenn es gar nicht mehr anders geht, hört man zuweilen: »Ich übernehme die Verantwortung« oder »da stiehlt sich jemand aus der Verantwortung«.

Was heißt das? Im Sprachgebrauch wird davon ausgegangen, daß jemand was falsch gemacht hat, daß ihm etwas mißlungen ist, wenn er so spricht. Denn wer was richtig gemacht hat, wird im Allgemeinen danach streben, daß seine Leistung, also was Positives, auch anerkannt wird, oft nach dem Motto: Der Sieg hat viele Väter.

Gehen wir davon aus, daß Verantwortung die Identifikation oder Zuordnung einer Handlung, eines Ergebnisses, einer Leistung zu einer Person oder zu einer Institution ermöglichen soll. Kompliziert wird das dadurch, daß die Suche nach Verantwortlichen für größeres Versagen, also Krisen, in der Regel nicht nur einen Verursacher zutage fördert und deshalb die Verantwortung vernebelt und die Abwälzung erleichtert werden. Solche Überlegungen wären nicht so wichtig, wenn nicht Verantwortung unmittelbar und untrennbar mit Sanktionen, negativen und natürlich auch positiven,

verbunden ist oder sein müßte.

In der Verantwortung versagt zu haben und dies zuzugeben, kann bedeuten, strafrechtlich belangt zu werden, Schadensersatz zahlen zu müssen, Ansehen zu verspielen, Einkommen zu verlieren, ein öffentliches Amt aufgeben zu müssen, davon verjagt zu werden!

Zwei schädliche Ausweichmanöver. Menschlich verständlich, aber sozial und politisch schädlich, sind zwei Ausweichmanöver: entweder jedes Eingeständnis zu verweigern oder/und keine Verantwortung mehr zu übernehmen. Wieweit solche Überlegungen nützlich sein können, um Krisen zu verstehen und schließlich zu bewältigen, will ich an einigen Beispielen aufzuzeigen versuchen. Was gehört unbedingt zur notwendigen Verantwortungsbereitschaft, eigentlich eines jeden Menschen? Ich nenne: Sachverstand und Information, Erfahrung, ein intaktes Wertsystem und Mut. Warum so viele Voraussetzungen? Weil Verantwortung nichts wert ist ohne Glaubwürdigkeit. Wer diese Anforderungen für richtig und ihre Erfüllung in den meisten wichtigen Entscheidungsprozessen für notwendig hält, muß erkennen, daß sie oft nicht vorhanden sind, nicht ernst genommen werden. Deshalb wird/ muß immer wieder daran erinnert werden, deshalb gibt es die Prediger der Moral, die Moralapostel. In der Bibel ist von Predigern in der Wüste die Rede. Wenn er dort seine Stimme erhebt, wer wird ihn hören, wer wird ihn hören wollen? Und ist die Stimme immer klar genug?

Was ist Krise? Eine negative Abweichung von der gewohnten oder erwarteten Normalität, ein individuelles oder systemimmanentes Versagen. Alle Erscheinungsformen haben Ursachen, oft viele Ursachen! »Gelobt sei das Unglück, das allein kommt«. Und es sind fast immer Menschen, die, auch wenn sie das Unglück schon nicht verursacht haben, doch damit fertig werden müssen und nun Verantwortung für deren Bewältigung übernehmen müßten.

Verantwortungsbereitschaft von zentraler Bedeutung. In meinem »Anker-Buch« habe ich keine andere Erkenntnis aus meinem mehr als 50-jährigen Berufserleben so sehr betont wie Verantwortungsbereitschaft. Mit einer einfachen »Ringtheorie« läßt sich demonstrieren, wie komplex das Thema ist oder sein kann. Zunächst ist jeder für sich selbst verantwortlich, dann für alle seine Familienmitglieder, für seine Mitarbeiter, für seine Freunde, für die Gemeinschaft, in der er lebt und die ihm die Möglichkeit zur Gestaltung seines Lebens gibt, hier meine ich das Gebiet von Wirtschaft und Politik.

Was Moral bedeuten kann? Ich will nur über die Gefahren im »äußersten Ring« sprechen: nämlich Versagen im Dienst am Gemeinwesen. Um dies zu vermeiden, soll es eine »öffentliche Moral« geben. Ich sehe den Unterschied zur privaten nicht. Als ich 18 Jahre und seit längerem schon ein sehr lernwilliger Mensch war, gewann ich einen Berufswettkampf der DAG. Das war 1952. Seither habe ich den damals vom Festredner gebrauchten und variierten Spruch im Kopf: »Und handeln sollst Du so als hinge von Dir und Deinem Tun allein das Schicksal ab der ganzen Dinge und die Verantwortung wär' Dein.« Ich wußte nicht, daß hier Kant und Fichte im Spiel waren.

Als wir vier Professoren vor über 10 Jahren ins Feld zogen, um die aus unserer Sicht verfrühte und übereilte Währungsunion zu verhindern, schlug ich vor, einen Spruch von Martin Luther zur Grundlage unserer Absichten zu machen: »Und tue, was Du schuldig bist zu tun in Deinem Berufe«.

Ich glaube, die meisten von uns haben solche oder ähnliche Sprüche im Kopf, um eine Art Leitseil für unser tägliches Entscheidungsleben zur Hand zu haben.

Der Zweck heiligt die Mittel? Beispiele dafür, daß in großem Maßstab gegen solche Maximen verstoßen worden ist und jeden Tag verstoßen wird, kann jeder beibringen. Im SPD-politischen Bereich haben wir z. B. brandneue Verantwortungslosigkeit in den letzten Monaten in Hamburg-Eimsbüttel erfahren sowie in Hessen. Beide Male sind die Maßstäbe für anständiges, richtiges Verhalten und für die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen verloren gegangen mit verheerenden politischen und organisatorischen Folgen. Dies hat jetzt schmerzhaft nur die SPD getroffen, aber haben wir nicht genügend Beispiele aus der Nachkriegszeit, daß im politischen Bereich lange nicht alles so verantwortungsbewußt gelaufen ist, wie wir uns das gewünscht haben (s. die häufigen Parteispenden-Skandale).

Aus vielen Beispielen hat man inzwischen den Eindruck gewonnen, daß der Grundsatz, der Zweck heilige die Mittel, immer mehr für eine praktische Handlungsanweisung gehalten wird.

Was nun die Krisen in großem Maßstabe, ja im Weltmaßstab angeht, so haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Welt immer wieder, wenn auch nicht in bestimmbaren Zeitabständen, Menschen hervorgebracht hat, die eine Umkehr bewirken können nach dem Motto: cometh the hour, cometh the man, d. h. es gelangen dann Menschen in verantwortungsvolle Positionen, die in ihrer Zeit das fast Unmögliche anstrebten und schließlich viel erreichten. In der Nachkriegszeit fallen uns Politiker wie Ludwig Erhard, John F. Kennedy, Michail S. Gorbatschow, Willy Brandt, Helmut Schmidt und nun vor allem der amerikanische Präsident Barack Obama ein.

Der neue US-Präsident - ein leuchtendes Beispiel! Programm und Antrittsrede des neuen Präsidenten sind ein leuchtendes Beispiel dafür, daß Politik auch ganz anders, d. h. im Dienst am Gemeinwesen statt im Dienst am geldgierigem Kapitalismus geistig unterfüttert werden und politisch verantwortet werden kann. Diese Rede war auch eine Abrechnung mit einer Politik, die den abtretenden Präsidenten als Hauptverantwortlichen schonungslos bloßgestellt oder sogar »verprügelt« hat. Die derzeitige Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, die uns vor allem beschäftigt, hat sich langsam entwickelt, ist aber bis heute noch nicht überall »angekommen«, oder besser gesagt, hat die Grundstimmung der Bevölkerungen noch nicht total verändert. Aber ratlos sind die meisten Menschen: was sollen sie tun, um sich existentiell zu schützen und sie fragen sich, ob sie Vertrauen in die Maßnahmen der Politiker haben können.

Heißlaufender Kapitalismus und Gefahr des Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung. Daß der Kapitalismus moderner Prägung, der nach der totalen Niederlage des Oppositionsmodells die ganze Welt überzogen hat und triumphierte, für den auch überall Platz gemacht wurde, sich in bedrohlicher Weise heißlaufen würde, ist seit längerem in ungezählten Büchern und Aufsätzen beschrieben worden. Es kommen einem die Titel von Turbo- und Casino-Kapitalismus sofort als griffige Bezeichnungen in den Kopf.

Was nach meiner Meinung aber nicht vorstellbar schien und deshalb nicht vorhersehbar war, zeigt sich im Zusammenbruch des Herzstücks dieses Kapitalismus, der Geldmärkte. Dieser Zusammenbruch dauert nun schon anderthalb Jahre. Firmen-

schließungen, Arbeitslosigkeit, höhere Staatsverschuldung, höhere Verbrechensraten, Hunger und Armut und Verwahrlosung ja, ja, das war als übliches Horrorgemälde leicht zu zeichnen, aus der Vergangenheit abzuleiten. Aber daß die Finanzwelt aufhören würde zu atmen, diese menschliche Organisation mit ihren Millionen Akteuren - ursächlich für das andauernde und sich verstärkende Desaster - das war nicht vorstellbar. Wir haben es mit einer schwer zu heilenden, schwer zu bekämpfenden Weltkrise zu tun, d. h. wir können nicht darauf hoffen, daß asymmetrisch verlaufende wirtschaftliche Entwicklungen allmählich wieder in einen Wachstumspfad der ganzen Welt einmünden. Die Frage erscheint berechtigt, ob die schwer zu lösenden Probleme schließlich zu flächendeckender Unregierbarkeit und Gefährdung der öffentlichen Ordnung in weiten Teilen der Welt führen wird.

Banker dürfen nicht beiseite stehen - Privatisierungen öffentlicher Aufgaben müssen aufhören. Und die Vertreter der Bank-Maschinerie, die mit in die Speichen greifen müßten - um das Äußerste zu verhindern -, handeln in vielen Fällen wie die Kinder, die sich die Finger verbrannt haben. Sie packen das Feuerzeug nur noch mit feuerfesten Handschuhen an, wollen auf Nummer sicher gehen, verstärken die Anforderungen an Kredite, erhöhen die Zinsen, verweigern sie mit Ausnahme derer für den Staat. Der erlebt nun eine Renaissance, eine Hochschätzung als Retter of last Resort, was die Vertreter einer weitgehend freien Marktwirtschaft ein für alle mal für nicht mehr notwendig, ja für schädlich, für überwunden hielten. Die Gewaltigen dieser Ideologie in der 'Wirtschaft hatten sich das freie Schußfeld vom Staat besorgt, bestehende Regeln abgeschwächt und sich die Regeln selbst gegeben oder zurechtgebogen. Auch viele Vertreter der Staatsgewalt waren zunehmend der Meinung: »Ja, markets know best«, denn Privatisierungen staatlicher Aufgaben bringen uns weniger Verantwortung und mehr Geld für unsere gigantischen Projekte (s. Elbphilharmonie), als herausragendes Beispiel aus Hamburg sei es genannt.

Leider sind diese schrecklichen Verirrungen mit schwer zu korrigierenden Konsequenzen belastet und - wenn überhaupt - nicht von einem auf den anderen Tag aus der Welt zu schaffen.

Die neuen Leuchtfeuer: Rendite, Bonus, Shareholder-Value. Natürlich weiß ich als politischer Ökonom um die Bedeutung einer hypertrophierten Wirtschaftsgesinnung aus der einen oder anderen Richtung. Unsere jetzige, die im »Geld mit Geld verdienen« einzigartige Triumphe feierte, verdient besondere Hervorhebung. Sie ist verantwortlich dafür, daß die produktiven Grundlagen der Gesellschaft vor allem in den geistig führenden Staaten USA und Großbritannien gering geschätzt wurden. Sie förderte die Bereitschaft, die Ordnung zum Teufel gehen zu lassen. Ich spreche von deren Industrie und staatlicher Infrastruktur als unerläßliche Grundlagen für jede Wohlfahrt und für jedes dauerhafte Überleben einer Gesellschaft. Daß durch die Deformation der an sich fruchtbaren Wirtschaftsgesinnung der freien Welt - gelenkt durch irreführende Leuchtfeuer wie Rendite, Bonus und Shareholder Value - eine ganze Welt an den Rand des Abgrundes geraten würde, war aber kaum vorstellbar, so sehr uns auch schon in den 60er Jahren Professor Gulicks Spruch aus Berkeley einleuchtete: »They leave everything to laissez faire in the certainty that it will go to the devil«.

Makroökonomische Politik ist wieder »in«.

Das Neue und wenn man so will Ermutigende ist nun, daß die »Politik« manchmal überraschend schnell, manchmal leider auch zu langsam, die Löschzüge aus den zugammelten und verstaubten Arsenalen wieder hervorholte. Hatten deren Vertreter lange Jahre Freude an der leuchtenden Pracht der gewaltigen Gewinne der Finanzwelt und der unerhörten, geradezu obszönen Milliarden Gewinne einzelner Fürsten dieser Welt gezeigt - vorausgesetzt, sie zahlten die Steuern dafür - so waren es nun ausgerechnet die Hüter der Währungen, die amtlich bestellten Bekämpfer von Inflation, die die Geldschleusen öffneten. Die »Geldkrankheit mit Geld zu bekämpfen«, bildet seit Juli 2007 das politische und ökonomische Hauptrezept der konzentrierten und aufeinander abgestimmten Bereitstellung von Zentralbankgeld für die ganze Welt. Dieser Geldfluß schädlich, für überwunden hielten. Die Gewaltigen dieser Ideologie in der 'Wirtschaft hatten sich das freie Schußfeld vom Staat besorgt, bestehende Regeln abgeschwächt und sich die Regeln selbst gegeben oder zurecht gebogen. Auch viele Vertreter der Staatsgewalt waren zunehmend der Meinung: »Ja, markets know best«, denn Privatisierungen staatlicher Aufgaben bringen uns weniger Verantwortung und mehr Geld für unsere gigantischen Projekte (s. Elbphilharmonie), als herausragendes Beispiel aus Hamburg sei es genannt.

Leider sind diese schrecklichen Verirrungen mit schwer zu korrigierenden Konsequenzen belastet und - wenn überhaupt - nicht von einem auf den anderen Tag aus der Welt zu schaffen.

Die neuen Leuchttfeuer: Rendite, Bonus, Shareholder-Value. Natürlich weiß ich als politischer Ökonom um die Bedeutung einer hypertrophierten Wirtschaftsgesinnung aus der einen oder anderen Richtung. Unsere jetzige, die im »Geld mit Geld verdienen« einzigartige Triumphe feierte, verdient besondere Hervorhebung. Sie ist verantwortlich dafür, daß die produktiven Grundlagen der Gesellschaft vor allem in den geistig führenden Staaten USA und Großbritannien gering geschätzt wurden. Sie förderte die Bereitschaft, die Ordnung zum Teufel gehen zu lassen. Ich spreche von deren Industrie und staatlicher Infrastruktur als unerläßliche Grundlagen für jede Wohlfahrt und für jedes dauerhafte Überleben einer Gesellschaft. Daß durch die Deformation der an sich fruchtbaren Wirtschaftsgesinnung der freien Welt - gelenkt durch irreführende Leuchttfeuer wie Rendite, Bonus und Shareholder Value - eine ganze Welt an den Rand des Abgrundes geraten würde, war aber kaum vorstellbar, so sehr uns auch schon in den 60er Jahren Professor Gulicks Spruch aus Berkeley einleuchtete: »They leave everything to laissez faire in the certainty that it will go to the devil«.

Makroökonomische Politik ist wieder »in«. Das Neue und wenn man so will Ermutigende ist nun, daß die »Politik« manchmal überraschend schnell, manchmal leider auch zu langsam, die Löschzüge aus den zugammelten und verstaubten Arsenalen wieder hervorholte. Hatten deren Vertreter lange Jahre Freude an der leuchtenden Pracht der gewaltigen Gewinne der Finanzwelt und der unerhörten, geradezu obszönen Milliarden Gewinne einzelner Fürsten dieser Welt gezeigt - vorausgesetzt, sie zahl-

ten die Steuern dafür - so waren es nun ausgerechnet die Hüter der Währungen, die amtlich bestellten Bekämpfer von Inflation, die die Geldschleusen öffneten. Die »Geldkrankheit mit Geld zu bekämpfen«, bildet seit Juli 2007 das politische und ökonomische Hauptrezept der konzentrierten und aufeinander abgestimmten Bereitstellung von Zentralbankgeld für die ganze Welt. Dieser Geldfluß ist inzwischen eine verlässliche Größe, die nur leider nicht in dem gewünschten Maße abgefordert und in den Dienst der Rehabilitation gestellt wird.

Zauberwort: Nachfragepolitik und das Beispiel aus der Fußballwelt. Die zweite ermutigende, verantwortungsvolle Reaktion der Politik besteht in dem Rückgriff in die Mottenkiste der ökonomischen Dogmen-geschichte und der erfolgreichen Wirtschaftsgeschichte langer Jahrzehnte der Nachkriegszeit in Europa, aber insbesondere auch in den USA. Lehren aus der Geschichte werden offensichtlich beherzigt. Das Zauberwort ist Nachfragepolitik, die in geradezu gigantischen Größenordnungen vorbereitet wird, um die Lücken auf den Märkten zu schließen, die sich allmählich in immer größer werdenden Dimensionen zeigen. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn Ursachen und Dimensionen der Krise früher erkannt worden wären und eine Koordination der Maßnahmen der Weltakteure angestrebt worden wäre, vor allem auch innerhalb Europas. Diese für den Erfolg so wichtigen Voraussetzungen waren aber u. a. aus nationalpolitischen Gründen nicht zu schaffen! Gelingt es nicht, die Gesamtnachfrage an die in der ganzen Welt brachliegenden Kapazitäten heranzuführen, dann wirkt sich das etwa so aus, als würde man Fußballmannschaften zumuten, mit einem nicht prall gefüllten Ball zu spielen.

In der Politik und in der Darstellung der Problemprioritäten wird meines Erachtens nicht deutlich genug unterschieden, daß es vor allem und in erster Linie um die Wiederbelebung der Weltwirtschaft gehen muß und erst in zweiter Linie um den Aufbau einer sogenannten »Finanzarchitektur«. Auch für diese Aufgabe müssen Antworten gefunden werden, aber deren Komplexität und Umsetzungsproblematik stellen unerhört zeitraubende und Interessen ausgleichende Herausforderungen für alle Beteiligten dar. Daß zum Beispiel etwa zwei Drittel der Weltfinanzwirtschaft erstmalig Kontrollen unterworfen werden müssen, macht die Sache nicht leichter.

Inflation oder Deflation? Wie geht es weiter, werden wir entweder eine kräftige weltweite Inflation oder Deflation bekommen?

Ich halte beides für möglich, wenn auch nicht innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre. Dabei mag die Deflation sehr bald in den Vordergrund treten und Inflation auf einige Zeit vertreiben. Wie allerdings der Wettlauf zwischen den weltweit sich zeigenden, regional und sektoral unterschiedlichen Angebotsverringerungen einerseits und der Unterlegung von Nachfrageausweitung durch staatliche Ausgabenprogramme sowie vor allem eine erst einmal auf Dauer angelegte Geldschwemme andererseits ausgeht, ist seriöserweise nicht vorherzusagen. Es ist durchaus möglich, daß ein gewisses Maß

Ende Wilhelm Nölling / Auszüge aus Nachklang zum Anker-Buch

TA Seite – 125 – Text 182.0.2

E V A N G E L I S C H E A K A D E M I E L O C C U M



ALFRED MÜLLER - ARMACK



25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes
kritische Analyse — zukünftige Gestaltung



Wirtschaftslenkung
und
Marktwirtschaft



Frieden
+
Freizügigkeit
+
Leistungsbereitschaft
=
in einem sozialen Rechts- und Industriestaat
=
Stabilität + Fortschritt

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes

kritische Analyse — zukünftige Gestaltung

Tagung vom 6. bis 9. Oktober 1972

Leitung der Tagung: Dr. Bodo B. Gemper, F.S.S., Köln/Siegen*)

Der Grundstein für die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde vor 25 Jahren gelegt, als im Jahre 1947 Alfred Müller-Armacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ erschien und Wilhelm Röpke sein Manuskript über „Die Ordnung der Wirtschaft“ verfaßte. Zwei Jahre später hat sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Gegenwärtig wird der Vorwurf laut, daß auch die Soziale Marktwirtschaft die in sie gesetzten Erwartungen, zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme beizutragen, nicht erfülle.

Die Evangelische Akademie Loccum lädt ein, eine Zwischenbilanz zu ziehen, das heißt,

- die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft sachlich und kritisch zu analysieren,
- Wege und Methoden zu erkunden, wie diese Wirtschaftsordnung auf veränderte Verhältnisse ausgerichtet werden kann,
- neue Ansätze für die zukünftige Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsordnung in einer freien und demokratischen Gesellschaft zu entwickeln und aus dem Rückblick der Erfahrungen mit der Wettbewerbswirtschaft,
- die Voraussetzungen zu definieren, die für die Realisierung dieser Ansätze angesichts der sich verändernden technischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zu schaffen sind.

Ziel dieser Tagung ist es, die ordnungspolitische Diskussion voranzubringen und den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen zu fördern.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen anderer Länder, die sich bildende Staatengemeinschaft in Europa und die darüber hinausgehende Zusammenarbeit innerhalb des atlantischen und des östlichen Raumes werden dabei auch im Blickfeld dieser Zwischenbilanz liegen.

Pastor Dr. Hans Störck
Akademiedirektor

Dr. Bodo B. Gemper
Studienleiter

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes

kritische Analyse — zukünftige Gestaltung

Tagung vom 6. bis 9. Oktober 1972

Leitung der Tagung: Dr. Bodo B. Gemper, F.S.S., Köln/Siegen*)

Der Grundstein für die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde vor 25 Jahren gelegt, als im Jahre 1947 Alfred Müller-Armacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ erschien und Wilhelm Röpke sein Manuskript über „Die Ordnung der Wirtschaft“ verfaßte. Zwei Jahre später hat sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Gegenwärtig wird der Vorwurf laut, daß auch die Soziale Marktwirtschaft die in sie gesetzten Erwartungen, zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme beizutragen, nicht erfülle.

Die Evangelische Akademie Loccum lädt ein, eine Zwischenbilanz zu ziehen, das heißt,

- die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft sachlich und kritisch zu analysieren,
- Wege und Methoden zu erkunden, wie diese Wirtschaftsordnung auf veränderte Verhältnisse ausgerichtet werden kann,
- neue Ansätze für die zukünftige Gestaltung der Wirtschafts- undährungsordnung in einer freien und demokratischen Gesellschaft zu entwickeln und aus dem Rückblick der Erfahrungen mit der Wettbewerbswirtschaft,
- die Voraussetzungen zu definieren, die für die Realisierung dieser Ansätze angesichts der sich verändernden technischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zu schaffen sind.

Ziel dieser Tagung ist es, die ordnungspolitische Diskussion voranzubringen und den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen zu fördern.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen anderer Länder, die sich bildende Staatengemeinschaft in Europa und die darüber hinausgehende Zusammenarbeit innerhalb des atlantischen und des östlichen Raumes werden dabei auch im Blickfeld dieser Zwischenbilanz liegen.

Pastor Dr. Hans Störck
Akademiedirektor

Dr. Bodo B. Gemper
Studienleiter

Freitag, 6. Oktober 1972

Soziale Marktwirtschaft – Eine Zwischenbilanz

- 14.00 Uhr Begrüßung
Pastor Dr. Hans Storck, Akademiedirektor
- 14.10 Uhr Staatsverfassung, Wirtschaftsordnung und
nationales Selbstverständnis
– Einführende Betrachtungen zur Tagung –
Dr. et lic. rer. pol. Bodo B. Gempfer, F.S.S.,
Gesamthochschule Siegen
- 14.30 Uhr Bilanz der ordnungspolitischen Experimente –
25 Jahre Soziale Marktwirtschaft
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Dr. h. c.
Alfred Müller-Armack, Universität Köln
- 15.30 Uhr Kaffee
- 16.15 Uhr „Neue Wirtschaftspolitik“ – Fortsetzung der
Sozialen Marktwirtschaft?
Prof. Dr. Egon Tuchtfeldt, Universität Bern
- 17.15 Uhr Market Economy in Japan and the USA
– basic comparisons on alternatives of a
free-enterprise economy –
Prof. Dr. Daniel Lloyd Spencer,
Washington, D.C., USA
- 18.15 Uhr Planifikation nach französischem Vorbild als
Grundlage für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik
in der EWG?
Dr. Hans Gunnar Fleischmann,
Institut „Finanzen u. Steuern“ e.V., Bonn
- 18.45 Uhr Abendessen
- 20.15 Uhr Die Währungsordnung in der Marktwirtschaft –
international und national
Ministerialdirektor a. D. Prof. Dr.
Wilhelm Hankel, Präsident der Landesbank-
Girozentrale, Frankfurt am Main

Samstag, 7. Oktober 1972

Stabilitätspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

- 8.30 Uhr Morgenandacht
Pastor Dr. Hans Bolewski, Hannover
- 9.15 Uhr Die deutsche Finanzpolitik in der Sozialen
Marktwirtschaft – eine kritische Analyse
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Neumark,
Universität Frankfurt am Main
- 10.15 Uhr Soziale Indikatoren – eine Herausforderung
für die Soziale Marktwirtschaft
Dipl.-Volkswirt Ralf Zeppernick, Bonn
- 10.45 Uhr Verteilungspolitische Probleme der Marktwirtschaft
Rudolf Henschel, Vorstandssekretär,
Abt. Wirtschaftspolitik, Deutscher Gewerk-
schaftsbund, Bundesvorstand, Düsseldorf
- 11.30 Uhr Wandlung oder Umbruch der Wirtschafts- und
Gesellschaftsordnung?
Alt-Bundeskanzler Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
Ludwig Erhard, Bonn
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr Gespräch im Kreise mit Prof. Ludwig Erhard
- 15.00 Uhr Kaffee
- 16.00 Uhr Marktwirtschaft und internationaler Kapitalverkehr
Dr. h. c. Hermann J. Abs, Vorsitzender des
Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG,
Frankfurt am Main
- 17.00 Uhr Die Notenbankpolitik in der Sozialen
Marktwirtschaft
Dr. Leonhard Gleske,
Präsident der Landeszentralbank Bremen
- 18.00 Uhr Wirtschaftslenkung durch Steuervergünstigungen?
Hermann Fredersdorf, Bundesvorsitzender
des Bundes Deutscher Steuerbeamten, Präsident
der Union der Finanzbeamten Europas, Düsseldorf
- 18.30 Uhr Abendessen
- 20.00 Uhr Währungspolitik im Spannungsfeld wirtschafts-
politischer Zielkonflikte
Prof. Dr. Otmar Issing,
Universität Erlangen-Nürnberg

Sonntag, 8. Oktober 1972

Sozialpartner und Soziale Marktwirtschaft

- | | | | |
|-----------|--|-----------|--|
| 8.30 Uhr | Morgenandacht
Pastor Dr. Hans Störck | 15.00 Uhr | Kaffee |
| 9.15 Uhr | Von der „Ökonomisierung der Finanzpolitik“
zur „Konzertierten Aktion“
Dr. et lic. rer. pol. Bodo B. G e m p e r, F.S.S.,
Gesamthochschule Siegen | 15.30 Uhr | Organisierte Interessen und Soziale
Marktwirtschaft
Prof. Dr. Christian W a t r i n, Universität Köln |
| 10.00 Uhr | Unternehmen und Unternehmensführung in der
Sozialen Marktwirtschaft
Dr. Friedrich A. N e u m a n, Vorsitzender der
Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeber-
verbände Nordrhein-Westfalens, Präsidialmitglied
der Bundesvereinigung der deutschen Arbeit-
geberverbände, Düsseldorf | 16.15 Uhr | Das Schicksal der Marktwirtschaft im separierten
Teile Deutschlands (DDR)
Staatsminister a. D. Prof. Dr. Bruno G l e i t z e,
Mitglied des Forscherkreises des Forschungs-
beirats für Fragen der Wiedervereinigung
Deutschlands, Berlin/Bonn |
| 10.45 Uhr | Die Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und
Gesellschaft
Ludwig R o s e n b e r g, Vorsitzender des
Deutschen Gewerkschaftsbundes (1962-1969),
Düsseldorf | 17.15 Uhr | Der westliche Industriestaat in kommunistischer
Sicht
Prof. Dr. Hans L a d e s,
Universität Erlangen-Nürnberg |
| 11.30 Uhr | Gewerkschaften und demokratische Parteien
in der Sozialen Marktwirtschaft
Dr. Ludwig B u ß m a n n, Mitglied des
Beraterstabes des Ministerpräsidenten des Landes
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf | 18.00 Uhr | Soziale Marktwirtschaft als permanente
Herausforderung
Ministerialdirektor Dr. Otto S c h l e c h t,
Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen,
Bereich Wirtschaft, Bonn |
| 12.15 Uhr | Mittagessen | 19.00 Uhr | Abendessen |

Montag, 9. Oktober 1972

Verfassung und Soziale Marktwirtschaft

20.30 Uhr Kann die Soziale Marktwirtschaft unsere dringenden gesellschafts- u. wirtschaftspolitischen Probleme lösen?

Ein kontradiktorisches Gespräch mit

- Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg
- Staatsminister a. D. Prof. Dr. Bruno Gleitze, Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (1954–1968), Köln/Düsseldorf
- Prof. Dr. Norbert Kloten, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Universität Tübingen
- Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Müller-Armack, Universität Köln
- Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Neumark, Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Otto Pfleiderer, Präsident a. D. der Landeszentralbank in Baden-Württemberg, Stuttgart
- Ludwig Rosenberg, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1962-1969), Düsseldorf
- Ministerialdirektor Dr. Otto Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bereich Wirtschaft, Bonn
- Pastor Dr. Hans Storck, Direktor der Evangelischen Akademie Loccum
- Prof. Dr. Christian Watrin, Universität Köln

Leitung: Dr. Bodo B. Gemper, Gesamthochschule Siegen

8.30 Uhr Morgenandacht

9.15 Uhr Chancen und Grenzen einvernehmlicher Regelungen in der Marktwirtschaft
Nationalrat Prof. Dr. Leo Schürmann, Olten (Schweiz)

10.00 Uhr Soziale Marktwirtschaft als staatliche Veranstaltung?
Prof. Dr. Erich Hoppmann, Universität Freiburg i. Br.

11.00 Uhr Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Aspekte des Wirtschaftsinterventionismus in der Sozialen Marktwirtschaft
Prof. Dr. Karl Heinrich Friauf, Universität Köln

11.45 Uhr Diskussion

12.30 Uhr Mittagessen

14.15 Uhr Wirtschaftsordnung und Grundgesetz
Dr. Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Karlsruhe

15.00 Uhr Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft – Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung –
Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg

Die Tagung endet um 16.00 Uhr

Kritische Analyse der Sozialen Marktwirtschaft in der Evangelischen Akademie Loccum

Erhard: Nicht dort beginnen, wo „Das Kapital“ aufgehört hat

Von unserem Korrespondenten

dh. Hannover, 8. Oktober

Vor dem Hintergrund der zunehmenden ideologischen Entfremdung zwischen Wirtschaft und bestimmten Gruppen der Gesellschaft analysierten Fachleute in der Evangelischen Akademie Loccum das ordnungspolitische

Experiment „Soziale Marktwirtschaft“. An der Spitze von Vertretern aus Industrie und Bürokratie zog der Vater dieser Wirtschaftsform, Alt-Bundeskanzler Ludwig Erhard, eine Zwischenbilanz.

Wenn auch einige Milßtöne in der Loccumer Idylle das Jubiläum störten – über die Soziale Marktwirtschaft, an der sich die Wirtschaft der Bundesrepublik seit 25 Jahren orientiert, urteilte Ministerialdirektor Otto Schlecht vom Bundeswirtschafts- und -finanzministerium: „Opas Marktwirtschaft ist tot“ –, wurde diese Wirtschaftsform selbst von ihren extremen Gegnern nicht in Bausch und Bogen verdammt.

Nicht in allen Punkten seien, so die Kritiker, die in sie gesetzten Erwartungen zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme erfüllt. Vor allem der soziale Aspekt stand im Vordergrund dieser Kritik.

Doch diesen Einwürfen konnte Professor Müller-Armack, einer der Theoretiker und Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, entgegenstellen, daß dieses System eine Leistungsbilanz aufweise, wie sie von keiner anderen Wirtschaftsordnung in der Welt bisher erreicht worden sei. Es komme jetzt darauf an, diese Wirtschaftsordnung fortzuentwickeln.

Erwartungsvoll und mit großem Applaus empfingen die mehr als 100 Tagungsteilnehmer Prof. Ludwig Erhard. Der Alt-Bundeskanzler forderte: „Unsere Gesellschaft muß sich formieren und zu einer reiferen Gesinnung gelangen.“ Die Soziale Marktwirtschaft müsse als „Lebensform“ begriffen werden, die trotz aller Anfeindungen nicht mehr überwunden werden könne. Man könne nicht wieder dort beginnen, wo Karl Marx mit seinem Standardwerk „Das Kapital“ aufgehört habe.

Zu dem Vorwurf, er habe sich während seiner Amtszeit mehr an materiellen Gesichtspunkten orientiert, stellte Erhard fest, man hätte ihn nicht verstanden, wenn er zu jener Zeit des Hungers und der Entbehrungen geordert hätte, darbt und hungert weiter, wir bauen Universitäten. Bis 1960 habe notwendigerweise die Versorgung der Bevölkerung im Mittelpunkt der Sozialen Marktwirtschaft gestanden.

Scharf attackierte der Alt-Bundes-

kanzler die Versuche radikaler Gruppen, die Ordnung unserer Gesellschaft umzustürzen. Eine „gespaltene Moral“ warf Erhard „Schriftstellern von hohem Rang“ in der Bundesrepublik vor, die einerseits die hier geltende Gesellschaftsordnung ablehnten, andererseits kein Wort für ihre von einem totalitären System bedrängten russischen Kollegen fänden.

An die Adresse der Gewerkschaften gewandt, forderte der Alt-Bundeskanzler eine klare Antwort auf die Frage, ob sie „auf einen entscheidenden Umbruch“ hinarbeiten oder sich gar „zu der Methode eines Umsturzes“ bekennen würden. In zehn Thesen, die bei seinen Zuhörern stürmischen Beifall fanden, umriß Ludwig Erhard Gedanken und Wesen der Sozialen Marktwirtschaft:

1. Endgültige Überwindung des sich wieder regenden Klassenkampf gedankens und Widerstand gegen eine bewußt künstlich gezüchtete Proletariermentalität;
2. verstärkte Anstrengungen, noch bestehende soziale und gesellschaftliche Spannungen und daraus resultierende Vorurteile dieser Art endgültig abzubauen;
3. optimale Verteilung des Volkseinkommens

Soziale Marktwirtschaft

Der Grundstein für die nach dem Motto „So viel Wettbewerb wie möglich, so wenig Staat wie nötig“ funktionierende „Soziale Marktwirtschaft“ wurde vor 25 Jahren gelegt, als 1947 Alfred Müller-Armacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ erschien und der Nationalökonom Wilhelm Röpke sein Manuskript über „die Ordnung der Wirtschaft“ verfaßte. Zwei Jahre später hatte sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.

kommens unter Berücksichtigung sozialer Gegebenheiten nach den Maßstäben einer fortschrittlichen Leistungsgesellschaft;

4. gleiche Bildungs-, Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten ohne ideologische Bindung nach dem Grundsatz: Freiheit der Wissenschaft;

5. freier Wettbewerb auf allen Gebieten menschlicher Betätigung ohne staats- oder parteipolitische Begünstigungen;

6. Beseitigung von Privilegien und künstlichen Rechtspositionen auf privater und staatlicher Ebene; systematischer Abbau von Subventionen, Verzicht auf Parteibuchkarrieren;

7. Ausbau und Erweiterung der Liberalisierung, Kampf gegen Nationalismus und Protektionismus. Allgemeiner Zollabbau auch über bestehende Wirtschaftsblöcke hinaus;

8. Sicherung beziehungsweise Wiederherstellung der wirtschaftlichen, sozialen und monetären Stabilität. Kampf gegen den Kollektivismus durch Sicherung einer individuellen freiheitlichen Lebensordnung. Durchsetzung einer breiten Vermögensstreuung;

9. Kampf gegen den Mißbrauch privater, aber nicht minder auch öffentlich-rechtlicher, wirtschaftlicher oder politischer Macht;

10. Politik des Friedens, aber eindeutiges Bekenntnis zur westlichen freien Welt und zur Charta der Vereinten Nationen.

Auf dieses Bekenntnis Erhards antwortete der frühere DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg (Düsseldorf), die Soziale Marktwirtschaft habe zwar die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers verbessert, jedoch habe man mit ihr nicht jene gesellschaftspolitischen Ziele erreicht, die Voraussetzung für ein sinnvolles Leben seien. Die Hoffnungen und das Streben der Arbeitnehmer gehen nach Meinung Rosenbergs „den Weg der Reform – nicht der Revolution“, die immer nur die Konsequenz verpaßter Reformen sei.

Seite 11: Eingriffe in den Kapitalverkehr